Isolde Stark

Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der Zeit vom Sommer 1989 bis zum Oktober 1990

1. Einleitung

2. Die ersten Aufrufe von Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Grüne Partei in der DDR, Sozialdemokratische Partei (in der DDR) und Vereinigte Linke

3. Wirtschafts- und sozialpolitisches Engagement bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 (ohne Berücksichtigung der Aktivitäten am Zentralen Runden Tisch)
3.1. Die Erste Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum
3.2. Die Zweite Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum
3.3. Das Treuhand-Konzept von Demokratie Jetzt

4. Versuche der politischen Machterhaltung der SED auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene
4.1. Das populistische Zurückweichen vor dem Subventionsabbau
4.2. Der Umgang mit dem Volkseigentum
4.3. Die Bildung der Treuhandanstalt
4.4. Die Vergabe von SED-Vermögen für die wirtschaftliche Existenzgründung von Funktionären

5. Die Volkskammerwahl am 18. März 1990
5.1. Das Programm der Listenverbindung Bündnis 90
5.2. Das Programm der Listenverbindung Grüne Partei/Unabhängiger Frauenverband
5.3. Das Programm der Listenverbindung Vereinigte Linke/ Die Nelken

6. Ausblick bis zum 3. Oktober 1990

7. Politisches Résumé und Empfehlungen

Literaturverzeichnis

Anlagen

1. Einleitung

Im Herbst und Winter 1989/90 konstituierten sich erstaunlich viele Gruppierungen, Bewegungen, Verbände und Parteien, die sich als Opposition zu der bis dahin allein – jedoch mit Hilfe des pseudo-demokratischen Dekors anderer Parteien und Massenorganisationen kaschiert – herrschenden SED verstanden. Viele von ihnen waren und blieben bedeutungslos; einige hatten nur kurzfristig eine politische Relevanz, und nur wenige hatten damals eine breite Resonanz und entwickelten eine differenzierte Programmatik. Bei letzteren handelt es sich um meist seit längerem agierende Oppositionsgruppen, die nun aus dem Kreis der Kirche oder des Privaten[1] an die Öffentlichkeit traten bzw. damit überhaupt erst das im Ansatz schufen, was man als politische Öffentlichkeit bezeichnen kann. Denn die SED hatte mit ihrem totalen Machtanspruch gerade diese politische Öffentlichkeit weitgehend beseitigt und damit gewissermaßen das Ende des Politischen[2] in der DDR herbeigeführt. Das Pendant dazu war wiederum – und das ist kein Gegensatz – eine permanente Politisierung des Privaten, da auch privates Denken und Handeln potentiell der Reglementierung und der Kontrolle durch die SED unterlag. Auf diese Weise konnte von der geforderten Norm abweichendes Verhalten schon Repressionen hervorrufen.[3] Auch wenn an die Stelle von Herrschaftszuweisung und -begrenzung der Befehl und an die Stelle von Willensbildung die Akklamation trat, eine materiell nicht allzu sehr differenzierte Existenz sozial nivellierend wirkte und der einfache SED-Genosse wie der Parteilose letztlich nichts anderes als Untertanen waren, so bildete sich zwar ein gewisses Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl heraus, aber nicht die ‘sozialistische Menschengemein-

1 Über die Bedingungen der Oppositionsgruppen liegt das materialreiche Buch von Erhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, Bonn 1997 (Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 346), vor. Wer keinen Zugang zur Evangelische Kirche hatte oder haben wollte, ahnte von den vielfältigen oppositionellen Aktivitäten unterm Kirchendach genauso wenig wie von denen privater Kreise.

2 Ich folge hier wegen der strukturellen Vergleichbarkeit der Begriffsbestimmung von Egon Flaig: Weisheit und Befehl. Platons „Politeia“ und das Ende der Politik, in: Saeculum 45 (1994), S. 34.f.: „Das Politische hat zwei Dimensionen:
1. Es besteht aus einem spezifischen Raum, in dem Herrschende und Beherrschte gemäß bestimmten Regeln und über bestimmte Themen miteinander kommunizieren, Autorität erteilen und Gehorsam festlegen. [.....] Der zeremonielle Rahmen der Kommunikation erstreckt sich von kultischen, sonstigen festlichen und gerichtlichen Veranstaltungen bis hin zu Versammlungen, in denen formalisiert Herrschaftsbefugnisse distribuiert werden. Gibt es diesen Raum – mit seinen Regeln, Interaktionsformen und Themen – nicht mehr, dann existiert kein Forum für die regularisierte (nicht gewaltsame) Kommunikation zwischen Herrschenden und Beherrschten, für Politik zwischen ihnen.
2. Es besteht ferner aus einem Raum, in dem die unterschiedlichen Interessen sich artikulieren – bis hin zur Gegensätzlichkeit –, die Willensbildung stattfindet und für die gesamte Gemeinschaft verbindlich entschieden wird, sei es innerhalb der herrschenden Gruppe alleine oder innerhalb der Bürger. Gibt es diesen Raum [.....] nicht mehr, dann verschwindet das Politische: die Gemeinschaft löst sich entweder auf, oder – das ist der andere extreme und zugleich unmögliche Fall – sie kennt keine unterschiedlichen Interessen mehr. In beiden Fällen endet die Politik.“

3 Daraus ergab sich das latente Gefühl von individueller Bedeutung, weil man als potentieller Kritiker trotz oder gerade wegen des Untertanenstatus für die SED-Hierarchie wichtig sein konnte, auch wenn man sich stets unauffällig verhielt. Das erklärt das jetzt vielfach festzustellende Gefühl des ehemaligen DDR-Bürgers, bedeutungslos zu sein: denn er kann in politischer Hinsicht nun nahezu alles tun, nur interessiert das keinen, d. h. keine beobachtende Obrigkeit, mehr.

schaft', sondern eine permanent unzufriedene Bevölkerung. Diese nutzte die erste Gelegenheit der von Gorbatschow vertretenen sowjetischen Nichteinmischungspolitik, um die SED und den Staat DDR abzuwählen.

Nachdem im September 1989 die Ausreisewilligen mit ihren Protestumzügen und die Oppositionsgruppen mit ihrem Gang in die Öffentlichkeit die Kastanien aus dem Feuer holten und den Weg für Massendemonstrationen ebneten, kam es – m.E. nicht von ungefähr – erst nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 zu den bereits erwähnten zahlreichen Gründungen von politischen Gruppen, Vereinen, Verbänden und Parteien. Damit wurde der Zustrom zu den großen Bürgerbewegungen und Parteineugründungen von Neuem Forum, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Initiative Frieden und Menschenrechte und Vereinigte Linke sowie Grüner Partei und Sozialdemokratischer Partei abgeschwächt und bisherige Sympathisanten abgezogen, doch kann diese politische Ausdifferenzierung auch als Zeichen dafür angesehen werden, daß die DDR-Bevölkerung dem anhaltenden Gleichschaltungs- und Nivellierungsdruck widerstanden hatte. Allerdings hätten sich manche der Gründungen erübrigt und sich manche Kräfte bündeln lassen, wenn es schnelle und zuverlässige Informationen durch die Medien gegeben hätte. Doch diese befanden sich selbst erst langsam auf dem Wege – nicht zuletzt auch wegen der jahrzehntelangen auswählenden Kaderpolitik der SED –, die Gleichschaltung zu überwinden.[4]

Bevor ich mich auf die eben genannten politisch relevanten Oppositionsgruppen konzentriere, seien die anderen, die weitgehend auch zur Volkskammerwahl 1990 antraten, aufgelistet, ohne daß jedoch Vollständigkeit beansprucht werden kann:[5] Bund Sozialistischer Arbeiter, Christlich-Demokratische Jugend, Christlich-Demokratische Volkspartei, Christliche Liga, Demokratische Partei der Arbeiterklasse und Intelligenz, Deutsche Biertrinker Union, Deutsche Forumpartei, Deutsche Jugendpartei, Deutsche Soziale Union, Deutsche Umweltschutzpartei, Deutscher Regenbogen, Einheit Jetzt, Europa-Union der DDR, Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei, Freie Demokratische Partei, Freisoziale Union, Kommunistische Partei Deutschlands, Landju-

4 Karsten Kloth: Die Umwandlung organisationseigener Betriebe in Kapitalgesellschaften, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen (ZOV) 1/1994, S. 15: „Wenig bekannt ist, daß die Parteien und Massenorganisationen auch in nicht unerheblichem Umfang Eigentümer von Wirtschaftsbetrieben, insbesondere im Druck- und Verlagswesen, waren. Eine führende Rolle kam auch hier der SED zu, die als Eigentümerin 16 Tageszeitungen, diverse Zeitschriften, mehr als 90 Druckereien und sonstige Einrichtungen sowie verschiedene Buchverlage kontrollierte. Daneben besaßen auch alle anderen Parteien und Massenorganisationen Zeitungsverlage, Druckereien und Buchverlage. Insgesamt befanden sich rd. 90% des gesamten Druckerei- und Verlagswesens der DDR in der Rechtsform des Organisationseigentums im Vermögen der Parteien und Massenorganisationen."

5 Nicht erwähnt werden die Blockparteien und Massenorganisationen, die sich von der SED emanzipierten. Dagegen werden Parteigründungen und Jugendverbände aufgeführt, die ein Pendant zu bundesdeutschen Parteien und Organisationen darstellen, aber für die DDR Neugründungen waren. Eine Mutation, die schnell das neue revolutionäre Vokabular für sich übernahm, soll jedoch erwähnt werden, nämlich die der Nationalen Front zu einer nationalen Bürgerbewegung mit Bürgerkomitees. Außerdem kam es seit Dezember 1989 zu einer wachsenden Gründung von Interessengruppen wie dem Verein der Naturfreunde, dem Arbeitslosenverband oder dem Schwulenverband und von berufsständischen Vereinen, Verbänden.

gendverband der DDR, Liga für limitierte verweigernde Kriegsdienstgegner, Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke", Marxistische Partei Deutschlands, Nationale Alternative, DIE NELKEN (marxistische Partei), Ökologisch-Demokratische Partei, Reine Arbeiterpartei, Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther", Sozialistischer Studentenbund, Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands – Leninisten, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unabhängige Volkspartei, Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie.[6]

2. Die ersten Aufrufe von Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Grüne Partei in der DDR, Sozialdemokratische Partei (in der DDR) und Vereinigte Linke [7]

Die oppositionellen Gruppen, auf die ich mich nunmehr konzentriere sind: Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), Demokratie Jetzt, Neues Forum, Vereinigte Linke, Demokratischer Aufbruch, die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) und die Grüne Partei in der DDR. Sie mußten (und wollten) mit ihren Aufrufen Reformen im Rahmen der DDR-Verfassung und unter Berufung auf diese anstreben, ohne den politischen Straftatbestand der Staatsfeindlichkeit oder Diffamierung der DDR zu erfüllen bzw. dafür belangt zu werden.[8] Dabei wurde stellvertretend die Öffentlichkeit der Bundesrepublik bewußt genutzt, um einer potentiellen Inhaftierung entgegenzuwirken.[9] Daher ist in weitgehend allen Aufrufen und programmatischen Erklärungen als akzeptierte bzw. überhaupt erst einmal anzustrebende Gesellschaftsform der Sozialismus zu finden bei gleichzeitiger Ablehnung dessen, was sich seit Jahren als 'real existierender Sozialismus' ausgab. Ein Sozialismus gegen und ohne die SED konnte beides sein: taktisches Feigenblatt oder inhaltliches Selbstverständnis.

Unabhängig davon, was sich nun hinter dem benutzten Sozialismusbegriff verbarg, das wachsame Auge der SED, die Staatssicherheit, erkannte natürlich sofort die Gefahr für die Herrschaft der SED[10] und hatte demzufolge das Polit-

6 Nach: Carola Wuttke, Berndt Musiolek (Hrsg.): Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR, Berlin 1991, S. 25-64.

7 In den folgenden Ausführungen werden einige Passagen aus meinen ersten Untersuchungen zum Thema aufgenommen: Isolde Stark, Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR-Opposition 1989, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 1183-1193.

8 Vgl. Jens Reich, Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation, München 1993, S. 187 und Neubert, S. 827.

9 Andererseits bestand auch die Gefahr, daß dieses Kalkül nicht aufging. „Voll in die internationale Öffentlichkeit zu gehen, war ein Vabanquespiel. Einerseits reizte es die Machthaber erheblich und spielte ihnen das Argument einer vom Westen gesteuerten Hetzkampagne zu. [.....] Andererseits war die Öffentlichkeit ein dringend notwendiger Schutz. Sie haben es nicht gewagt, uns einfach festzusetzen." Jens Reich, S. 186 f.

10 Am 20.9.89 hatte Mielke persönlich an den Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei, Armeegeneral Dickel, geschrieben: „Ich bitte, unbedingt sicherzustellen, daß jede Anmeldung einer Vereinigung – oder anderweitig bezeichnet – sofort zentral erfaßt und dem MfS umgehend

büro um Zustimmung „bei der Versagung der Anmeldung einer Vereinigung“ gebeten.[11] Am 21. September erhielt der Innenminister und Chef der Deutschen Volkspolizei, Armeegeneral Dickel, vom Staatssicherheitsminister Mielke den Text, mit dem der Zulassungsantrag des Neuen Forums[12] – und später auch der anderen Bürgerbewegungen – abgewiesen werden sollte.[13] Ein knappes Jahr vorher hatte eine Verbandsgründung suggeriert, daß die SED inzwischen den Freiraum für neue gesellschaftliche Zusammenschlüsse dieser Art zuließe, zumal es nach Art. 29 der Verfassung das Recht auf Vereinigung gab; es war der „Verband der Freidenker in der DDR“. Was der mißtrauische DDR-Bürger damals nur vermuten konnte, wird nun durch die Akten belegt: bei diesem Verband handelte es sich um eine Gründung im Auftrage der SED-Führung.[14]

Die nun also bei den erwarteten Anmeldungen von neuen Vereinigungen zu gebende Rechtsbelehrung bedeutete nichts anderes als die Einschüchterung der Antragsteller mit den Paragraphen des politischen Strafrechts, das z.T. erhebliche Freiheitsstrafen für die entsprechenden Straftatbestände vorsah.

Mit Datum vom 28.9.1989 wird von der Rechtsstelle des MfS eine strafrechtliche Einschätzung des Aufrufes „In eigener Sache“ und der „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ von Demokratie Jetzt gegeben. Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Angriff auf die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsord-

mitgeteilt wird. Nach Absprache mit der Parteiführung wird danach Auflassung zur Beantwortung des Antrages erteilt, die ich vorab zur persönlichen Kenntnisnahme beilege.“: BStU (Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), ZA (Zentralarchiv), SdM 702, Bl.4). Die Absprache mit der Parteiführung war am 18.9.1989 erfolgt, vgl. Brief von Mielke an Politbüromitglied G. Mittag (BStU, ZA, SdM 702, Bl.11).

11 BStU, ZA, SdM 702, Bl.9 f.

12 Am 19.9.1989 hatte das Neue Forum diesen Antrag beim Ministerium des Innern gestellt.

13 „Mündlich sollte den Antragstellern folgende Antwort gegeben werden: ‘Ihrem Antrag auf Bestätigung der Anmeldung kann nicht entsprochen werden, da für die beabsichtigte Gründung der Vereinigung ‘Neues Forum‘ keine gesellschaftliche Notwendigkeit besteht. Zur Wahrnehmung politischer und gesellschaftlicher Interessen bestehen in den DDR umfassende Organisationsformen.‘ Zum Abschluß des Gesprächs ist gegenüber den Antragstellern eine Belehrung dahingehend durchzuführen, daß weitere Gründungshandlungen und andere damit im Zusammenhang stehende Aktivitäten unverzüglich einzustellen sind, da ansonsten die in den entsprechenden Rechtsvorschriften vorgesehenen Konsequenzen zur Anwendung kommen.“ BStU, ZA, SdM 702, Bl.6.

14 Als Vertrauliche Verschlußsache informierte dazu der Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Generaloberst Mittig, die Leiter der Diensteinheiten am 30.12.1988: „Auf der Grundlage eines Beschlusses des Politbüros des ZK der SED ist vorgesehen, einen Verband der Freidenker in der DDR zu bilden. Die Bildung des Verbandes ergibt sich aus der Notwendigkeit, in einer Zeit verstärkter ideologischer Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus noch breiter mit vielfältigen Methoden unsere Weltanschauung in alle Schichten der Bevölkerung hineinzutragen, ihnen Ideologie und Politik der Partei zu erläutern [.....] Ziel des Verbandes ist es, eine auf dem wissenschaftlichen Atheismus begründete freigeistige Weltanschauung zu verbreiten. Es soll eine vielseitige praktische und propagandistische Arbeit auf der Grundlage der sozialistischen Ideologie und der Politik der Partei geleistet werden, [.....]“ BStU, ZA, AB Neiber, 365, Bl.82 f.

nung wird darin konstatiert, für die der Paragraph 106 Abs. 1 Ziffer 2 des Strafgesetzbuches zutrifft.[15]

Am 16. Oktober wird Honecker von Mielke über die „weitere Formierung des 'Neuen Forums' und weiterer oppositioneller Sammlungsbewegungen" informiert, die als antisozialistisch und gegen die führende Rolle der Partei gerichtet eingestuft werden.[16] Über die Gründung des Demokratischen Aufbruchs am 29. Oktober wird das MfS umgehend und detailliert unterrichtet.[17] In der Auswertung eines IM-Berichtes ist zwar zu lesen, daß sich der Demokratische Aufbruch „gegenwärtig als oppositionelle Vereinigung" verstehe und „mehrheitlich den Beschluß (faßte), ab 1.5.1990 als politische Partei der 'linken Mitte' zu wirken". Doch gleichzeitig werden als klar zu erkennende Hauptinhalte des Demokratischen Aufbruchs u. a. die Beseitigung der führenden Rolle der SED, Aufbau eines pluralistischen parlamentarischen Sozialismus, Beseitigung der Planwirtschaft in der DDR und Schaffung verschiedener Eigentumsformen mit marktwirtschaftlichen Prioritäten benannt.[18]

In einer vom MfS und von der Abt. für Sicherheitsfragen des ZK der SED gemeinsamen Beschlußvorlage für das Politbüro wird in der dazugehörenden Anlage 1 eine Einschätzung folgender Oppositionsgruppen gegeben. „Das 'Neue Forum' verfügt über den größten Einfluß und die weiteste Verbreitung, von ihm gehen gegenwärtig die größten Gefahren aus. [.....] In zunehmendem Maße werden Forderungen erhoben bzw. Vorstellungen entwickelt, die darauf gerichtet sind, sich als Interessenvertreter der Arbeiterklasse auszugeben mit dem Ziel, Einfluß in den Betrieben zu erlangen."[19] Der Demokratische Aufbruch, dessen Führungskräfte in der Mehrzahl als „reaktionäre kirchliche Kräfte und langjährige Organisatoren feindlich-negativer Aktivitäten" eingeschätzt werden, plane organisatorisch ein Vorgehen analog zum Neuen Forum, wobei sein Adressatenkreis vor allem in kirchlichen Basiskreisen und Friedensgruppen bestünde.[20] Die SDP sei „hinsichtlich der Bestimmungen ihrer Inhalte, Organisation und Arbeitsweise [.....] gegenüber den oppositionellen Sammlungsbewegungen am weitesten".[21]

Das Anwachsen der Proteste zu Massendemonstrationen trotz der brutalen Übergriffe der Sicherheitskräfte Ende September und Anfang Oktober und die Entscheidungsunfähigkeit der obersten Ebene der Befehlshierarchie, auf die das – keine selbständigen Entscheidungskompetenzen zulassende – Kadersy-

15 BStU, ZA, Rechtsstelle 880, Bl.32 f.; siehe Anlage 1.
16 BStU, ZA, SdM 702, Bl.12.
17 „Die HA XX/4 wurde über den wesentlichen Inhalt der Sitzung am 30.10.1989, 1.00Uhr informiert." BStU, ZA, AB Neiber 378, Bl.75.
18 BStU, ZA, AB Neiber 378, Bl.74 f.; siehe Anlage 2.
19 BStU, ZA, SdM 1194, Bl.2-4.
20 BStU, ZA, SdM 1194, Bl.4 f.
21 BStU, ZA, SdM 1194, Bl.8. Zu weiteren Einschätzungen siehe: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990. Daraus geht auch hervor, daß das Bestreben der oppositionellen Gruppen verfassungskonformem Wirken vergebliche Liebesmüh war: die Staatssicherheit hatte sie längst als antisozialistisch und staatsfeindlich eingestuft.

stem angewiesen war, schützten letztlich die Oppositionsgruppen vor Zerschlagung, Verfolgung und Inhaftierung. Gleichzeitig wurden diese Gruppen durch das völlig unerwartete, zunehmend defensive Verhalten der Macht zu einem politischen Handeln gedrängt, auf das sie mit ihren noch unausgereiften Projekten[22] gar nicht vorbereitet waren. Alle hatten sich auf ein jahrelanges zähes Ringen mit der SED-Führung eingestellt und vorbereitet. Sie sollte sukzessive auf Gorbatschows Politik von Perestroika und Glasnost hinbewegt werden, d. h. zu Reformen von oben. Nun hatte die Straße ganz andere politische Räume freigekämpft. Eine Reform von unten schien möglich. Doch jede Reform von unten mußte in der auf Totalität gerichteten Herrschaft der SED automatisch zur Revolution werden. Das erklärt auch, warum die „Alternative" von Rudolf Bahro, die die meisten Oppositionsgruppen seit 1977 so nachhaltig beschäftigt hatte, für die Forderungen der Herbstrevolution 1989 in völlige Bedeutungslosigkeit versank: „Die Alternative" war eine Handlungsanweisung für eine Reform von oben. Gerade in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht spielte sie nicht die geringste Rolle. Vor diesem machtpolitischen Hintergrund und nicht ex eventu sollten die ersten Aufrufe gelesen und ihre wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen interpretiert werden.

Die ersten Aufrufe werden chronologisch behandelt, obwohl sie nicht in dieser Reihenfolge in der Bevölkerung bekannt wurden und der Aufruf des Neuen Forum für die Masse der Leute sicher der erste und der bekannteste war.

Die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) hatte bereits am 11. März 1989 einen Aufruf in Berlin veröffentlicht, der die Grundlage für einen DDR-weiten Zusammenschluß der an der IFM interessierten Bürger am 28. Oktober 1989 und für einen ersten Informationstext vom selben Tage bildete. Dieses INFO1[23] stellte die Schwerpunkte heraus und trug bei der inhaltlichen Profilierung den neu entstehenden Initiativen und Vereinigungen Rechnung. Die Unteilbarkeit der Menschenrechte und die Zusammengehörigkeit von äußerem und innerem Frieden waren die Kernaussagen, in die sich Kritik an der DDR und eigene politische Forderungen einbetteten. Dementsprechend heißt es in Punkt 6: „Die Menschenrechte sind unteilbar. Mit dem Hinweis auf vorhandene soziale Rechte dürfen nicht die politischen Rechte geringgeschätzt werden – und umgekehrt." Punkt 10: „Der Entwicklung von Demokratie steht die Festschreibung der Vormachtstellung einer Klasse, Schicht, Gruppe oder Partei diametral entgegen. Für die DDR ist die Trennung von Partei, Staat und Gesellschaft notwendig." Punkt 11: „Die IFM befürwortet dezentrale und selbstverwaltete Strukturen überall in der Gesellschaft. Mitbestimmung und öffentliche Kontrolle müssen in allen Bereichen garantiert sein ..." Punkt 12: „Die Wirtschaft muß sich unter Wahrung der menschlichen Integrität und der Erhaltung der natürlichen Umwelt vollziehen. Die IFM tritt für eine ökologisch orientierte Politik ein. Sie richtet sich gegen die unreflektierte Propagierung

22 Neubert, S. 833.

23 Besitz der Verf.; vgl. auch die Auszüge in: Neue Chronik DDR. 2. Folge: 19. Oktober-23. November 1989, recherch. u. zusammengest. von Zeno und Sabine Zimmerling, Berlin 1990, S. 31 f.

von Hochtechnologien, 'Wohlstand' und 'Wachstum', insbesondere wendet sie sich gegen alle Technologien, die die zukünftigen Generationen und heute schon die Völker der 'Dritten Welt' belasten." Es liegt also in dem spezifischen Ansatzpunkt der DDR-Kritik, daß hier wie auch später wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen in der Arbeit der IFM keine nennenswerte Rolle spielten. Deutlich wird jedoch von Anfang an, daß als Voraussetzung für jedwede Reform die SED entmachtet werden mußte.

Bereits am 4. September richtete die Vereinigte Linke, in der sich u. a. engagierte Christen und kritische SED-Mitglieder zusammengeschlossen hatten, einen Appell „Für eine Vereinigte Linke in der DDR" an die Bevölkerung. Er beginnt wie folgt: „Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und der sich verschärfenden politischen Krise in unserem Land wenden wir uns mit diesem Aufruf an alle politischen Kräfte in der DDR, die für einen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus eintreten. [.....] Die Diskreditierung einer sozialistischen Perspektive durch das, was die hier Herrschenden zum Zerrbild dieses alten Kampfziels der Arbeiterbewegung verkommen ließen, hat bei der Bevölkerung mehr Desillusionierung und Passivität als mutiges und problembewußtes Denken und Handeln bewirkt. [.....] Wir sind der Auffassung, daß insbesondere die DDR vor einer historischen Chance radikaler Erneuerung des sozialistischen Gesellschaftskonzepts steht. Wird sie warten, so hat das Folgen, die möglicherweise nicht nur in unserem Land über lange Zeit hinweg die Aussicht auf ein sozial gerechtes und die freie Entfaltung jedes Gesellschaftsmitglieds garantierenden Gemeinwesens suspendieren. [.....] Ein souveräner Umschwung in Richtung Sozialismus wäre heute nicht mehr militärischer Einmischung seitens 'wohlmeinender Bruderländer' ausgesetzt. Aufgrund der desolaten Wirtschaftslage ist die politische Einmischung des Westens über den Kanal der 'Wirtschaftskooperation' viel größer."[24]

Das Neue Forum trat am 10. September mit dem Gründungsaufruf „Aufbruch 89" an die Öffentlichkeit. Er beginnt mit der Feststellung: „In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weit verbreitete Verdrossenheit bis hin zu Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein."[25] Und über die Zielsetzung ist zu finden: „Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebotes und bessere Versorgung, andererseits sehen wir dessen soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen

24 Nach: Neue Chronik DDR. 1. Folge: 7. August-18. Oktober 1989, S. 25-27.
25 Ebenda, S. 33.

freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln."[26] Im Gegensatz zu den bewußt vagen Aussagen in diesem Aufruf hat das Neue Forum sehr bald Wirtschaftsgruppen und ein Fachforum Wirtschaft gebildet und zwei Wirtschaftskonferenzen veranstaltet, auf die gesondert eingegangen wird.

In dem „Aufruf zur Einmischung" von Demokratie Jetzt vom 12. September 1989 heißt es: „Vor wenigen Jahren noch galt der 'real existierende' Staatssozialismus als der einzig mögliche. Seine Kennzeichen sind das Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Uniformierung der Gesellschaft und die Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, daß die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht. Er bedarf einer friedlichen, demokratischen Erneuerung. [.....] Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß."[27]

Das „Flugblatt für die Demokratie" des Demokratischen Aufbruch datiert vom 14. September 1989. Der Erfurter Theologe Edelbert Richter hob den Unterschied zum Neuen Forum in der Stellung zum Sozialismus hervor, als er die Gründung des Demokratischen Aufbruch in Bonn bekannt gab: „Nicht nur das Wort sozialistisch, sondern auch bestimmte gesellschaftliche Prinzipien des Sozialismus haben für uns nach wie vor einen guten Klang."[28] Der DA verstand sich als politische Opposition in der DDR, die „für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis" eintritt. Im Flugblatt steht u. a.: „Wir fordern die Verwirklichung aller in der Verfassung garantierten und internationalen Menschenrechte", woran sich ein weiterer Katalog von Forderungen anschließt. Das Flugblatt endet mit folgender Aussage: „Der Demokratische Aufbruch hält die gegenwärtigen vorhandenen politischen Strukturen nicht für ausreichend, den notwendigen Demokratisierungsprozeß zu gewährleisten. [.....] Seine Mitglieder wehren sich gegen die Unterstellung, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen."[29]

Am 7. Oktober wurde die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) bekanntgegeben, und zwar wieder stellvertretend über die Öffentlichkeit des bundesdeutschen Fernsehens und Rundfunks. Der spätere Außenminister der ersten und letzten frei gewählten DDR-Regierung, der Theologe Markus Meckel, trug im Auftrage der Initiativgruppe die Ursachen für die Gründung und Programmatik der SDP vor. Er sagte u. a.: „Eine organisierte und scheinbar anonyme Verantwortungslosigkeit prägt das System. Ein

26 Ebenda, S. 34 f.
27 Nach: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Was will die Bürgerbewegung?, Augsburg 1992, S. 14 f.
28 Nach: Neue Chronik DDR. 1. Folge, S. 40.
29 Ebenda, S. 42 f.

40jähriger Wahrheits- und Machtanspruch der SED hat die Menschen ihrer Zuständigkeit für die eigene Wirklichkeit beraubt. [.....] Die SED betrachtet bis heute Staat und Gesellschaft als ihren Besitz, den sie möglichst umfassend gestalten und formen will. [.....] Durch eine 40jährige Geschichte hat sie den Begriff des Sozialismus so diskreditiert, daß er gegenüber vielen DDR-Bürgern kaum noch benutzbar ist als Bezeichnung eigener Zielbestimmung. Dabei wollen wir genau das, was in der Version des Sozialismus angesprochen ist: ein gerechtes und soziales Gemeinwesen."[30]

Relativ spät, nämlich am 5. November 1989, erfolgte die Gründung der Grünen Partei, die sich vielfach auf das Grüne Netzwerk Arche, einer im kirchlichen Rahmen agierenden Umweltgruppe, stützte. In deren Aufruf ist zu lesen: „Die Grüne Partei in der DDR stellt sich auf die Seite aller Kräfte, die sich für Demokratie und Freiheit durch tiefgreifende Reformen in unserem Land einsetzen. Sie ist ökologisch, feministisch und gewaltfrei. [.....] Wir wollen verhindern, daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzsichtigen materiellen Nachholbedarfs eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt."[31]

Zwischen den hier skizzierten Sichtweisen der Ausgangssituation des Herbstes 1989 und den eigenen Reformansprüchen sind die ersten wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen der einzelnen Oppositionsgruppen eingebunden. Eine generelle Übereinstimmung ist bei den allgemeinen, verlockend klingenden und zugleich unscharfen Zielvorstellungen zu konstatieren: Ökologisches Produzieren in menschlichen Dimensionen mit sozialem Ausgleich und Gerechtigkeit – bezogen auf die *eine* Welt, die es zu bewahren gilt – ist das Thema der Variationen. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft wird von allen Oppositionsgruppen gefordert. Ihre ökonomischen Vorstellungen verbinden sich mit sozialen, politischen und ethischen und stellen sich damit in eine Tradition ökonomischen Denkens, die sich auf Aristoteles gründet und bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts dominierte und die nun unter völlig veränderten Bedingungen der globalen Probleme auf neue Weise wieder bedenkenswert erscheint. Mit einer Fortsetzung der ruinösen 'Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik', wie sie die SED seit vielen Jahren praktizierte, hatte dieser Denkansatz allerdings nicht das geringste zu tun.

Alle Oppositionsgruppen gingen davon aus, daß die bisherige Wirtschaftsweise unhaltbare bis katastrophale Zustände hervorgebracht habe, weshalb grundlegende Veränderungen herbeigeführt werden müßten. Von Vergeudung der natürlichen Ressourcen und von Raubbau spricht z. B. der Demokratische Aufbruch.[32] Die Ohnmacht der Produzenten klingt bei der Vereinigten Linke an.[33] Die SDP klagt die SED an, mit ihrer Politik das Land auszuplündern, die

30 Ebenda, S. 79.
31 Nach: Neue Chronik DDR. 2. Folge: 19.-23. Oktober 1989, S. 70 f.
32 Ebenda, S. 41 f.
33 Ebenda, S. 27.

Ressourcen zu verschleudern, Natur und Umwelt in großem Ausmaße zu zerstören, das kulturelle Erbe zu verkaufen, die alten Städte verfallen und dann abzureißen zu lassen und die DDR zum Müllplatz des Westens zu machen.[34]

Und alle Oppositionsgruppen haben dezidiert die Alleinherrschaft der SED abgelehnt. Die gleichgeschalteten anderen Blockparteien, die als Dekor zur Verschleierung eben dieser Alleinherrschaft dienten, waren zu vernachlässigende Größen. Damit stellten sich alle Oppositionsgruppen – trotz gegenteiliger Behauptungen – gegen die zentrale Bestimmung der DDR-Verfassung, die die führende Rolle der SED in Staat und Gesellschaft sicherte. Sie waren damit – ob es ihnen bewußt war und ob sie es wollten oder nicht – zwar keine Konter-, wohl aber Revolutionäre und keine Reformer. Die Einschätzung der SDP, daß die SED Staat und Gesellschaft als ihren Besitz betrachte, traf den Kern. Sie ihrer führenden Rolle, d. h. ihres Besitzes zu berauben, bedeutete Entmachtung und Enteignung der SED und revolutionäre Umwandlung von Staat und Gesellschaft. Die Staatssicherheit hatte also die Oppositionsgruppen in ihrer Gefährlichkeit für die Herrschaft der SED völlig richtig eingeschätzt.

3. Wirtschafts- und sozialpolitisches Engagement bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 (ohne Berücksichtigung der Aktivitäten am Zentralen Runden Tisch)

Eine Schlüsselstellung mußte die Frage nach der Verfügungsgewalt über das Volkseigentum einnehmen, das zusammen mit dem genossenschaftlichen Eigentum und dem Eigentum der gesellschaftlichen Organisationen der Bürger das sozialistische Eigentum bildete.[35] Das Volkseigentum wurde in der Verfassung als gesamtgesellschaftliches definiert. Die Volkswirtschaft beruhte nach Kap.2 Art. 9 Abs. 1 der Verfassung auf dem sozialistischen Eigentum. Der Abs. 3 legte fest: „In der Deutschen Demokratischen Republik gilt der Grundsatz der Leitung und Planung der Volkswirtschaft sowie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche. Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist sozialistische Planwirtschaft. Die zentrale staatliche Leitung und Planung der Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung ist mit der Eigenverantwortung der örtlichen Staatsorgane und Betriebe sowie der Initiative der Werktätigen verbunden.“ So verschwommen diese Bestimmungen sind, so wird das Volkseigentum nicht als staatliches Eigentum definiert. Und insofern war der Staat kein Rechtssubjekt des Volkseigentums,[36] auch wenn die zentrale staatliche Leitung und Planung die vor allem auf dem Volkseigentum ba-

34 Ebenda, S. 78.

35 Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974, Kap. 2, Art. 10.

36 Anders dagegen in: Aspekte zur Rolle von Parteien und Massenorganisationen bei Entstehung und Entwicklung des Gesellschaftssystems in SBZ und DDR, hrsg. vom Sekretariat der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen beim Bundesministerium des Innern am 28. Mai 1993, Geschäftszeichen PV1 – 800/41, S. 40.

sierende Volkswirtschaft organisierte und regulierte. Erst durch gesetzliche Regelungen (§ 19 Abs. 1 ZGB) übte der Staat die Eigentümerrechte, die er lt. Verfassung gar nicht hatte, durch Staats- und Wirtschaftsorgane aus. „Die 'Organe' waren in dieser Funktion Rechtsträger von Volkseigentum."[37] Ein Blick auf die Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 macht den juristischen Taschenspielertrick deutlich. Darin wird z. B. in Art. 25 festgelegt, daß „alle Bodenschätze, alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sowie die zu ihrer Nutzbarmachung bestimmten Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft [.....] in Volkseigentum zu überführen [sind]. Bis dahin untersteht die Nutzung der Aufsicht der Länder und, soweit gesamtdeutsche Interessen in Frage kommen, der Aufsicht der Republik." Wie und wer die Eigentümerfunktionen am Volkseigentum wahrnehmen sollte, war in dieser Verfassung zwar auch nicht geregelt, aber der Staat sollte nur temporär diese Funktionen wahrnehmen. Mit der in der DDR typischen Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft, durch die auch jeder gesellschaftliche Bereich einem staatlichen Leiter unterstand, wurde das gesamtgesellschaftliche Eigentum zum staatlichen Eigentum, dessen Verwendung und Nutzung von der Gesellschaft nicht kontrolliert werden konnte. Statt dessen nahm die SED-Bürokratie, dadurch daß sie sich des Staates und der Gesellschaft bemächtigt hatte, in letzter Instanz völlig unkontrolliert die Eigentümerrechte am Volkseigentum war. Privateigentum an Produktionsmitteln gab es seit 1974 gar nicht mehr; es tauchte in der Verfassung höchstens „unter dem Verbotsaspekt" auf, und bestimmte Relikte wurden „als persönliches Eigentum umgedeutet".[38] Das auf Privateigentum basierende Handwerk, Gewerbe und der Einzelhandel war damit von der Verfassung nicht einmal mehr pro forma geschützt. Allerdings hatte die Verankerung in der Verfassung grundsätzlich vor keiner Willkür geschützt. Im Gegensatz zum Text der Verfassung von 1968, die das Privateigentum noch positiv kennt, wurden vor allem im Jahre 1972 die Reste des noch bestehenden Mittelstandes enteignet. Die Forderungen nach einem rechtlich abgesicherten Privateigentum mußten daher automatisch einen substantiellen Angriff auf die wirtschaftliche Vormachtstellung der SED darstellen. Und die Forderung nach echter Vergesellschaftung rührte an den Zentralnerv der wirtschaftlichen Basis der SED-Herrschaft selbst.

Die allgegenwärtige staatliche Durchdringung der Gesellschaft konnte dazu führen, die eigentliche Handhabung der Eigentümerfunktionen beim Staat zu sehen und daher das Volkseigentum als staatliches aufzufassen. Von daher wird es verständlich, wenn Demokratie Jetzt in den „Thesen zu dem Aufruf zur Einmischung" den Punkt 2 überschreibt: „Von der Verstaatlichung zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel."[39] Dementsprechend wird das Ende des bestehenden Staatsplandirigismus, eine staatliche Rahmenplanung und eine

37 Ebenda, S. 40.
38 Ebenda, S. 39.
39 Nach: Neue Chronik DDR. 1. Folge, S. 39. Das korrespondiert mit der Präambel der Thesen, in der gefordert wird, daß „die sozialistische Revolution, die in der Verstaatlichung stehengeblieben ist, weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird". Havemann-Archiv 3.2.0.2.

staatliche Aufsichts- und Leitungskompetenzen für „die Bindung jeglicher Wirtschaftstätigkeit an das Gemeinwohl“, d. h. für Umwelt- und Sozialverträglichkeit, gefordert. Dazu sollten weiterhin die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe, ihre am Markt orientierte Preispolitik, die Wählbarkeit von Leitungskräften, „eine echte Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft und eine Gewinnbeteiligung der Belegschaft“ sowie eine gewerkschaftliche Mitbestimmung in den Betrieben gehören.[40]

Auch für die Vereinigte Linke scheint das sog. Volkseigentum realiter kein gesellschaftliches Eigentum gewesen zu sein. Für sie war – gut marxistisch – das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln die Basis der Produktion und künftige Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung, doch sollte es nun von demokratischer Mitbestimmung und Selbstverwaltung durch die Arbeitenden gekennzeichnet sein.[41] Das Neue Forum hatte in seinem „Offenen Problemkatalog“ vom 1. Oktober unter der Überschrift Wirtschaft und Ökologie in gleichrangiger Aufzählung verschiedener wirtschaftlicher Schwerpunkte die Frage nach dem gesellschaftlichen Eigentum noch indirekt gestellt, und zwar durch die Suche nach Strukturen, „die persönliche Initiative und das Verantwortungsbewußtsein wirkungsvoller anregen“ könnten und „die Beteiligung der Werktätigen an der Lenkung der Wirtschaft genügend“ gewährleisteten.[42]

Daß mit der Frage nach dem Volkseigentum die Machtfrage gestellt war, registrierte das Ministerium für Staatssicherheit mit seismographischer Genauigkeit. Der Leiter der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), Generalleutnant Kleine, führte am 27.10.89 eine Arbeitsberatung mit dem Thema „Zur Um- und Durchsetzung der politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellungen der Planorientierung für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR für 1990“ durch. In seinem Referat wies er darauf hin, daß die Zahl der Sympathisanten des Neuen Forum auf ca. 40.000 geschätzt werde und daß das Neue Forum über ein gut funktionierendes Informationssystem verfüge. (Letzteres ist insofern nicht richtig, als man nicht von einem System sprechen kann.) Kleine führte aus: „Das ‘Neue Forum‘ wird in der ganzen Republik wirksam [.....] und greift vor allem – und darin liegt die besondere Gefahr – Probleme auf, die die Arbeiter besonders bewegen. ... Wir müssen unbedingt verhindern, daß es dem Gegner gelingt, Einbruch in die Arbeiterklasse zu erzielen. [.....] Es ist ein Gebot der Stunde, dafür zu sorgen, daß in den Kombinaten und Betrieben Ruhe und Ordnung herrschen, daß die Produktionsprozesse nicht durch ‘Arbeitelangsambewegungen‘, Leistungszurückhaltungen oder Arbeitsniederlegungen gestört werden, daß Provokateure, Rädelsführer und Organisatoren einer negativen Stimmung rechtzeitig erkannt

40 Havemann-Archiv 3.2.0.2. Demokratie Jetzt (unerschlossener Bestand).

41 Nach: Neue Chronik DDR. 1. Folge, S. 27, 29.

42 Die ersten Texte des Neuen Forum. Erschienen vom 9. September bis 18. Dezember 1989, hrsg. im Auftrag des Landessprecherrates des Neuen Forum von Julia Michelis, Berlin Januar 1990, S. 5.

und ausgeschaltet werden.“[43] Diese Angst sollte sich als unbegründet erweisen – auch in den volkseigenen Betrieben wurden die führenden Funktionäre nicht entmachtet.

Die Oppositionsgruppen sahen teilweise schon in ihren ersten Aufrufen die Notwendigkeit, die Zulassung anderer Eigentumsformen – vor allem des privaten Eigentums – mit dem entsprechenden verbindlichen Rechtsschutz als Konsequenz auf die willkürlichen Enteignungsakte der Vergangenheit zu fordern. Denn bei fast allen wurde als vordringliche Aufgabe die Wiederherstellung echter Waren- und Marktbeziehungen gesehen, und dafür war Eigentumspluralität unabdingbar.

So hielt der Demokratische Aufbruch in seinem „Flugblatt für Demokratie“ eine Änderung der restriktiven Steuer- und Zulassungspolitik für Handwerksbetriebe für geboten·[44] Die Unabhängigkeit der bestehenden landwirtschaftlichen, handwerklichen und Handelsgenossenschaften wollte Demokratie Jetzt gestärkt sehen. Außerdem sollten private Kooperationen zugelassen und private Eigentums- und Wirtschaftsformen ermöglicht werden, „sofern eine angemessene Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet“ sei.[45] Dagegen sah die Vereinigte Linke eine „freie Entfaltung von Genossenschaften und Privateigentum“ nur „auf der Grundlage eigener Arbeit“ vor. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – z. B. durch monopolbürokratische und kapitalistische Lohnarbeit – sollte generell verboten werden.[46] Die Sozialdemokratische Partei setzte sich „für eine soziale Marktwirtschaft mit vielfältiger Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen (z. B. Genossenschaften, Arbeiterselbstverwaltung, Eigentum oder Beteiligung des Gesamtstaates, der Städte und Gemeinden an Eigentumsformen)“ ein .[47]

Als Voraussetzung für jede Wirtschaftsreform wurde von allen Oppositionsgruppen die rückhaltlose Veröffentlichung der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation gefordert. So erging z. B. am 13.11.1989 von der Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik des Neuen Forum unter der Leitung von Lutz Marz, Reiner Weidmann und Christian Tietze ein Aufruf zu „Offenlegung unserer wirtschaftlichen Situation“, der den damaligen mentalen Zustand recht genau wiedergibt: „Noch vor zwei Monaten erfreute sich unserer ökonomischer Organismus in der offiziellen Berichtserstattung bester Gesundheit. Nun mehren sich jedoch zusehends die Expertenstimmen, die sagen, dies wäre ein Trugbild, unsere Ökonomie sei nicht nur schwach, sondern krank, ja vielleicht todeskrank. Gerüchte sickern durch: Es heißt, bis Ende 1990 würde unsere Bruttoverschuldung auf etwa 24 Mrd. Dollar ansteigen, womit wir dann eine größere Prokopf-Verschuldung als die VR Polen erreicht hätten. Dichtung und Wahr-

43 U. Bastian: Auf zum letzten Gefecht ... Dokumentation über die Vorbereitungen des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, in: Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin, Nr. 9/1994, S. 34.
44 Nach: Neue Chronik DDR . Folge, S. 41.
45 Ebenda, S. 39.
46 Ebenda, 29.
47 Ebenda, 83 f.

heit, Halbwahrheit oder Lüge – wer weiß Genaues? Wie geht es weiter? Wir sind das Volk. Wir wollen nicht als wirtschaftspolitische Versuchskaninchen in hektischen Wirtschaftsreformen geopfert werden. Als mündige Bürger haben wir das Recht auf die Offenlegung unserer wirtschaftlichen Situation. Wir brauchen die ganze, ungeschminkte Wahrheit, so bitter und schmerzlich sie auch sein mag." Nach der Aufstellung eines Forderungskataloges schließt der Aufruf mit den Worten: „Wir alle brauchen exakte Kenntnis über den wirtschaftlichen Zustand unseres Landes, um an seiner Erneuerung mitwirken zu können."[48]

Grundsätzlich von allen Oppositionsgruppen wurde die schnelle Beseitigung der politbürokratischen Plan- und Kommandowirtschaft gefordert. Unternehmensvielfalt gegen Machtkonzentration als Mittel der Demokratisierung der Wirtschaft und eine breite Beteiligung der Produzenten an den Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des Wirtschaftslebens waren Forderungen der SDP.[49] Die IFM sprach sich gegen jedwede autoritären Strukturen aus und verlangte dezentrale und selbstverwaltete auf allen Ebenen, also auch in der Wirtschaft.[50] Demokratie Jetzt wollte den Staatsplandirigismus durch eine staatliche Rahmenplanung ablösen und damit Staat und Gesellschaft in der Wirtschaft entflechten. Wählbarkeit der Leitungskräfte in den Betrieben, Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft, gewerkschaftliche Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung der Belegschaft sollten weitere Säulen der Wirtschaftsreform sein.[51] Die Vereinigte Linke sah auf wirtschaftlicher Ebene die „kollektive Kontrolle der Arbeitenden über den Produktionsprozeß in Betrieb und Gesellschaft" vor, und zwar als Pendant zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des werktätigen Volkes auf politischer Ebene. Die Wirtschaftssubjekte sollten der Eigenfinanzierung mit Rentabilitätszwang unterliegen.[52] Überflüssige und hinderliche Bürokratie im Produktions- und Verteilungsprozeß wollte in seinem „Offenen Problemkatalog" das Neue Forum beseitigen und gleichzeitig eine breite gesellschaftliche Beteiligung an wirtschaftlichen Grundsatzbeschlüssen und an wirtschaftlichen Entscheidungen von lokaler Bedeutung ermöglichen.[53]

Noch vor dem 4. November legte eine seit 1987 existierende Forschergemeinschaft, zu der u. a. Matthias Artzt, Gerd Gebhardt und Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt) gehörten,[54] eine Analyse der DDR-Wirtschaft vor. Diese stellte eine gedankliche Vorarbeit zu dem am 12. Februar 1990 von W. Ullmann eingereichten Vorschlag zur Bildung einer Treuhandgesellschaft dar.[55]

48 Robert-Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft
49 Nach: Neue Chronik. 1. Folge, S. 84.
50 Info 1, Punkt 5 und 11.
51 Nach: Neue Chronik DDR. 3. Folge: 24. November-22. Dezember 1989, S. 39.
52 Ebenda, S. 28, 29.
53 Die ersten Texte des Neuen Forum, S. 5.
54 Aus dieser ging das „Freie Forscherkollegium 'Selbstorganisation' für Wissenschaftsanalyse an Knotenpunkten" hervor, s.u. 3.3. Das Treuhand-Konzept von Demokratie Jetzt.
55 So Matthias Artzt in seinem Redebeitrag auf der Wirtschaftsanhörung der Enquete-Kommission „Deutsche Einheit" am 3.9.1997. Gedruckt erschien dieses Papier erst Monate später unter dem Ti-

Am 16. November 1989 wurde in der Arbeitsgruppe Wirtschaft des Neuen Forum Berlin-Friedrichshain[56] ein Vortrag gehalten, in dem davor gewarnt wurde, daß durch vordergründige Kosmetik der SED-Führung die „Gralshüter des 'Volkseigentums' weiter ihrer sozialistischen Mehrwertaneignung frönen oder sich sogar stillschweigend zu echten privaten Kapitaleigentümern" mausern könnten.[57] Ihre umgehende Entmachtung wurde gefordert und dazu ein Modell der konkreten Umsetzung von Volkseigentum vorgelegt, das Gedanken von Ota Šik, Wirtschaftsminister während des Prager Frühlings, aufgriff und weiterentwickelte. Dieses sah die Übertragung von Besitzrechten an die volkseigenen Betriebe vor, die einen Teil ihrer Rendite als Steuern abzuführen hätten, während der andere Teil in den Betrieben zur eigenen Verwendung verbleiben sollte, um dadurch die Belegschaft – vertreten durch einen Betriebsrat im Sinne eines Aufsichtsrates – an Rentabilität, Innovativität und Effektivität zu interessieren. Gleichzeitig wurden Formen für die Konkursverwaltung volkseigener Betriebe und für soziale Abfederung der zu erwartenden strukturellen Arbeitslosigkeit vorgeschlagen.[58]

Mit Datum vom 10.12.1989 wurde an das Wirtschaftsforum ein Schreiben von Wolfgang Engler und Lutz Marz gerichtet, in dem dringend vor den Vorstellungen der sog. Reformer in der zur PDS gewendeten SED gewarnt wurde. „Nur dem völligen Mangel an Selbstdistanzierung, an kritischer Selbstbeobachtung, ist es zuzuschreiben, daß sie ihr Wissen und ihren Einfluß gebrauchten, um auf den Trümmern der zusammengebrochenen Partei eine neue errichten zu helfen, die einen dritten historischen Weg steuern sollte, jenseits von bürokratischem Sozialismus und Kapitalismus. In Wahrheit funktioniert die Losung vom dritten Weg als eine Ideenwaschanlage."[59] Beide Autoren sahen als den einzigen Ausweg aus der galoppierenden Wirtschaftskrise mit der ungebremsten Massenabwanderung von Ost nach West „die schnelle, radikale, alle Ebenen umfassende Entfaltung einer engen wirtschaftlichen Kooperation mit Westeuropa, insbesondere mit der BRD". Damit müßten die Verfahrensweisen Priorität haben, nämlich wie man z. B. Kombinate in Aktiengesellschaften umwandeln kann. Unter den drei Gesichtspunkten von notwendigen Voraussetzungen, allgemeiner Richtung und komplexem Inhalt entwickelten die Autoren ein integriertes Kooperationsmodell und hofften auf baldige Umsetzung in „funktionsfähige Führungsbeispiele".[60]

Die Delegiertenkonferenz des Neuen Forum am 9./10.12.1989 in Leipzig „befürwortet die Bildung von Betriebsräten als Macht- und Kontrollorgan der Belegschaften, das Einfluß auf die wirtschaftlichen und finanziellen Entschei-

tel: Zukunft durch Selbstorganisation. Erneuerung der DDR: Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation in Subjektpluralität (Thesen) in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 28 (1990) 5.

56 Dieser Arbeitskreis wurde von dem o.g. Christian Tietze gegründet.

57 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft: Isolde Stark, Bestandsaufnahme, S. 11.

58 Ebenda, S. 12-14.

59 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft: Moderner Monopolismus (Existentielle Ängste und illusionäre Projekte) mit einem Anschreiben an Christian Tietze, S. 1.

60 Ebenda, S. 9.

dungen der Betriebe nimmt".[61] Hier hätte tatsächlich eine echte Chance bestanden, die Eigentümerfunktionen am Volkseigentum zu kontrollieren bzw. bis zu einer rechtlich verbindlichen Neuregelung in der revolutionären rechtsfreien Zeit temporär auszuüben. Das wäre wahrscheinlich – selbst im Scheitern – von eminenter Bedeutung für die Entwicklung eines Subjektbewußtseins in der zu 90% arbeitenden erwachsenen Bevölkerung gewesen. Eine 'Befürwortung' entfaltet allerdings keine mobilisierende Kraft.

Unter den Archivalien des Wirtschaftsforums finden sich einige Papiere mit Vorschlägen zur Wirtschaftsreform, die sich nicht einem konkreten Arbeitskreis des Neuen Forum zuordnen lassen,[62] sondern von engagierten Leuten an die entsprechenden Vertreter des Neuen Forum geschickt wurden. Von diesen vielfältigen Aktivitäten läßt sich heute im einzelnen nicht mehr nachweisen, ob und – wenn ja – warum sie Eingang in offizielle mündliche oder schriftliche Statements der Wirtschaftssprecher bzw. des Sprecherrates des Neuen Forum gefunden haben.[63] So findet sich beispielsweise von den Regionalgruppen der Dörfer Großschönau/Waltersdorf ein Schreiben vom 14.12.1989 an Ministerpräsident Modrow, in dem diesem mitgeteilt wird, daß die von ihm vertretene Wirtschaftsreform unrealistisch sei und daß deshalb als einzige Alternative eine Integration der DDR in die EG bis 1992 erfolgen sollte, und zwar abgekoppelt von einer möglichen Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten.[64]

Außerdem wird durch einige Dokumente deutlich, daß die Kommunikation zwischen dem Arbeitsausschuß des Neuen Forum und dem Fachforum Wirtschaft zumindest zeitweilig nicht unerheblich gestört war, daß der Berater am Runden Tisch weder vom Fachforum gestellt wurde noch seine Billigung hatte und daß die Ausarbeitung des Wirtschaftsteils des Programms nicht unter Mit-

61 Havemann-Archiv 3.1.1.1.2, Nr. 1217.

62 Es gibt auch den umgekehrten Fall, daß durch ein Anschreiben hervorgeht, daß ein Arbeitskreis seine Arbeitsergebnisse zu Wirtschaftsfragen vorgelegt hatte, doch die Arbeitsergebnisse selbst befinden sich nicht unter dem Archivgut. Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft: Schreiben von Dieter Hofmann an Christian Tietze vom 15.11.1989 (Fachgruppe „Wirtschaft und Finanzen" des Neuen Forum Dresden Nord).
Es gäbe sicher noch ein reiches Quellenmaterial für die Geschichtsschreibung der Herbstrevolution 1989, das sich in den öffentlichen Archiven in dieser Weise nicht findet. Um so bedauerlicher ist die schlechte materielle Lage der Archive, die aus den Bürgerbewegungen hervorgegangen sind, die die Sicherung und Auswertung der Bestände gefährdet. Außerdem dürfte sich ein großer Teil der Dokumente von Demokratie Jetzt, Demokratischem Aufbruch und Initiative Frieden und Menschenrechte noch in Besitz der damaligen Akteure befinden, der damit der Öffentlichkeit nicht zugänglich und aus Unkenntnis über den historischen Quellenwert seitens der Besitzer latent der Vernichtung ausgesetzt ist.

63 Christian Tietze schrieb in einem Brief: „Ich plane immer noch, einige wichtige Wirtschaftspapiere in kleinerer Auflage zu veröffentlichen, in der für die Opposition typischen Art und Weise. .... Ziel dieses Papiers ist es, einen unkommentierten Überblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage zu geben." Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft: Chr. Tietze an Prof. Dr. J. Gurtz am 15.11.1989.

64 Schreiben an Ministerpräsidenten Modrow mit Brief an Christian Tietze mit der Bitte um Unterstützung: Havemann-Archiv 3.1.1.2.6.2. Nr. 2802 siehe Anlage 3; vgl. Anm. 73.

arbeit des Fachforums erfolgte.[65] Auch die Kommunikation zwischen dem Landessprecherrat und den Gruppen des Neuen Forum in den Bezirken war höchst unzulänglich, so daß es immer wieder zu Querelen kam, wer für wen sprechen darf.[66]

An dieser Stelle sei auf ein Phänomen hingewiesen, nämlich auf das der beruflichen Herkunft derjenigen, die sich in den Oppositionsgruppen mit der Wirtschaftsreform beschäftigten. Sofern es Fachleute waren, dann waren es keine Theoretiker, sondern Leute der Praxis, die direkt in ihrer täglichen Arbeit von den verheerenden Folgen sozialistischer Planwirtschaft betroffen waren. Hatten sie leitende Stellungen inne, dann unmittelbar im produktiven Bereich wie Lutz Marz (Produktionsdirektor des VEB Kabelwerk Berlin-Adlershof) oder wie Pavel Strohner (Ökonomischer Direktor des Zentralinstituts für Isotopenforschung der AdW). Zu dem erwähnten Freien Forscherkollegium „Selbstorganisation" gehörten u. a. der Physiker Gerd Gebhardt, der Ingenieur Matthias Artzt, der Ingenieur und Abteilungsleiter bei VEB Robotron Rainer Schönfelder, der Wissenschaftshistoriker Janos Wolf, der Kunsthistoriker Hans Lehmann und als einziger Fachmann der Ökonom Hans Blüher, amt. Direktor des Verbandes der Genossenschaftskassen der DDR. Die Mehrzahl der im Neuen Forum engagierten Wirtschaftsleute waren einfache Mitarbeiter wie z. B. die Finanzwirtschaftlerin Edelgard Jeske aus einem Energiebetrieb Berlins, Birgit Teschke vom Handelszentrum Berlin oder der Diplom-Landwirt Detlev Siedersleben, tätig bei VEB Robotron. Auffallend sind Wissenschaftler anderer Gebiete. Unter ihnen finden sich z. B. der Molekularbiologe und Mediziner Jens Reich (AdW [Akademie der Wissenschaften der DDR]), der Regelungstechniker Manfred Riedel von der Bauakademie Berlin, der mit altorientalischen Ausgrabungen beschäftigte Architekt Christian Tietze (AdW) und der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Hochschule für Schauspielkunst, Wolfgang Engler.[67] Bei Demokratie Jetzt lag die wesentliche Verantwortung für Wirtschaftsfragen bei dem Theologen Wolfgang Ullmann vom Sprachenkonvikt (zugleich Mitglied des Freien Forscherkollegiums) und bei dem Physiker Hans-Jürgen Fischbeck (AdW), der u. a. auch mit dem als Lektor tätigen Theologen Peter Sänger zusammenarbeitete.

Eine wesentliche Ursache für dieses Phänomen scheint darin zu liegen, daß die Wirtschaftswissenschaften ähnlich wie die Philosophie von der Wissenschaft zur Ideologie mutierten und als Instrument der ideologischen Rechtfertigung des Herrschaftsanspruches der SED benutzt wurden. Allerdings hielt sich die Instrumentalisierung in Grenzen, da vielfach Interessenidentität zwischen den SED-Wissenschaftlern und ihrer Partei vorlag. In diese revolutionäre Situation ohne eigenes Zutun und wider Willen hineingekommen, waren die meisten

65 Mitteilung des Landessprecherrates vom 20.1.1990: Havemann-Archiv 3.1.1.1.1.1., Nr. 2890 und Vorlage des Fachforum Wirtschaft vom 22.2.1990: Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft – siehe Anlage 4.

66 Havemann-Archiv 3.1.1.1.1.1., Nr. 2399; siehe Anlage 5: Beschlüsse des Arbeitsausschusses des Neuen Forum vom 16.12.1989.

67 Die Verf. ist Althistorikerin, damals auch AdW.

marxistisch-leninistischen Wirtschaftstheoretiker zu einer radikalen Gesellschaftskritik mit einem ebenso konstruktiven wie radikalen Neuansatz in der Wirtschaft nicht imstande.[68] Sie erschöpften sich in ideologischen Debatten, in kosmetischen Korrekturen oder wechselten gar schnell die Fronten und verkündeten mit dem selben religiösen Eifer den allein selig machenden Kapitalismus.[69]

Als Kontrast zu seinen ehemaligen Kollegen sei auf den DDR-Ökonomen Gernot Schneider verwiesen, der nach zweijährigem Lehr- und Publikationsverbot 1984 in die Bundesrepublik übersiedelte. Mit seinem 1988 erschienen Buch „Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität" hatte er eine ausgezeichnete Analyse vorgelegt und eine Transformation der zentralistischen Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft ins Kalkül gezogen. Im Epilog zur zweiten Auflage benannte er drei Probleme bei dem nunmehr bevorstehenden Prozeß, mit denen er Recht behalten sollte. Schneider hatte bereits am 6. Oktober auf einer Veranstaltung der Alternativen Liste im Westberliner Rathaus Schöneberg zu dem Thema „40 Jahre DDR – welche Reformen stehen an?" folgende realistische und exakte Voraussagen gemacht: Bedingt durch eine Reihe von internen und globalen Faktoren entsteht der Reformzwang extern und wird dem Osten in Ausmaß und Dynamik von außen aufgezwungen. Sie wird sich als einheitliche Reform von Politik und Wirtschaft vollziehen. Die Reformen müssen die nationale Isolation und die Planungshoheit der SED überwinden, den Zugang zu den Weltmärkten öffnen, eine sinnvolle Teilhabe an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ermöglichen (die die Konvertierbarkeit der Währung nach sich zieht), eine Einstellung auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt hervorbringen, die Ziele der Wirtschaft auf die Konsumentenentscheidung der Privathaushalte ausrichten und eine generelle Wettbewerbsfähigkeit herstellen. Das alles hieß Transformation der DDR in ein marktwirtschaftliches System. Folgende Konsequenzen hob er hervor: Mit der Konvertierbarkeit der Währung wird eine Entwertung der Spargelder stattfinden. Mit der Öffnung nach außen und der Herstellung des Wettbewerbes geht die Aufgabe der Immobilität der Arbeitenden und der staatlichen Arbeits-

68 Ähnlich lautete die Einschätzung von W. Engler und L. Marz, s.o. Anm. 59. Insofern ist die Ironie von Michael Jürgs: Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, München 1997, S. 43 einfach unangemessen: „Die Opposition kommt nicht aus den Seminaren der Hochschule für Wirtschaft, sondern hat Theologie studiert, Gedichte geschrieben und traurige Lieder gesungen."

69 Selbst das MfS hatte auf der 1. Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum beobachtet, daß die an der Tagung umfangreich beteiligten Wissenschaftler der Hochschule für Ökonomie starke Anlehnung an die bürgerliche Ökonomie aufwiesen. „Zugleich wurde deutlich, daß ihren theoretischen Aussagen kein ausreichender praktischer Erfahrungsschatz zugrunde liegt (im wesentlichen thesenhafte Darstellung) und sie deshalb vermieden, entsprechende Schlußfolgerungen für die konkrete Umsetzung der geplanten Wirtschaftsreform in der DDR zu ziehen." Und weiter wurde für die Vertreter des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft bzw. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED konstatiert, daß „ihre Vorträge [.....] nach vorliegenden Hinweisen phrasenhaft gewesen" seien und daß sie „die aktuelle Wirtschaftssituation in der DDR außer acht gelassen [hätten]. Sie hätten sich ferner nicht kritisch mit der bisherigen Wirtschaftspolitik auseinandergesetzt und haben dem Grunde nach eine Verteidigungsposition zur bisherigen Praxis auf diesem Gebiet eingenommen." BStU, ZA, AB Mittig 26, Bl.22 f.

platzgarantie einher. Mit Leistungshaltung und Kompetenz (Ausschreibung von Führungspositionen) stellt sich soziale Differenzierung her statt des bisher überfrachteten Gleichheitsprinzips. Fazit: Die Hauptlast werden die Beteiligten selbst zu tragen haben.[70] Die Bürgerbewegungen und neuen Parteien hätten sich viele Illusionen ersparen können, wenn Schneiders Analysen in die eigenen Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik eingegangen wären.

Unmittelbar mit der geforderten Wirtschaftsreform waren bei allen Oppositionsgruppen weitreichende andere Forderungen verbunden, die massive soziale Konsequenzen gehabt hätten bzw. diese eben herbeiführen wollten. Eine Auflistung nach den einzelnen Gruppen erscheint hier nicht sinnvoll, da jedes einzelne Element bei allen gleichermaßen auftaucht. Eine Systematik ist bei keiner zu erkennen. Zu sehr schienen die einzelnen Bereiche miteinander verwoben. Folgende selektive Auflistung mag das verdeutlichen:

- Reform der Preis- und Subventionspolitik
- Maßnahmen gegen die schleichende Inflation
- Dezentralisierung der staatlichen Finanzpolitik
- Abrüstung und Umlenkung der dadurch freiwerdenden finanziellen und personellen Mittel in die zivile Wirtschaft und in den sozialen und ökologischen Bereich
- Offenlegung der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung
- Einführung einer Umwelthaftpflicht
- Alternativen zur Energiegewinnung aus Braunkohle und Kernspaltung
- ökonomische Bewertung vor allem von Naturressourcen
- ökologischer Umbau der Landwirtschaft
- Abschaffung von Privilegien und von Belohnung nicht erbrachter Leistungen
- eine umfassende Rentenreform.

Das Soziale als eigener Bereich kommt allerdings erst mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise, dem sich abzeichnenden Wirtschaftskollaps sowie mit den erstmals sichtbar werdenden Möglichkeiten größerer struktureller Arbeitslosigkeit und Bezahlbarkeit von Sozialleistungen und Gesundheitswesen ins Blickfeld.[71]

70 Resümiert nach der Mitschrift von Guntolf Herzberg, der die o.g. Veranstaltung moderierte.

71 In Leipzig ordneten sich dem Schwerpunkt „Soziales“ neun Arbeitsgruppen zu: Alternative Heilmethoden, Gehörlose, Problemgruppe Alkohol, Soziales; Gesundheitswesen, Psychologie, Psychiatriebetroffene, Sport; Strafvollzug, Gruppe ‘Alleinstehende‘, Jugend; Havemann-Archiv 3.1.1.2.6.1. In Dresden bildete sich eine Arbeitsgruppe Gesundheits- und Sozialwesen Havemann-Archiv 3.1.1.2.6.2.

In den wachsenden Spannungen zwischen Beharrungsvermögen der alten Kader[72] und dem drohenden Wirtschaftskollaps[73] – verschärft durch Massenfluchten der arbeitsfähigen Bevölkerung – bewegten sich die Oppositionsgruppen seit der Maueröffnung. In den weiteren Ausführungen konzentriere ich mich auf das Neue Forum und auf Demokratie Jetzt.[74] Beide Oppositionsgruppen haben sehr engagiert auf dem Gebiet der Wirtschaft gearbeitet und dürften auch mit ihren Vorstellungen in der Bevölkerung am bekanntesten gewesen sein, soweit man in dem eng begrenzten Feld eigener öffentlicher Darstellung und bei der Dominanz des Politischen in der Berichterstattung der Medien davon reden kann. Die Sozialpolitik dieser beiden Oppositionsgruppen mußte eng mit den Wirtschaftsvorstellungen verbunden sein. Das geht u. a. auch aus einer Selbstdarstellung des Fachforum Wirtschaft als DDR-weiten Zusammenschluß von Wirtschaftsgruppen des Neuen Forum[75] vom 2. Februar 1990 her-

Das Neue Forum im Kreis Riesa bildete z. B. Anfang November 1989 u. a. eine Arbeitsgruppe Ökonomie, allerdings keine zur Sozialpolitik: Havemann-Archiv 3.1.1.2.6.2.

72 Erhellend wirkt ein Schreiben des Neuen Forum Ahrenshoop, in dem vorgezogene Kommunalwahlen gefordert werden, weil die alten, demokratisch nicht legitimierten Funktionäre in den Gemeinden z.T. wirtschaftliche Entscheidung von überregionaler Bedeutung ohne jede Kontrolle treffen: Havemann-Archiv 3.1.1.2.2.; siehe Anlage 6.

73 Ein kleines Beispiel soll das verdeutlichen: In einer Pressemitteilung vom 29.1.1990 versucht der Landessprecherrat des Neuen Forum Soforthilfe zu organisieren, um die Schlachtung von übermästetem Zuchtvieh aus dem Bezirk Rostock gegen den Widerstand der staatlichen Organe in der BRD zu ermöglichen, da innerhalb der DDR keine entsprechenden Schlachtungs- und Lagerungskapazitäten zu finden waren: Havemann-Archiv 3.1.1.1.1.1., Nr. 2903; siehe Anlage 7.

74 Die SDP benannte sich auf ihrer ersten Landesdelegiertenkonferenz vom 12.-14.1.90 in Berlin in SPD um und stieg dann aus dem mit dem Demokratischen Aufbruch, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neuen Forum und Vereinigter Linke am 3.1.90 vereinbarten Wahlbündnis aus. Sie wurde zunehmend von der bundesdeutschen SPD beeinflußt und verlor damit ihre inhaltliche Eigenständigkeit. Aus diesem Grunde muß sie nach diesem Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt werden; vgl. Jürgen Falter: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft, Bonn 1992 (Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 308), S. 165. Aus dem Wahlbündnis schied am 5.2.1990 auch der Demokratische Aufbruch aus und ging mit der Deutschen Sozialen Union und der CDU ebenfalls ein Wahlbündnis ein („Allianz für Deutschland"). An diesem Gespräch in Westberlin nahm auch Bundeskanzler Kohl teil. Unter der Schirmherrschaft der bundesdeutschen CDU ist die Beeinflussung auf Progamminhalte derart stark gewesen, daß sie als eigenständige Oppositionsbewegung aus meinen Untersuchungen ausgeklammert wird.

75 Aus einigen zugänglichen Dokumenten ist zu entnehmen, daß sich nicht nur in den Bezirkshauptstädten, sondern offensichtlich auch in vielen kleineren Städten Arbeitsgruppen zur Wirtschaft konstituierten. In Leipzig gab es zum Schwerpunkt Ökonomie drei Gruppen: Ökonomie, Bauwesen; Kommunale Probleme: Havemann-Archiv: 3.1.1.2.6.1. In Dresden existierte neben der Arbeitsgruppe Wirtschaft eine Arbeitsgruppe Ökonomie/ Ökologie: Havemann-Archiv: 3.1.1.2.6.2.
Selbst in den Dörfern Großschönau und Waltersdorf der Oberlausitz im Bezirk Dresden befaßte man sich dezidiert mit Wirtschaftsfragen: Havemann-Archiv: 3.1.1.2.6.2., Nr. 2801, S. 1f. Beide Gruppen verfaßten gemeinsam ein „10-Punkte-Programm zur 'Wieder'vereinigung beider deutscher Staaten innerhalb der jetzigen Grenzen der BRD und der DDR in Weiterführung des 10-Punkte-Plans von Bundeskanzler Kohl vom 5.12.1989". Dort steht unter Punkt 4: „Schaffung eines Modells der Marktwirtschaft in der DDR, welches Sicherheiten für sozial schwache Schichten, Demokratie und Mitbestimmung garantiert und mit der bestehenden Gesellschaftsstruktur der BRD gemeinsam in einem Land existieren kann." Punkt 6: „Verflechtung der Wirtschaftssysteme der BRD und der DDR. Gemeinsame Währung für die BRD und die DDR. Nur noch ausgewählte Großbetriebe und Kombinate der DDR bleiben Staatseigentum durch Aktienmehrheit des Staates. In allen Großbetrie-

vor. Es setzte sich gerade unter der fortschreitenden wirtschaftlichen Zerrüttung vorrangig für die sozialen Belange der Wirtschaft ein, ebenso für die ökologische Ausrichtung der zu reformierenden Wirtschaft und für eine demokratische Mitbestimmung in den Betrieben, „die über die Mitbestimmungsregelungen in der Bundesrepublik hinausgeht“.[76] Wenige Tage vorher hatte es einen Entwurf für den Teil 4: Wirtschaft des Programms des Neuen Forum vorgelegt. Hier werden die z.T. schon bekannten Forderungen nach der gleichberechtigten Existenz aller Eigentumsformen und nach Wettbewerb aufgestellt, aber auch nach einem zweistufigen Bankensystem, einer verantwortungsvollen Geldmengenpolitik, dem Abbau des Staatshaushaltsdefizites. „Schrittweise sind ein Kapitalmarkt und bevorzugte Beteiligungsmöglichkeiten der Belegschaften an ihren Unternehmen aufzubauen.“ Allerdings wurden auch Einschränkungen bzw. Aussetzungen der Marktmechanismen gefordert. Das betraf die Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Wissenschaft, Kultur, Massenmedien und Energie. Eine schnellstmögliche Bodenpreisreform sollte angestrebt werden. Die Nutzung des Bodens selbst sollte mit den Erfordernissen des Natur- und Landschaftsschutzes und mit der Verhinderung von Bodenspekulationen verbunden werden. „Dazu gilt es, parallel zur Umgestaltung der Wirtschaft das Sozialnetz auszubauen.“[77]

Ein weiteres Beispiel soll diese enge Verflechtung von Wirtschaft und sozialen Belangen verdeutlichen: Das Fachforum Wirtschaft gab am 4.3.1990 unter der Überschrift „Schweigen ist auch eine Signal! Aber das NEUE FORUM wird zum Subventionsproblem nicht schweigen“ ein Flugblatt heraus, in dem der Bevölkerung die Haltung des Neuen Forum zu den staatlichen Subventionen, wie sie am Runden Tisch vertreten wurde, erläutert wird. Die Lebensmittelsubventionen sollten auf die Einkommen umgelagert werden, und zwar als ein erster „substantieller Schritt einer Preisreform in Richtung der allseits akzeptierten sozialen Marktwirtschaft“.[78] Mit den Informationen des Flugblattes wollte das Neue Forum den unverantwortlichen Fehlinformationen der Modrow-Regierung entgegenwirken, die in der Öffentlichkeit auf eine Diskreditierung des Neuen Forum als ‘unsozial‘ hinauslief. Außerdem wurde ohne Beschönigung auf die gravierenden sozialen Probleme hingewiesen, die mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft – vor allem durch die strukturelle Arbeitslosigkeit – entstehen werden.[79]

ben, die der Planung unterliegen, wird diese nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gestaltet. Alle anderen Betriebe unterliegen den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.“
Auch das Neuen Forum der sächsischen Stadt Pirna informierte die Einwohner der Region über die eigenen Positionen zur Wirtschaft; siehe Anlage 8: Information 3 (Februar 1990) und Information 4 (März 1990).

76 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft.

77 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft: Entwurf zum Punkt 4 des Programms des NEUEN FORUMS, S. 1f.

78 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft, unterschrieben von Barbara Hähnchen, Sprecherin im Fachforum Wirtschaft.

79 Ebenda: „Strukturelle Arbeitslosigkeit bedeutet, daß Qualifikation und örtliche Verteilung der Arbeitskräfte nicht mit den Anforderungen des Marktes übereinstimmen. Volle Regale und gute Dienstleistungen wollen wir alle. Das alte Konzept der sozialen Sicherheit der SED(PDS) mit dem

Und in einem gemeinsamen Aufruf vom 8. März von Pavel Strohner (Neues Forum) und Hans-Jürgen Fischbeck (Demokratie Jetzt) unter der Überschrift „Was wird aus unserer Wirtschaft“ wurde – wie schon vorher – erneut vor einer schnellen Währungsunion gewarnt, die 2 bis 3 Millionen Arbeitslose erwarten lasse. Sollte der Weg der schnellen Währungsunion gegangen werden, so wäre er nur akzeptabel, „wenn die Bundesbürger ein tatsächliches Opfer für die deutsche Einheit in Form einer Steuererhöhung bringen würden“.[80]

So wichtig den Bürgerbewegungen die Wirtschaftsreform war, so wenig haben sie meines Wissens versucht, direkten Einfluß auf die täglichen Regierungsgeschäfte zu nehmen, als sie ihre Vertreter als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung Modrow entsandten. Allerdings stellt sich die Frage, ob sie es ohne Insiderwissen überhaupt vermocht hätten. Die Dominanz des Politischen wird zumindest in den Überlegungen des Neuen Forum deutlich, das in einer Übergangsregierung nur politische und keine wirtschaftlichen Funktionen abdecken wollte.[81]

3.1. Die Erste Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum

Die Erste Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum fand am 25. und 26. November 1989 kaum Erwähnung in den Medien. Zu dieser Tagung kamen Referenten aus dem Bundesministerium für Wirtschaft, Wirtschaftswissenschaftler aus bundesdeutschen Universitäten und Vertreter der bundesdeutschen Wirtschaft wie Tyll Necker. Ota Sik schickte einen Beitrag. Aus der DDR kamen eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern, z. B. vom Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW), der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Universität Leipzig und der Hochschule für Ökonomie Berlin.

Das Neue Forum war vertreten mit Lutz Marz (Produktionsdirektor des VEB Kabelwerk Berlin-Adlershof), Hans-Joachim Matuschek (Geschäftsführer der ddr media gmbh) und Pavel Strohner (Ökonom und Chemiker, Sprecher der

bequemen Kleben am Arbeitsplatz schadet uns allen. Auch wir wollen soziale Sicherheit, jedoch eine, die sich mit Marktwirtschaft verträgt. Wir wollen eine enge Kopplung von Arbeit, Weiterbildung und Sozialdiensten. Zeiten von vorübergehender Arbeitslosigkeit sollen für Aus- und Weiterbildung genutzt werden. Statt Arbeitslosengeld und -hilfe Bildungsgeld. Statt Abfindungsbeträge für mögliche Konkursfälle Finanzierung von Ausbildung. Anerkennung der Arbeit von Hausfrauen und -männer bei der Versorgung der Kinder und Alten durch die Zahlung eines Hausgeldes. Vorruhestandsregelungen für alle über 55 für den Fall struktureller Arbeitslosigkeit. Geschützte Arbeitsplätze für körperlich und sozial geschädigte Mitbürger. Bezahlte Sozialdienste für die ambulante Alten- und Krankenbetreuung. Diese Forderungen stimmen überein mit den Notwendigkeiten einer effektiven Marktwirtschaft der Zukunft. [.....] Beim jetzigen, sehr schnellen Übergang zur Marktwirtschaft im Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion nehmen wir die Bundesregierung beim Wort. Wir fordern eine Sozialunion, bei der das Schwergewicht auf der Auflage großer Umschulungsprogramme in regionalen Bildungszentren und in der Stützung wettbewerbsfähiger Betriebe liegen soll. Die Vereinigung beider deutscher Staaten darf nicht durch Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg der DDR-Bürger bezahlt werden.“

80 Besitz der Verf.

81 Havemann-Archiv 3.1.1.1.1.1., Nr. 2912; siehe Anlage 9.

Gruppe Wirtschaft im Neuen Forum und Tagungsleiter). Außerdem wäre der Philosoph Guntolf Herzberg dazuzählen, der zwar offizieller Vertreter der Alternativen Liste aus Westberlin war, bei dem es sich allerdings um einen Bürgerrechtler aus der DDR handelte, der 1985 nach Westberlin ausgereist war, aber nun im Sinne des Neuen Forum auftrat.

Die auf dieser Wirtschaftskonferenz vorgetragenen mittel- und langfristigen Forderungen waren häufig nicht so sehr divergierend. Auch fehlten kurzfristige Forderungen nicht, wohl aber die Hinweise auf praktikable Umsetzungsmethoden. Guntolf Herzberg brachte diese Situation auf den Punkt: „Das NEUE FORUM steht zwischen zwei Klippen: links die SED mit Aktionsprogramm, täglichen Diskussionen über die Verbesserung des Sozialismus (und mit politischer Macht ausgerüstet, bestimmte Maßnahmen einfach noch zu erzwingen), rechts die finanzstarke Bundesrepublik, die Kapital, Technologie zu ihren Bedingungen liefern kann – und wird [.....] das NEUE FORUM hat nicht die Macht, die wirtschaftlichen Verhältnisse in seinem Sinne (den wir auch noch nicht genau kennen) zu verändern. Es kann nur Vorschläge in die Öffentlichkeit bringen und sich um deren Akzeptanz bemühen. Dabei ist es nicht sicher, ob die besten Vorschläge auch akzeptiert oder die akzeptierten Vorschläge auch die erfolgversprechendsten sind.“[82]

Nachdem er die kurzfristig nicht zu realisierende Perspektive – Schaffung eines einheitlichen Währungsgebietes und einer Konföderation mit der BRD – und die tägliche Gefahr eines ökonomischen Kollaps‘ benannt hatte, schlug er sofort umsetzbare Maßnahmen vor, die mikroökonomisch die täglichen Frustrationen und Ärgernisse durch Freisetzung privater Initiativen verringern sollten. „Es geht um die Beseitigung sämtlicher halbfeudaler Privilegien, um das Aufdecken von Korruption und Unterschleif, um die Bestrafung von Spekulanten, um die transparente Vergabe von Wohnungen und Urlaubsplätzen, um die öffentliche Beratung, wie knappe Waren und Kapazitäten am sinnvollsten, am gerechtesten verteilt oder genutzt werden können.“[83] „Über Kollaps oder Stehvermögen entscheidet das politische Bewußtsein der Bevölkerung – und dies ist jahrzehntelang vergewaltigt, unterdrückt, eingeschläfert worden. Jetzt ist es wach, kritisch, aber auch unerfahren [.....] Es wäre die politische Entscheidung mündiger Bürger, Demokratie und Gerechtigkeit höher zu werten als Computer und Mercedes.“[84]

Diese Erste Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums (25.-26.11.1989) ist Gegenstand einer langen, als „streng geheim“ eingestuften Information[85] des nunmehr zum Amt für Nationale Sicherheit mutierten MfS, die Mittig am

82 Guntolf Herzberg: Darum geht‘s: Demokratie und Gerechtigkeit, in: Neues Forum. Wirtschaftsforum der DDR. Internationale Wirtschaftskonferenz des NEUEN FORUMs, Berlin-Buch, 25./26. November 1989, Berlin 1990, S. 87.

83 Ihm ging es um schnelle Veränderungen ohne große Investitionen.

84 Ebenda, S. 89.

85 „Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!“ steht vorgedruckt im Kopf der ersten Seite. BStU, ZA, AB Mittig 26, Bl.27: „Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.“

1.12.1989 abzeichnet. Die Teilnehmerzahl wird auf 350 bis 400 Personen geschätzt, davon „50 bis 60 Personen aus der BRD, darunter Vertreter der Bundesministerien für Wirtschaft und Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, aus interessierten Industriekreisen sowie bürgerliche Ökonomen und Mitglieder der Alternativen Liste aus Berlin (West)“.[86]

Es „ist einzuschätzen, daß die ‘Gruppe Ökonomie‘ des Neuen Forums Berlin-Pankow über umfangreiche Kontakte sowohl in der DDR als auch nach der BRD sowie über erforderliche organisatorische Voraussetzungen für die Organisierung derartiger Veranstaltungen verfügt.

Das vom Organisationskomitee der ‘Gruppe Ökonomie‘ des Neuen Forums Berlin-Pankow verfolgte Anliegen bestand offensichtlich darin, eine Verständigung zwischen Vertretern aus Theorie und Praxis beider deutschen Staaten über Ziele, Möglichkeiten und Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftsprobleme in der DDR herbeizuführen. Ein dazu vorbereiteter, 17 Thesen umfassender Diskussionsvorschlag beinhaltete eigene, ein breites ökonomisches Spektrum umfassende, Lösungsvorschläge und Forderungen, die vor einem ökonomisch gebildeten Auditorium auf ihre Wirksamkeit hin getestet werden sollten.

Damit strebt man einen Beitrag zur Qualifizierung der Arbeit des Neuen Forums auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik an, um letztlich eine Plattform zur Schaffung eines Gegenkonzeptes zur Wirtschaftspolitik des SED, wie es im Aktionsprogramm des SED und in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, Gen. Dr. Modrow, zum Ausdruck kommt, zu bilden.

Einer der Hauptorganisatoren der wissenschaftlichen Tagung, Dr. rer. oec. Pavel Strohner, Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR, bezeichnete es als Ziel des Neuen Forums, den stalinistischen Sozialismus in der DDR abzuschaffen. Dazu beabsichtige man positive wie negative Erfahrungen anderer sozialistischer Länder wie UdSSR, Polen, Ungarn zu nutzen, um zu einem demokratischen Sozialismus, gekennzeichnet durch freie Marktwirtschaft (bis auf wenige Bereiche) mit den bisher erreichten Errungenschaften, zu kommen. Dieser müsse sich von ‘der Kommandowirtschaft des Stalinismus, aber auch von der Ellbogengesellschaft einer M. Thatcher deutlich abheben‘.

Eine umfangreiche und allseitige Beteiligung der BRD an diesem Prozeß wird dabei vorausgesetzt. Im Tagungsverlauf rief Dr. Strohner darüber hinaus auf, eine ‘Gesellschaft der Ökonomen‘ zu gründen, um neues Denken aufzunehmen und eine breitere und qualifizierte Aussprache und Verbreitung von neuen ökonomischen Lösungen in der DDR zu erreichen.

In den Vorträgen von Vertretern des Neuen Forums wurde ein hoher Grad von Sachkompetenz bei der Bewertung der objektiven Lage in der Volkswirtschaft

86 BStU, ZA, AB Mittig 26, Bl.20.

der DDR und Kreativität bezüglich des Aufzeigens von Vorstellungen über Lösungsvarianten auf verschiedenen Teilgebieten deutlich.

Insgesamt war jedoch keiner der Teilnehmer an der Veranstaltung in der Lage, ein entsprechend wirkungsvolles ökonomisches Instrumentarium anzubieten und die Auswirkungen der angebotenen Lösungsvarianten auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche sowie die Ökonomie der DDR insgesamt abzuschätzen."[87]

„Deutlich wurden auch die Bestrebungen nach vollständiger Abschaffung bisheriger Formen, Mittel und Methoden der Planung, zur Beschränkung der Rolle des Staates auf beratende bzw. orientierende Funktionen im Wirtschaftsleben sowie nach einer entschiedenen Entflechtung der Kombinate und umfassenden Zulassung von Klein- und Mittelbetrieben der verschiedenen Eigentumsformen. Nicht zuletzt wurden Standpunkte geäußert zur Herausbildung von 'Selbstorganisationen der Arbeiter', verbunden mit der Möglichkeit, die Vertrauensfrage gegenüber Betriebsleitungen stellen zu können.

Trotz Meinungsvielfalt und Verschiedenartigkeit der während der Tagung vorgebrachten Positionen war man sich einig in der Forderung nach Offenlegung aller Wirtschaftsdaten sowie der notwendigen Ablösung der Minister Dr. Schürer, Dr. Beil sowie des Staatssekretärs Dr. Schalck-Golodkowski."[88]

„Die von den BRD-Teilnehmern vorgestellten Konzepte fanden in ihren Grundrichtungen überwiegend Zustimmung.

In diesem Zusammenhang vertrat ein Mitglied der Arbeitsgruppe 'Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik' der SDP in der DDR nahezu identische Positionen hinsichtlich der von BRD-Seite erhobenen Forderungen.

Der Vertreter der Alternativen Liste Berlin (West), Köpel (wird als Konstrukteur der Rot-Grünen Koalition bezeichnet) warnte die DDR vor einer unkritischen Übernahme westlicher Wirtschaftsmodelle. Die DDR-Wirtschaft sollte vielmehr zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen unter Beachtung einer demokratischen Einflußnahme auf die Betriebe umgebaut werden, auch im Interesse des Umweltschutzes."[89]

Doch der revolutionäre Impetus der aktiven DDR-Bevölkerung blieb weitgehend auf die Forderung nach Veränderung der politischen Spitze durch freie Wahlen und auf die Durchsetzung der bürgerlichen Rechte der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit beschränkt. Er reichte nicht aus, im jeweils eigenen Lebens- und Arbeitsbereich von unten nach oben aufzuräumen. Deshalb stellte das Neue Forum auf der letzten Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März 1990 den Antrag „Zum Einsatz von sachkompetenten und demokratisch legitimierten Leitern", um diese nicht stattgefundene Seite der Revolution we-

87 BStU, ZA, AB Mittig 26, Bl.21 f.
88 BStU, ZA, AB Mittig 26, Bl.23.
89 BStU, ZA, AB Mittig 26, Bl.25. Es handelt sich um Bernd Köppl, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

nigstens von oben nach unten nachzuholen.[90] Zu diesem Antrag gehörte die Vertrauensabstimmung über alle Leiter in mittleren und höheren Funktionen – auch in der Wirtschaft – nach vorheriger öffentlicher Aussprache, die kommissarische kollektive Wahrnehmung der Leitung bei Abwahl bis zur Einsetzung eines neuen Leiters, sofortige Entlassung aller Kaderleiter, die ja ex officio zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit verpflichtet waren, und die Aufhebung der Ministerratsbeschlüsse vom 21. Dezember 1989 und 1. Februar 1990, die den Generaldirektoren und zuständigen Ministern die Verfügungsgewalt über das Volkseigentum eingeräumt hatten. Dieser Antrag fand die mehrheitliche Zustimmung des Runden Tisches, wurde jedoch von der Regierung de Maizière nicht umgesetzt.

3.2. Die Zweite Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum

Am 27. und 28. Februar 1990 kamen etwa 250 Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmer und Politiker aus beiden deutschen Staaten zusammen, aber auch Nichtfachleute, die sich wirtschaftspolitisch im NF engagierten. Das Thema der Konferenz lautete: „Wirtschaftsreform in der DDR und Internationalisierung“. In sechs Grundfragen wurde weitgehende Übereinstimmung erzielt.[91] Das waren

1. die radikale Beseitigung des bürokratischen Zentralismus als Hauptursache des Wirtschaftsverfalls sowie die Wiederherstellung monetärer Mittel und Instrumentarien einer funktionsfähigen Marktwirtschaft;
2. die Wiederherstellung des Geldes als Währung und damit als Maß der Warenwerte und als konjunkturpolitisches Steuerungsmittel;[92]
3. die weitere Massenabwanderung arbeitsfähiger DDR-Bürger als moralische Konsequenz einer zerstörerischen Wirtschaftspolitik droht einen Wirtschaftskollaps nach sich zu ziehen;[93]

90 Vgl. Edelgard Jeske: Studie zum Thema ‘Seilschaften‘ (mit Dokumentation), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII, Anlage 12, S. 846 f.

91 Die folgenden Ausführungen resümieren den Tagungsbericht von Gerd Wilde, Pavel Strohner, Helmut Voigt, Hans Knop, Klaus-Dieter Hauschild; sie dienten gleichzeitig als Vorlage zur Wirtschaftspolitik für den Zentralen Runden Tisch: Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft.

92 Ebenda, S. 2: „Mit der heutigen Mark der DDR kann kein Betrieb seine tatsächlichen Kosten kalkulieren und steht daher bei allen Rentabilitätsfragen und Preisverhandlungen in einem undurchdringlichen Nebel Die Konvertierbarkeit der Mark der DDR hat deshalb allein schon aus ökonomischer Sicht die höchste Priorität, wenn eine Integration in die europäische und Weltwirtschaft erreicht werden soll.“

93 Ebenda, S. 2: „Der Schwellenwert, jenseits dessen der Kollaps zu erwarten ist, liegt vorsichtigen Schätzungen zufolge bei etwa 500.000 Umsiedlern (gerechnet ab Anfang 1989). Bei linearer Fortschreibung der gegenwärtigen Umsiedlerzahl von durchschnittlich täglich 1.500 Menschen dürfte bereits in den nächsten Monaten eine dramatische Situation eintreten.“

4. die erforderliche Wirtschaftsreform muß gleichzeitig die Überwindung der moralisch-psychischen Krise als Ziel von Sofortmaßnahmen haben, wenn sie nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein will;

5. die Wirtschaftskraft der DDR reicht bei weitem nicht aus, um die Sanierung der Wirtschaft und der Umwelt sowie die Etablierung eines sozialen Sicherungssystems zu finanzieren, weshalb „massive Hilfe und Kapitalzufluß von außen“ dringend erforderlich ist;

6. die bisher von den beiden deutschen Regierungen geschlossenen Vereinbarungen über ökologische Sanierung sowie die Entwicklung von Handwerk und Mittelstand sind zwar mittel- und langfristig von größter Bedeutung, doch können sie die akute Notsituation nicht abwenden.

Auf dieser Einschätzung basierte ein Zehn-Punkte-Programm zur Währungsproblematik. Bis Ende 1991 sollte – nach einer Übergangsphase der Konvertibilität der DDR-Mark – eine Währungs- und Wirtschaftsunion zwischen den beiden deutschen Staaten geschaffen werden.[94] Als eine der Voraussetzungen für die Konvertibilität sollte der Geldüberhang in der DDR (ca. 60 bis 90 Mrd. Mark) mittelfristig gebunden werden, um eine Anpassungsinflation zu verhindern. Eine unabhängige Zentralbank der DDR sollte die Geldwertstabilität nach innen und außen sichern bei gleichzeitigem Verbot, die Defizite des Staatshaushaltes bzw. der Betriebe zu finanzieren. Eine zweistufige Preisreform für die handelbaren Güter sollte die Preise zunächst den Weltmarktpreisen annähern und sie danach freigeben. Bei Mieten und Energie sollten die Subventionen schrittweise abgebaut werden. Beides sollte durch eine Einkommensreform und von einem Übergang der produktgebundenen zur personengebundenen Subvention begleitet werden. Kernbereiche der Preisreform sollten der Handel mit Gütern und Dienstleistungen, der Tourismus der DDR-Bürger sowie der Kapitalfluß in die DDR einschließlich Gewinntransfer und Kapitalrückfluß sein. Temporäre Schutzzölle, Einbeziehung der Bundesbank zur Kursstützung – da der Kurs nicht den Marktkräften allein überlassen werden könne –, Gewerbefreiheit, die nur durch eine ökologische Gewerbeaufsicht eingeschränkt werden dürfe, Steuerreform und Zulassung des freien Kapitalflusses in die DDR wurden gefordert. Und schließlich galt es ein System der sozialen Sicherung zu schaffen, das marktwirtschaftlichen Standards entsprach. In diesem Zusammenhang wurden die BRD und die EG „eindringlich gebeten, beim Aufbau des sozialen Sicherungssystems (vor allem für die Arbeitslosenversicherung) mit einem kräftigen Zuschuß zum Grundkapital zu helfen“[95].

Zu diesem Zehn-Punkte-Programm – so hoben die Berichterstatter hervor – habe es Konsens gegeben. „Dies ist umso bemerkenswerter, als hier Teilnehmer aus zwei verschiedenen Staaten, unterschiedlicher Parteien und politischen

94 Ebenda, S. 3. Dort steht die Jahreszahl 1992, die handschriftlich in 1991 geändert wurde. Auch bei der Zwischenstufe, die Mark der DDR noch 1990 nahezu vollkommen konvertibel zu machen findet sich eine handschriftliche Korrektur: „nahezu vollkommen“ wurde durch „kurzfristig“ ersetzt.

95 Ebenda, S. 4.

Gruppierungen sowie unterschiedlichen Denkschulen zusammentrafen. Allerdings mußten alle Seiten wesentlich Zugeständnisse machen. Den Teilnehmern aus der DDR fiel vor allem die Zustimmung zu Punkt 9 (freier Kapitalfluß) schwer. Bei einem geschätzten Kapitalbedarf in der Größenordnung von 900 Milliarden DM und mehr bedeutet dies in letzter Konsequenz nichts anderes, als in der DDR wirtschaftsrechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, wie sie in den marktwirtschaftlichen Ländern international üblich sind. Vor den konkreten Details dieser Konsequenzen schrecken denn auch die Vertreter der meisten DDR-Parteien zurück. Hier ist also offensichtlich noch ein Lernprozeß nötig. Die Teilnehmer aus der BRD strebten ein rationelles ökonomisches Konzept an, mußten aber in vielfältigen kontroversen Diskussionen schließlich erkennen, daß die soziale Problematik umfassend integriert werden muß, weil sonst der Plan weder politisch noch sozial durchsetzbar ist.“[96]

Der Teil der Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe „Betriebe und Kooperationen“ konzentrierte sich auf vier Punkte, nämlich

1. Gesellschaftliche Mitbestimmung und Kontrolle;
2. Schaffung, Änderung, Außerkraftsetzung von Rechtsregelungen – Sofortschritte;
3. Sofortige Schaffung aller Voraussetzungen in der DDR zur Bewertung von Unternehmen;
4. Joint-Venture-Gesetz.

Beim ersten Punkt lag der Hauptakzent auf der Schaffung von Kontrollausschüssen als Mittler zwischen Belegschaft, Betriebsleitung und territorialen Organen. Dazu wurde ein Modell empfohlen, wie es sich im Bezirk Halle für die bezirksgeleitete Industrie bereits erfolgreich etabliert hatte. Hier wie auch bei den anderen Punkten wurden zwar einige konkrete Maßnahmen gefordert, von anderen – wie z. B. bei Joint Ventures wegen der fehlenden Rahmenbedingungen – wieder abgeraten, doch spielte das Kardinalproblem, nämlich das Volkseigentum und dessen Verfügungsgewalt, keine Rolle. Dasselbe trifft für die Arbeitsgruppe „Strukturpolitik“ zu. Hier wurden zwar Aussagen zur Beibehaltung der Konzernstruktur von Kombinaten der Exportwirtschaft bzw. zur Auflösung von Kombinaten der Binnenwirtschaft gemacht, doch wurde die Wahrnehmung der Eigentümerrechte am Volkseigentum nicht thematisiert.[97]

96 Ebenda, S. 4 f.

97 Die Verf. hatte einen Vortrag zu dem Thema „Das Volkseigentum – vom Märchen zur Wirklichkeit?“ angemeldet. Dieser Vortrag konnte ebenso wie weitere aus Zeitgründen im Plenum nicht gehalten werden. Er sollte zusammen mit den anderen in einem Tagungsband veröffentlicht werden, der nie erschien. Die sich überschlagenden Tagesereignisse und Entwicklungen ließen alle diese Papiere schnell zur Makulatur werden. Der Vortrag schloß folgendermaßen „Wenn also das Volkseigentum Wirklichkeit werden sollte, dann scheint mir Eile geboten, bevor durch weitere Joint Ventures eingeflossenes Privatkapital diese Realisierung verhindert. Das heißt nicht, daß volkseigene Betriebe auf Wirtschaftskooperation mit privatkapitalistischen Unternehmen und Banken verzichten sollten oder gar könnten. Das Problem liegt darin, daß erst die Eigentumsverhältnisse im Innern ge-

Lediglich die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Produktionsgenossenschaften, die ja lt. Verfassung der DDR auch eine Form des sozialistischen Eigentums waren, sollten sich auf der Basis neuer Genossenschaftsgesetze umstrukturieren.

Daß alle Kombinatsdirektoren der höchsten Nomenklaturkaderebene der SED angehörten, wurde zwar in der Diskussion angesprochen, schlug sich aber im gesamten Tagungsbericht an keiner Stelle nieder.

Bei allen vordringlichen Aufgaben des Überganges zur sozialen Marktwirtschaft, die im Tagungsbericht aus unterschiedlichen Aspekten reflektiert werden, spielte jedoch die Ökologie eine wichtige Rolle, die von der betreffenden Arbeitsgruppe in acht Punkten festgelegt wurde. Hierzu wurde nicht nur eine aktive staatliche Ökologiepolitik gefordert, sondern auch die parlamentarische und gesellschaftliche Kontrolle. Dazu sollte auch die Tätigkeit von unabhängigen Öko-Instituten kommen. Neben der drastischen Bestrafung von Umweltkriminalität sollten vor allem kleine und mittlere Betriebe, die Umweltschutztechnik herstellen, durch staatliche Begünstigungen wie z. B. Steuererleichterungen gefördert werden.

Das Fazit der Zweiten Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum wurde in einem „Offenen Brief“ vom 10. Februar 1990 zusammengefaßt und von dem Sprecher des Fachforums Wirtschaft, Pavel Strohner, unterzeichnet. Der Brief wurde u. a. an Bundeskanzler Kohl gesandt. Zur Wirkung einer schnellen Einführung der D-Mark in der DDR hieß es darin, daß sie:

„– ganze Zweige unserer Wirtschaft, auch die mit geringem Kapitalbedarf, zerstören würde,[98]

– eine nicht steuerbare Arbeitslosigkeit größten Ausmaßes erzeugen und damit einen neuen Abwanderungsschub auslösen würde,

– eine Abwertung der Sparguthaben unausweichlich zur Folge hätte,

– das derzeitig zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestehende Lohn- und Produktivitätsgefälle nicht beseitigen würde, was damit ein Absinken des Realeinkommens mit sich brächte. Von diesen Folgen wären wiederum die sozial Schwachen besonders betroffen.“

Deshalb war ein Katalog von Vorschlägen beigefügt. Der Brief endete mit dem Appell: „Ausgehend von der gegenwärtigen Situation in der DDR und den dargestellten Folgen einer sofortigen DM-Einführung appellieren wir an Sie, die von uns und vielen Sachverständigen aus Ost und West erarbeiteten Vorschläge im Interesse der Fortsetzung der ‘friedlichen‘ Revolution in der DDR

klärt sein müßten, bevor entsprechende Verträge abgeschlossen werden.“ Havemann-Archiv (Unerschlossener Bestand).

98 Im „Deutschland-Horoskop für alle“ der Vereinigten Linke vom 7.2.1990 werden der Bankrott von 60 bis 70 Prozent der DDR-Betriebe und Arbeitslose in Millionenhöhe prognostiziert. Havemann-Archiv 3.2.0.4. Vereinigte Linke.

bei Ihrem Vorgehen zu beachten. Stürzen Sie bitte die DDR und damit ganz Deutschland nicht in ein Abenteuer unabsehbarer sozialer Krisen.“[99]

3.3. Das Treuhand-Konzept von Demokratie Jetzt

Lediglich eine wirtschaftliche Anregung aus dem Kreise der Oppositionsgruppen wurde aufgegriffen und in die Tat umgesetzt: es ist die Schaffung einer Institution, die das gesellschaftliche Eigentum der DDR-Bevölkerung zu treuen Händen verwalten sollte: die Treuhandanstalt. Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt) reichte am Runden Tisch den Vorschlag zur Bildung einer Treuhandgesellschaft ein, der auf die Arbeit der o.g. freien Forschergemeinschaft zurückging.[100] Eile zu einer Lösung des Problems Volkseigentum war in doppelter Hinsicht geboten: Zum einen konnten die Generaldirektoren der volkseigenen Kombinate nach Belieben und ohne Kontrolle durch die Gesellschaft über das Volkseigentum verfügen und zum anderen war nach dem Besuch von Ministerpräsident Modrow mit seinen aus der Opposition stammenden Ministern ohne Geschäftsbereich – einschließlich Wolfgang Ullmann selbst – Anfang Februar bei Bundeskanzler Kohl deutlich geworden, daß eine schnellere Vereinigung der beiden deutschen Staaten in greifbare Nähe rückte und der Artikel 23 des Grundgesetzes ins Spiel kam. In einem Appell forderte Demokratie Jetzt von der Regierung der Nationalen Verantwortung unter Modrow Sicherheitsgarantien für alle Eigentumsformen, Lastenausgleich für ehemalige Eigentümer, Veränderungen im kostenlosen Dienstleistungen im sozialen, medizinischen und pädagogischen Bereich und Abbau von subventionierten Preisen nur bei Erhöhung der Löhne, Gehälter, Renten und Stipendien vorzunehmen und die Höhe von Sparguthaben, der Renten- sowie anderer Versicherungen zu gewährleisten. „Wir bitten alle demokratisch und sozial gesinnten Menschen in der Bundesrepublik und in Westberlin um Solidarität. Verhindern Sie mit allen demokratischen Mitteln, daß durch den Einmarsch der Westmark die demokratische Entwicklung in unserem Land abrupt unterbrochen wird.“[101]

Als Vorlage Nr. 12/29 wurde auf der 12. Sitzung des Runden Tisches am 12. Februar 1990 im Auftrage von Demokratie Jetzt der „Vorschlag der umgehenden Bildung einer ‘Treuhandgesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR‘“ von dem Freien Forscherkollegium Selbstorganisation eingereicht. Dieser Vorschlag ging davon aus, daß es die Rechtskonstruktion ‘Volkseigentum‘ im Grundgesetz nicht gibt, weshalb die Gefahr bestand, daß es nach einem Beitritt der DDR quasi herrenlos würde bzw. unkontrolliert den Eigentümer wechseln könnte. Die Autorengruppe des Vorschlages lehnte sich deshalb an die Rechtskonstruktion der Nachlaßverwaltung eines Erblassers an. Die Holding sollte gleichwertige Anteilsscheine (Kapitalteilhaber-Urkunden) an

99 Besitz der Verf.
100 Vgl. Matthias Artzt (Anm. 55).
101 Siehe Aufruf von Demokratie Jetzt vom 10.2.1990: Havemann-Archiv 3.2.0.2.; siehe Anlage 10.

alle DDR-Bürger bis zum Stichtag 18.3.1990 ausgeben. Kompetenzen und Aufgaben sollten in einem Statut festgelegt werden, das durch die am 18. März zu wählende Volkskammer bzw. durch spätere Volksentscheide anzunehmen wäre. Außerdem müßten die Modalitäten über die weiteren Einsatzmöglichkeiten der Kapitalbeteiligungs-Urkunden geklärt werden. In den zu bildenden Aufsichtsräten sollten die DDR-Interessen entsprechend der jeweiligen Beteiligungsquote vertreten werden. Leitungspositionen sollten durch Ausschreibung vor allem mit kompetenten Managern aus der Bundesrepublik besetzt werden, um die eigenen, inkompetenten Leiter auszuschalten. Die Treuhand-Gesellschaft sollte als fünfzehn gleichrangige Rechtssubjekte in den Bezirken der DDR mit einem Dachverband gegründet werden, so daß die Bezirks-Holdings nach Auflösung der DDR als Länder-Holdings mit Rechenschaftspflicht gegenüber den jeweiligen Länderparlamenten fortgeführt werden könnten. Die Autoren versprachen sich von der Etablierung der Treuhand-Gesellschaft eine stabilisierende Wirkung, die u. a. ausreisewillige DDR-Bürger von der Übersiedlung abhalten könnte, eine attraktive Möglichkeit für Kapitalanbieter, ein eigener Beitrag zur Rechts-, Währungs- und Wirtschaftsunion und eine letztmögliche Vorsorge für die DDR-Bürger.[102]

4. Versuche der politischen Machtsicherung der SED auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene

Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 standen die Oppositionsgruppen – doch nicht nur sie – vor eine völlig neue Situation. Angetreten, der SED-Führung in monate- und jahrelangem Ringen Zugeständnis um Zugeständnis abzutrotzen, sollten sie von heut auf morgen strategische und taktische Konzepte nicht nur für den wirtschaftlichen und sozialen Bereich entwikkeln, die die jahrzehntelang schwelende und nun mit voller Wucht spürbare ökonomische Krise leidlich abfangen könnten. Dazu war die Lage durch immensen Widerstand der leitenden Kader auf allen Ebenen gekennzeichnet.[103]

An vier Beispielen sollen die Bemühungen der SED-Führung um den politischen Machterhalt kurz verdeutlicht werden:

102 Siehe Anlage 11. Dokument im Besitz von Wolfgang Ullmann; vgl. auch Abdruck in: Treuhand, S. 24-26.

103 Das Neue Forum von Borna (Bezirk Leipzig), vertreten durch Dietmar Matzke, bittet am 9.1.1990 in einem Schreiben an den Landessprecherrat, einen republikweiten Warnstreik ins Auge zufassen: „Liebe Freunde, die gegenwärtige politische Situation in der DDR ist nach unserer Erkenntnis vor allem geprägt durch die Restaurierungspolitik der SED und deren Machtmonopol, samt ihrer Sicherheitshandlanger, aber auch vom Erscheinungsbild der zersplitterten Opposition. [.....] Immer neue Organisationen und Parteien wachsen wie die Pilze im lauwarmen Revolutionswetter aus dem Boden zur Freude der SED. Die Bevölkerung ist verunsichert. [.....] Neue Auswanderungswellen sind zu erwarten. Ist es noch mit Demonstrationen getan, wenn die SED mit ihrem Medienmonopol versucht, Machtfülle zu erhalten und auszubauen? [.....] Die bisherige Verschleppungspolitik ist dem SED-Ministerpräsidenten geschuldet. Wo soll das hinführen, wenn Modrow bescheiden durch die Fernsehkanäle lächelt und hinter unserem Rücken fleißig die SED restauriert? Manipulation und Demagogie verbergen sich hinter dieser Politik.“ Havemann-Archiv 3.1.1.2.6.1.

1. Das populistische Zurückweichen vor dem Subventionsabbau
2. Der Umgang mit dem Volkseigentum
3. Die Bildung der Treuhandanstalt
4. Die Vergabe von SED-Vermögen für die wirtschaftliche Existenzgründung durch Funktionären

4.1. Das populistische Zurückweichen vor dem Subventionsabbau

Die Wirtschaftspolitik der SED mit ihren Subventionen vor allem für Grundnahrungsmittel, Mieten, Energie, Wasser und öffentlichem Verkehr wurde vielfach von der Bevölkerung als unhaltbar eingeschätzt, obwohl sie selbst Nutznießer dieser Subventionen war, zugleich aber auch Leidtragende z. B. bei der verkommenden Bausubstanz. Der anfängliche Zustrom zu den großen Bürgerbewegungen Neues Forum und Demokratie Jetzt sowie zur SDP, die alle den Subventionsabbau bei gleichzeitiger Einkommensreform forderten, machen diese Übereinstimmung deutlich. Die Regierung Modrow isolierte in ihren öffentlichen Erklärungen jedoch den Subventionsabbau von der Umlage der Subventionen auf die Einkommen. Damit wurden den Bürgerbewegungen unsoziale Forderungen unterstellt, während die SED-PDS für sich verbuchen konnte, die sozialen Belange der Bevölkerung zu vertreten. „Aber wenn Frau Luft nun verkündet: Keine Preissteigerungen bis zum 18. März, so ist das deutliche Demagogie; denn sie verschweigt, daß das NEUE FORUM das Schwergewicht eben auf den Einkommensausgleich legt. Es soll offenbar der Eindruck entstehen, daß das NEUE FORUM für Preissteigerungen eingetreten [sei] und die Regierung müsse nun die Interessen der Bevölkerung schützen. Indessen entsteht durch die Reformverweigerung tagtäglich ein enormer Verlust an DDR-Nationaleinkommen, so daß nach dem 18. März womöglich ein gerechter und angemessener Einkommensausgleich, der für Lebensmittel rund 150 Mark betragen muß, nicht mehr möglich ist.“[104]

4.2. Der Umgang mit dem Volkseigentum

Nachdem am 3. Dezember 1989 das Politbüro und das ZK der SED zurückgetreten waren, mußte das unmittelbare Konsequenzen für die Emanzipation des Staates, der primär von den ZK-Abteilungen der SED geleitet und beherrscht wurde, haben. Der direkte Zugriff der SED auf Staat und Gesellschaft drohte verlorenzugehen, mithin auch der auf das Volkseigentum. Nun waren die Generaldirektoren der Kombinate bekanntermaßen alle Nomenklaturkader des ZK-Sekretariats,[105] und zwar auch dann, wenn ausnahmsweise einmal ein Ge-

104 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft; vgl. auch Pressemitteilung des Neuen Forum vom 22.2.1990: Havemann-Archiv 3.1.1.1.1.1., Nr. 2916 – siehe Anlage 12.

105 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED vom 3.12.1986: SAPMO-BArch (Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv), DY 30/J IV 2/3/4052, Bl. 116.

neraldirektor nicht SED-Mitglied war. Von ihrer Ergebenheit gegenüber der herrschenden Partei, die ja zugleich die Voraussetzung ihres eigenen Aufstiegs gewesen war, ist also auszugehen.[106] Ihnen wurde durch den Ministerratsbeschluß vom 21. Dezember 1989 die Verfügungsgewalt über das Volkseigentum übertragen.[107] Diesem Beschluß war eine Arbeitsberatung mit den Generaldirektoren am 9. Dezember vorangegangen.[108] Die angeblich so reformeifrige SED-PDS vermied also tunlichst jeden Versuch, das der direkten und indirekten Verfügungsgewalt durch die Parteispitze entzogene Volkseigentum tatsächlich in gesellschaftliches Eigentum zu überführen – was doch die Herzenssache einer Partei des demokratischen Sozialismus hätte sein müssen.[109] Statt dessen wurde es kurzerhand als Staatseigentum behandelt in der schönen Gewißheit, daß der Bevölkerung wegen der jahrzehntelangen Beherrschung der Gesellschaft durch den Staat nicht geläufig sei, daß Staat und Gesellschaft keine identischen Größen sind. Wirtschaftsministerin Christa Luft legte in einem persönlichen Schreiben den Generaldirektoren diesen Ministerratsbeschluß besonders ans Herz und verband das mit guten Wünschen zum Jahreswechsel.[110] Am 22. Dezember hatte sie am Runden Tisch erklärt, „die Regierung stehe angesichts zunehmender Forderungen nach Ablösung von Betriebsdirektoren fest hinter diesen Direktoren".[111]

Hier läßt sich mit einer nicht von der Hand zu weisenden Wahrscheinlichkeit eine Reaktion auf Forderungen der Oppositionsgruppen vermuten, die in der

106 Vgl. Otto Wenzel: Die Personalentscheidungen des SED-Politbüros. Ein wichtiges Herrschaftsinstrument der DDR-Staatspartei, unveröff. Manuskript 1997, S. 5: In der o.g. Sitzung wurde u. a. berichtet, „daß sich der Anteil der Generaldirektoren der Kombinate, die einen mindestens einjährigen Parteischulbesuch absolviert hatten, seit 1981 von 67,2% auf 82,9% erhöht habe".

107 „Die Generaldirektoren der Kombinate sind berechtigt, innerhalb ihres Bereiches eigenverantwortliche Entscheidungen zur Herausbildung und Durchsetzung effektiver Leistungsstrukturen zu treffen. Das betrifft z. B. Fragen der Leitung über den Stammbetrieb, die Zusammenführung bzw. Neuordnung von Betrieben ihres Bereiches nach dem Erzeugnisprinzip. Vorschläge zur Überführung bestimmter Betriebe, Betriebsteile bzw. einzelner Erzeugnisse in andere Verantwortungsbereiche sind, sofern damit nicht Veränderungen von Eigentumsformen verbunden sind, durch die zuständigen Minister bzw. Vorsitzenden der Räte der Bezirke zu entscheiden" – zitiert nach: Helmut Herles/Ewald Rose (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 297.

108 Die Redebeiträge wurden publiziert in: Stabilisierung der Volkswirtschaft und nächste Schritt der Wirtschaftsreform. Arbeitsberatung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit den Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate und Außenhandelsbetriebe sowie den Vorsitzenden der Bezirkswirtschaftsräte und den Bezirksbaudirektoren am 9.12.1989, Berlin 1989.

109 In einer „Erklärung der Vertreter der Initiative 'Vereinigte Linke' zu den Ergebnissen des ersten Gesprächstags am 'Runden Tisch'" vom 8.12.1989, unterzeichnet von Annett Seese und Thomas Klein, ist zu lesen: „Wir wollen aber die Aufmerksamkeit vor allem auf Vorgänge in der Wirtschaft unseres Landes lenken: Vielerorts beginnen die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatsleitungen in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsabschlüsse in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten. Viele Werktätige befürchten, daß sie selbst ebenso wie die maroden Produktionsanlagen des Landes als Konkursmasse unbefragt in die Transaktionen der neuen Verwalter einbezogen werden." Havemann-Archiv 3.2.0.4. Vereinigte Linke.

110 Kopie im Besitz der Verf.; siehe Anlage 13.

111 Presseerklärung der Vertreter der Initiative „Vereinigte Linke" zu den Ergebnisse des „Runden Tisches" vom 18.12., 22.12. und 27.12.1989; Havemann-Archiv 3.2.0.4. Vereinigte Linke.

ersten Dezemberhälfte[112] konkrete Gestalt annahmen. Die Wirtschaftssprecher des Neuen Forum hatten z. B. als Vorbereitung für die Sitzung des Runden Tisches am 18. Dezember „stabilisierende Sofortmaßnahmen im Wirtschaftsbereich" vorgeschlagen. Der erste der drei dort aufgeführten Schwerpunkte sah u. a. vor: „Übernahme der Hauptverantwortung in den Betrieben durch die Bildung von Verwaltungsräten, die paritätisch aus je 5 Vertretern der Belegschaft, 5 Vertretern der Betriebsleitung (Direktion) und 5 Vertretern der territorialen Organe (Sachverständige) zusammengesetzt sind. Dieser Verwaltungsrat wählt einen Sprecher, der die Außenvertretung übernimmt. Der Verwaltungsrat trifft alle Entscheidungen in und für den Betrieb demokratisch mit einfacher Mehrheit und endgültig auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen bzw. entsprechender Vereinbarungen oder Verträge. Wobei bestimmte Grundsatzentscheidungen eine 2/3 Mehrheit erforderlich machen."[113] Auch von Demokratie Jetzt wurden z. B. in zwei Berliner Betrieben (VEB Sternradio Weißensee und VEB Funkwerk Köpenick) ganz praktische Versuche gestartet, das Volkseigentum der Belegschaft durch Übernahme, Entscheidung und Verwaltung zu übergeben, die allerdings scheiterten.

In eine ähnliche Richtung weist ein undatierter Aufruf der Vereinigten Linke mit der Überschrift „Wählt Räte in den Betrieben", worin es heißt: „Mit der neuen Selbständigkeit der Betriebe sehen die Leiter die Chance, endlich eine uneingeschränkte Macht zu errichten", und es wird appelliert: „Kollegen, laßt Euch nicht weiter an der Nase herumführen, Ihr müßt jetzt die Verantwortung für den ganzen Betrieb, für sein gutes Funktionieren übernehmen." Dazu sollten Betriebsräte als Kontrollorgane der Betriebsleitungen gebildet werden, die über allgemeine Veränderungen in den Betrieben, über Veränderungen der Erzeuger-Strukturen, über Verhandlungen mit ausländischem Kapital mitentscheiden. „So werden Betriebsräte zu einem wichtigen ersten Schritt in Richtung Machtausübung durch die Werktätigen selbst."[114]

Der o.g. Ministerratsbeschluß wurde am 1. Februar 1990 unter Berufung auf diesen nochmals durch einen neuen untermauert: „Die Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate werden berechtigt, ab sofort jede Art von wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen innerhalb des Kombinates oder Handelsorgans in eigener Verantwortung zu entscheiden. Veränderungen, die über den Rahmen des Verantwortungsbereiches der Generaldirektoren [.....] hinausgehen, sind in eigener Verantwortung durch die zuständigen Minister zu entscheiden."[115]

112 S. o., S. 16.

113 Dokument im Besitz der Verf.

114 In: Vereinigte Linke. Gesammelte Flugschriften DDR '90, März 1990 Heft 3, S. 36; Havemann-Archiv 3.2.0.4. Vereinigte Linke (unerschlossener Bestand). Der Inhalt des Aufrufes könnte auch auf den Jahresanfang 1990 hinweisen, und zwar als Reaktion auf den Ministerratsbeschluß vom 21.12.1989. Er greift offensichtlich Gedanken von Roland Höhne auf, die dieser zum Thema „Zu einem Modell der Realisierung gesellschaftlichen Eigentums in den Betrieben" auf dem 1. DDR-weiten Arbeitstreffen der Initiative am 25./26. November 1989 vortrug, in: Vereinigte Linke, Konferenzreader, S. 17; Havemann-Archiv 3.2.0.4. Vereinigte Linke.

115 Herles / Rose (Hrsg.), Vom Runden Tisch zum Parlament, S. 297.

Vor diesem Hintergrund ist die Beschlußvorlage des Neuen Forum für die 16. und letzte Sitzung des Runden Tisches am 12. März 1990 über den „Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern“ zu verstehen. Darin heißt es unter Punkt 2 der geforderten Sofortmaßnahmen: „Die Regierung wird aufgefordert, die Festlegungen in den Ministerratsbeschlüssen vom 21.12.1989/ 1.2.1990 [.....], die den Generaldirektoren bzw. den zuständigen Ministern die Eigenverantwortung bei wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen einräumt, sofort aufzuheben und bereits getroffene, mit demokratischen Organen nicht abgestimmte Entscheidungen zu revidieren.“[116] Welche unmittelbaren Konsequenzen diese Ministerratsbeschlüsse auch in personalpolitischer Hinsicht hatten, wird aus einem Flugblatt des Neuen Forum Leipzig deutlich: „An vielen Orten ist es schon vorgekommen, daß Wirtschaftsfunktionäre, die ihren Posten errungen haben, weil sie Lehrsätze des Marxismus-Leninismus nachbeteten, nun ein Loblied auf die freie Markwirtschaft singen, ihre Position mit Hilfe ehemaliger SED- und Stasileute auszubauen suchen und gar schon mit Entlassungen beginnen. Erneut wird Angst und Haß gesät. Betroffen sind wieder die, die schon in den vergangenen Jahren die Benachteiligten waren: echte Demokraten, Leute, die ihren Mund auftun, Leute, die die Interessen der Mehrheit vertreten.“[117]

4.3. Die Bildung der Treuhandanstalt

Die Regierung Modrow griff nur eine wirtschaftliche Anregung aus den Bürgerbewegungen dankbar auf und setzte sie in die Tat um: die Treuhandanstalt. Allerdings in einer Form, die sich von den Intentionen der Urheber der Treuhandanstalt-Idee weit entfernte. Dazu hatte sie am 22. Februar die Arbeitsgruppe „Wirtschaftsreform“ unter Wolfram Krause mit der Erarbeitung einer Vorlage beauftragt.[118]

Mit Datum vom 28. Februar legte das Freie Forscherkollegium „Selbstorganisation“ eine kritische Stellungnahme zu diesem Entwurf vor. Die wichtigsten Kritikpunkte waren:[119]

– sozial ungerecht, weil Aktien gekauft werden sollen statt Anteilsscheine auszugeben;

– letztlich ungeklärte Eigentümerrolle: „Diesem Entwurf einer quasi-besitzanonymen ‘Kapitalverwaltungsgesellschaft‘ werden die Bürger ebenso indifferent gegenüberstehen [.....] wie dem bisherigen staatszentralistisch organisierten Volkseigentum“;

– Fortschreibung eines bankrotten Modells in kapitalgängiger Form;

116 Ebenda, S. 296.
117 Havemann-Archiv 3.1.1.2.6.1.
118 Siehe: Treuhandanstalt, S. 18-23.
119 Dokumentation siehe: Treuhandanstalt, S. 15-17.

– vergebliche Stimulierung von Eigentümerverhalten, weil ohne private Besitztitel bei den Belegschaften in Anlehnung an das gescheiterte jugoslawische Modell;

– keine echte Abhängigkeit der Treuhandanstalt vom Parlament;

– keine Bewertung des Volkseigentums über Kapitalbeteiligungsanfrage auf dem internationalen Markt;

– keine Anwendbarkeit für unrentable volkseigene Betriebe;

– keine Funktionstüchtigkeit bei Verlust der Souveränität der DDR;

– ‘Arbeitsbeschaffungsprogramm‘ für die jetzige Bürokratie.

Als Ergebnis der kritischen Einschätzung wurde vorgeschlagen: „Wir empfehlen den von Vertretern der Arbeitsgruppe Wirtschaft des Runden Tisches und der Forschungsgemeinschaft ‘Selbstorganisation‘ erarbeiteten alternativen Gesetzentwurf, der alle aufgeführten Schwachstellen beseitigt und den Entwurf von W. Krause integriert.“

Doch genau dessen Entwurf wurde in allen wesentliche Teilen für den „Beschluß zur Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt)“ und für die „Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften vom 1. März 1990“ des Ministerrats am 1. März 1990 übernommen und am 8. März im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht.[120] Die Treuhandanstalt sollte eine Anstalt des öffentlichen Rechts sein, territorial gegliedert und der Regierung unterstellt sein. Noch vor der Volkskammerwahl am 18. März konstituierte sich die Treuhandanstalt unter dem Vorsitzenden des Direktoriums, Peter Moreth.

Die Kritik des Forscherkollegiums – wobei hier die potentielle Tragfähigkeit des eigenen Treuhandmodells nicht zur Debatte stehen kann – sollte sich in nahezu allen Punkten in der Folgezeit bestätigen. Das Volkseigentum war im Prinzip zum Staatseigentum erklärt worden, eine wirkliche Kontrolle der Gesellschaft über Besetzung und Tätigkeit der Treuhandanstalt war nicht gegeben. Das hatte verheerende mentale Konsequenzen bei der ehemaligen DDR-Bevölkerung. Der nun folgende Ausdifferenzierungsprozeß in Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den volkseigenen Betrieben war ein künstlicher, wenn auch kein zufälliger. Die noch tätigen oder entlassenen Arbeitnehmer erlebten vielfach ihre weiland sozialistischen Leiter auf der Arbeitgeber-Seite, also wieder auf der Seite der Herrschenden,[121] sich selbst erneut auf der Seite der Ohnmächtigen. Dazu mußten viele erfahren, wie es gerade im Winter 1989/90 und im Frühjahr 1990 zu einer wundersamen Vermehrung des Leitungspersonals in

120 GBl. der DDR I Nr. 14.

121 Vgl. Albrecht Krieger: Erfahrungen mit Seilschaften und der politischen Vergangenheit von Führungskräften in Treuhandunternehmen, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII, S. 657 f.

ihren Betrieben kam. Das waren Funktionäre aus dem schrumpfenden Partei- und Staatsapparat, darunter auch aus dem Ministerium für Staatssicherheit. Eine Forderung der Revolution war zwar „Stasi in die Produktion", doch hatte man sich das etwas anders vorgestellt.[122] Und es war die Leitungsebene, die mit der Treuhandanstalt verhandelte. Deren Posten wurden durch die Regierung Modrow mit Industrieministern, mit Nomenklatur-Kadern aus der Staatlichen Plankommission und aus dem Partei-Apparat besetzt. Grundlage war der Ministerratsbeschluß vom 1. März, der die Treuhandanstalt berechtigte, „juristische oder natürliche Personen zu beauftragen, als Gründer und Gesellschafter von Kapitalgesellschaften zu fungieren oder die sich aus den Beteiligungen ergebenden Rechte und Pflichten wahrzunehmen". Dieses Recht wurde dementsprechend auch im Paragraph 3 Abs. 1 der Verordnung festgelegt.[123] Viele von ihnen blieben auf ihrem Posten noch lange nach Übernahme durch die Bundesregierung. Daraus resultierte offensichtlich das generelle Mißtrauen gegenüber der Treuhand und ihren Entscheidungen, unabhängig davon, ob das im konkreten Fall gerechtfertigt war oder nicht.

Wie diese Personalpolitik in der Bevölkerung aufgenommen wurde, zeigen zwei Dokumente des Fachforum Wirtschaft des Neuen Forum aus dem Jahre 1991. In dem einen, einem Flugblatt vom Februar 1991 wird festgestellt: „Die DDR hatte 36 Ministerien und Staatssekretariate, dazu noch einen extrem aufgeblähten Partei- und Staatsapparat. Wo sind die staatstragenden Funktionäre, die politischen Leiter geblieben, wo die verantwortlichen Leiter für die verfehlte Wirtschaftspolitik, wo die Nutznießer und Abstauber des Systems? [.....] Stehen sie mit den Opfern der verfehlten Wirtschaftspolitik vor den Arbeitsämtern? Weit gefehlt! Sie sitzen weiterhin an den Schalthebeln der Wirtschaft." In der nun folgenden Aufzählung finden sich als neuer Aufenthaltsort auch die Treuhandanstalt, „dem Rückzugsgebiet für Parteikader der alten Nomenklatura. Unter Leitung ehemaliger Parteisekretäre bzw. ZK-Mitarbeiter können dort Parteilehrjahre mit den Themen abgehalten werden: 'Wie gründet man eine GmbH?' 'Wie wird aus einem Parteikader der Planwirtschaft ein Manager für marktwirtschaftlich organisierte Unternehmen?' [.....]"[124] Und noch im Juli 1991 geht das Fachforum Wirtschaft des Neuen Forum mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit, in der die Rechercheergebnisse vor allem zum Fortwirken von Funktionären der Nomenklatur I und II in der Treuhandanstalt vorgelegt werden.[125]

Mit dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR wurden dieser

122 Das MfS hatte für legendierte Lebensläufe ihrer ins Zivilleben ausscheidenden Mitarbeiter gesorgt und hatte auch Vorsorge für die Bildung von neuen Betrieben aus Mitteln des MfS getragen, die die zu Entlassenden künftig aufnehmen sollten: BStU, ZA, HA XVIII 4601, Bl.9 f.; siehe Anlage 14.

123 GBl. der DDR I Nr. 14, 8. März 1990, nochmals definiert in Paragraph 5 Abs. 1 des Statuts der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt). Beschluß des Ministerrats vom 15. März 1990, in: GBl. der DDR I Nr. 18, 19. März 1990.

124 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft; siehe Anlage 15. Vgl. Edelgard Jeske: Studie zum Thema 'Seilschaften' (mit Dokumentation), Anlage 13, S. 848 f.

125 Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft: Anlage 16.

Ministerratsbeschluß, die Verordnung und das Statut obsolet. Am 1. Juli 1990 trat das neue Treuhandgesetz vom 17. Juni in Kraft und galt entsprechend Art. 25 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 fort. Analog wurde mit der neuen Satzung und der neuen Geschäftsordnung der Treuhandanstalt verfahren.[126] Damit gab es neben Modifikationen und Neuregelungen auch nicht unerhebliche Kontinuitäten, die die bisherigen negativen mentalen Auswirkungen noch verstärkten. So stellte z. B. Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt) am 13. September 1990 in der Volkskammer an den Präsidenten der Treuhandanstalt, D. K. Rohwedder, die Frage, ob auf verschiedenen Ebenen immer noch Mitarbeiter die Handlungsfähigkeit behindern, wie aus bestimmten Sachverhalten geschlossen werden könne.[127]

Ein Jahr später, am 12. Juni 1991, brachte die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen – erfolglos – einen eigenen Entwurf für ein neues Treuhandgesetz in den Bundestag ein. Dieser stellte zugleich ein Wirtschaftskonzept für die neuen Bundesländer dar.[128] In einer Kritik an der Treuhandanstalt aus den Reihen von Bündnis 90 heißt es im Frühjahr 1992: „In seinen Auswirkungen kommt dieses Gesetz (gemeint ist das Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 – I.St.) einem Gesetz zur Enteignung der Bürger der DDR gleich. Zusammen mit dem Einigungsvertrag macht es aus dem SED-Staatseigentum Bundeseigentum unter Aufsicht von Finanzminister Waigel. Seitdem wird das Treuhandvermögen auch als Verfügungsmasse zur Finanzierung von Folgekosten der überstürzten Einigung benutzt. Wenn man bedenkt, daß das Produktivvermögen keineswegs nur aus Sachwerten, sondern auch aus dem Wissen und Können der Arbeitenden, den Handelsbeziehungen und Marktanteilen der Betriebe usw. besteht, so wird klar, daß der durch die vorzeitige Währungsunion herbeigeführte Wirtschaftszusammenbruch das Volkseigentum ruiniert hat.“[129] Daran schließen Forderungen der Bürgerbewegung an, die das negative Fortwirken von Strukturen, Funktionen und Personalentscheidungen beenden sollen. Dazu zählen u. a. die fehlende Transparenz der Aktivitäten der Treuhandanstalt, die fehlende demokratische Kontrolle auf den verschiedenen Ebenen und die SED-Funktionärs-Seilschaften sowie die neuentstandenen West-Seilschaften.[130]

126 Vgl. Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ vom 29. August 1994, BT Drucksache 12/8404 vom 31.08.94, S. 53.

127 Wolfgang Ullmann: Verfassung und Parlament. Ein Beitrag zur Verfassungsdiskussion, Berlin 1992, S. 104.

128 Entwurf vom 10.6.1991 im Besitz von Wolfgang Ullmann; siehe Anlage 17.

129 Erhard O. Müller: Untreu. Die Treuhand, der Welt größte Staatsholding, entscheidet über das Schicksal Tausender Betriebe, über Millionen Arbeitsplätze in den fünf neuen Bundesländern. Wird sie ihrem Auftrag gerecht?, in: quer (1992), H.3, S. 8.

130 Ebenda.

4.4. Die Vergabe von SED-Vermögen für die wirtschaftliche Existenzgründung von Funktionären

Als ein weiteres Auffangbecken nennt die o.g. Aufzählung des Fachforum Wirtschaft des Neuen Forum neugegründete Kapitalgesellschaften. Dazu hatte Oberstaatsanwalt Dr. Joachim Erbe vor der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" auf deren 45. Sitzung am 27.9.1993 schon vorgetragen: „Es gibt, und das ist beklagenswert [.....], keine über die Ermittlungsmöglichkeiten, die uns die Strafprozeßordnung in die Hände legt, hinausgehenden, auf konkrete Seilschaften bezogenen Rechtsgrundlagen, etwa der Offenbarungspflichten über die Herkunft von geradezu atemberaubend hohen Vermögenswerten, die drei Jahre nach der deutschen Einheit im Laufe der Zeit in der Wirtschaft plaziert und gewinnbringend angelegt worden sind. Und es gibt darüber hinaus [.....] eben auch kaum Möglichkeiten [.....] die Gelder zu fassen oder diese Gelder demjenigen zurückzugeben durch Beschlagnahme, dem sie gehören, nämlich dem Staat."[131]

Im Zweiten Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) vom 24.8.1993[132] wird ein Überblick über die Vorhaben der „Arbeitsgruppe zum Schutz des Vermögens der SED-PDS", die sich im Dezember 1989 gegründet hatte, gegeben. Das Vermögen sollte erklärtermaßen „für die Erhaltung der Kader der SED-PDS wirksam" genutzt werden, wofür folgende Maßnahmen dienen sollten:

„– die Bildung von Parteibetrieben in neuen Branchen, mit denen Arbeitsplätze für Kader geschaffen werden, die der Partei zur Verfügung stehen";

„– Verkauf von Kapazitäten der Wirtschaftsbetriebe sowie kleiner Erholungsheime und Gästehäuser der Partei an Mitglieder unserer Partei bei gleichzeitiger Nutzung dieser Kapazitäten auf kommerzieller Basis".

Diese Vorschläge wurden vom Parteivorstand am selben Tag wie der o.g. Ministerratsbeschluß, nämlich am 21. Dezember 1989, gebilligt und beschlossen;[133] Ministerpräsident Modrow gehörte dem Vorstand als Stellvertretender Parteivorsitzender an.

Die UKPV muß in ihrem Bericht konstatieren, daß die Verfügungen der PDS im Jahre 1990 verdeutlichen, „daß die Partei die Vorschrift des § 20b Abs. 1 PartG-DDR in großem Umfang nicht beachtet hat – wie übrigens auch die ihr verbundenen Unternehmen. Nach dieser Vorschrift hatte eine Partei vor jeder Verfügung die Zustimmung des Vorsitzenden der Unabhängigen Kommission (ab 3. Oktober 1990 der Treuhandanstalt) einzuholen."[134] Das „Gesetz über

131 Joachim Erbe: Seilschaften aus der Sicht der Staatsanwaltschaft, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII, S. 649.

132 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/6515, 22.12.93.

133 Zitiert nach: Zweiter Zwischenbericht der UKPV, ebenda, S. 23.

134 Ebenda, S. 25.

Parteien und andere politische Vereinigungen“ (PartG-DDR) wurde am 21. Februar 1990 unter der Regierung Modrow von der Volkskammer beschlossen; das Gesetz wurde mit der Einführung der Paragraphen 20a und 20b am 31. Mai 1990 von der Volkskammer geändert.[135] Die ZERV (Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität) wertet sei 1995 die Unterlagen der UKPV aus und hat daraufhin bisher 392 Ermittlungen aufgenommen.[136] Bei dem Ermittlungskomplex NOVUM/KPÖ/SED beispielsweise beläuft sich der Schaden auf ca. 500 Mio DM.[137]

Diese vier Beispiele dürften hinreichend den Unterschied zu den Reformintentionen der oppositionellen Bürgerbewegungen und Parteien und den Widerspruch zwischen Reformanspruch und praktizierter Politik der SED und der Regierung Modrow verdeutlichen.

5. Die Volkskammerwahl am 18. März 1990

Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte und Neues Forum bildeten in realer Erkenntnis ihrer zunehmenden Schwäche und schwindender Akzeptanz in der Bevölkerung ein Wahlbündnis mit dem Namen Bündnis 90. Das war von dem am 4. Oktober 1989 abgeschlossenen Bündnis der sechs oppositionellen Bewegungen und Parteien von Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, IFM, Neues Forum, SDP und Vereinigte Linke übriggeblieben, das am 3. Januar 1990 als Wahlbündnis erneuert wurde, aber wegen der weiteren politischen Differenzierungen, Differenzen und Anlehnungen an andere Parteien nicht mehr zu realisieren war.[138]

Die Zeit der Bürgerbewegungen war also – selbst wenn diese von einer etablierten Partei als Bündnispartner zu profitieren suchten – vorbei. Die ersten freien Wahlen wiesen eine Wahlbeteiligung von über 93 % auf. Damit demonstrierten die DDR-Bürger zumindest eindrucksvoll, wie wichtig ihnen die neuen politischen Rechte und Freiheiten waren, aber auch wie wenig sie diese bei der ehemaligen SED aufgehoben sahen. Die PDS erhielt 16,4 %. Das entsprach 1.892.381 Stimmen. Sie hatte damit nur noch reichlich die Hälfte von dem, was sie früher an Mitgliedern aufwies (2,3 Millionen).

135 Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR vom 18.3.1991, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, BT Drucksache 12/622, 27.05.91, S. 5.

136 Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität: Jahresbericht 1996, S. 12.

137 Ebenda, S. 15. Bei allen mit Parteifirmen, MfS-Geldern, KoKo, Treuhand-Komplex etc. zusammenhängenden Ermittlungen geht es „regelmäßig auch um Millionensummen“, ebenda, S. 16.

138 Vgl. C. Wuttke- B. Musiolek (Hrsg.), S. 46.

5.1 Das Programm der Listenverbindung Bündnis 90

Am 9. Februar 1991 hatten sich schließlich noch Demokratie Jetzt, das Neue Forum und die Initiative Frieden und Menschenrechte zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen, das sich den Namen Bündnis 90 gab. Es trat mit einem Wahlprogramm an, das bereits in seiner Präambel eine Wirtschaftsreform mit sozialer Sicherheit und Verantwortung für die Umwelt einschloß.[139]

In dem speziellen Passus zur Wirtschaft wird die anzustrebende Wirtschaftsordnung als eine sozial und ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft beschrieben, „in der die Interessen der Belegschaften und der ganzen Gesellschaft zur Geltung kommen". Dabei sollen jedoch nicht die sozialen Verhältnisse zersetzt werden. Gewerbefreiheit im Innern und Kapitalbeteiligung nach außen, Selbständigkeit der Großbetriebe gegenüber dem Staat sowie die mit dem Schlagwort 'Wirtschaftsdemokratie' belegte demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht sind die Hauptforderungen.[140] Besonders der letzte Aspekt liegt dem Bündnis 90 am Herzen, um die zerstörerischen Kräfte des Marktes zu zügeln. „Gewerkschaften, Betriebsräte und Aufsichtsräte mit gesellschaftlicher Beteiligung müssen die tariflichen, kommunalen und ökologischen Interessen wahrnehmen können. Privateigentum und genossenschaftliches Eigentum sollen gefördert, Staatseigentum soll demokratisiert werden."[141] Hier ist der Begriff des Volkseigentums und damit das gesellschaftliche Eigentum aufgegeben worden. Das bisherige Volkseigentum wird offensichtlich als Staatseigentum aufgefaßt. Erneut werden Löhne, Preise und Subventionen als ein Gefüge betrachtet, das in Abstimmung aufeinander marktwirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden soll. Eine umfassende Strukturpolitik soll allen Teilen des Landes einen gleichen Anteil der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen. Geldpolitisch, steuerlich und sozialpolitisch soll eine Rahmenplanung diese Umstrukturierung umsetzen. Der Staat wird aufgefordert, ein soziales Mindestmaß für jeden zu garantieren. „Ohne eine mittelfristige Strukturpolitik für das Wirtschaftsgebiet der DDR ist die Sozialverträglichkeit der deutschen Wirtschaftsvereinigung nicht zu sichern. Der bloße Ausverkauf einer Konkursmasse hat dem Verkäufer noch nie Vorteil gebracht." Der letzte Satz stellt zwar eine richtige und bittere Erkenntnis dar, doch werden auf dieser Basis – der wirtschaftlichen Konkursmasse – viele der vorangegangen Forderungen einfach illusorisch. Den Abschluß des Wirtschaftsteils bildet die soziale Forderung: „Die Bürgerbewegungen treten für die Erhaltung des Rechts auf Arbeit und Wohnraum ein."[142]

139 „Wir setzen uns für eine Wirtschaftsreform ein, die soziale Sicherheit und Verantwortung für die Umwelt einschließt. Unser Ziel ist die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft, in der die Freiheit und Lebensqualität jedes einzelnen der Freiheit und Chancengleichheit und Lebensqualität aller dient." Zitiert nach: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Was will die Bürgerbewegung, Augsburg 1992, S. 156.

140 Ebenda, S. 157.

141 Ebenda, S. 158.

142 Ebenda, S. 158.

Dieser Programmteil „Marktwirtschaft in der DDR“ steht an dritter Stelle nach den Punkten „Die solidarische Gesellschaft“ und „Die Bürger und ihr demokratischer Staat“. Platz sechs nimmt der Programmpunkt „Gesundheit und Soziales“ ein. Hier wird als erstes die Trennung von Gesundheits- und Sozialwesen gefordert, um sich dann unter verschiedenen Aspekten auf das Gesundheitswesen zu konzentrieren. Lediglich zum Schluß erfolgt die Hinwendung zur Sozialpolitik, indem die künftige Einordnung der Problemfelder von Behinderten, Drogensüchtigen und AIDS-Kranken in das Sozialwesen gefordert wird. Dagegen steht die Forderung nach sozialer Sicherheit für alle, Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnraum in beiden deutschen Staaten unter dem Punkt „Die Deutschen in Europa“.

Das Wahlprogramm von Bündnis 90 zeigt m.E. noch deutlich die Schwierigkeiten, die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche erst einmal sauber voneinander zu unterscheiden, bevor sie wieder aufeinander bezogen und miteinander verzahnt werden können. Es wäre interessant zu recherchieren, ob diese Unschärfe bei der Bestimmung der Politikfelder beabsichtigt war oder ob sich unbeabsichtigt die für die DDR typische unscharfe Trennung der einzelnen gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche erhalten hat.

5.2. Das Programm der Listenverbindung Grüne Partei/ Unabhängiger Frauenverband

Die Grüne Partei hatte sich ihrerseits einen Bündnispartner im Unabhängigen Frauenverband (UFV) gesucht. Sie gehörte ebenso wie der UFV nicht dem am 3. Januar geschlossenen Wahlbündnis an.

Der UFV konstituierte sich erst am 3. Dezember 1989 in Berlin. Er wollte der Tendenz gegensteuern, nach der die Frauen, die in großem Ausmaß an dem Umbruch in der DDR beteiligt waren, nun bei der Entwicklung von neuen Gesellschaftskonzepten nicht ausreichend beteiligt werden. Die ebenfalls als vordringlich angesehene Wirtschaftsreform sollte auch den spezifischen Belangen von Frauen Rechnung tragen. Die politischen Parteien und Bewegungen sollten in ihren Programmen daran gemessen werden.[143] In dem „Manifest für eine autonome Frauenbewegung“ wurde mit einigen Mythen aufgeräumt, wenn statt dessen von der rapide sich verschlechternden sozialen Lage der Menschen in der DDR, vom geringen Lebensstandard alleinerziehender Mütter, vom starken Gefälle zwischen männlichem und weiblichen Arbeitslohn oder von „der schmählichen Vernachlässigung unserer älteren Frauen, derjenigen also, auf deren Rücken sich dieses Land nach 1945 aufrichtete“, die Rede war. Einen Ausweg daraus sollte nicht die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik, was einem „Frauen zurück an den Herd“ gleichkäme, sondern ein erneuerter Sozialismus bringen.[144]

143 Neue Chronik DDR. 3. Folge, S. 41.
144 Ebenda, S. 42 f.

Dem Wahlbündnis vom 3. Januar 1990 hatte sich der UFV wegen der „undifferenzierten Zielsetzung dieses Wahlbündnisses“[145] nicht anschließen wollen. Als dieses kurz darauf ohnehin zerbrach, sprach sich der UFV für ein Wahlbündnis mit der Grünen Partei und mit der Vereinigten Linke aus.[146] Dagegen hatte die Grüne Partei auf ihrem 1. Parteitag in Halle am 10./11. Februar 1990 ein Bündnis mit Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte und UFV ohne die Vereinigte Linke präferiert. Schließlich stimmte der Gründungskongreß des UFV am 17. Februar einem Wahlbündnis mit der Grünen Partei nach einer kontroversen Debatte zu.[147] Die GRÜNE LIGA, die sich 18. November 1989 konstituiert hatte, deren offizieller Gründungskongreß aber erst am 3.2.1990 stattfand, beteiligte sich nicht an der Volkskammerwahl, da nur Parteien und politische Vereinigungen zugelassen wurden. Auf Stadt-, Kreis- und Gemeindeebene war jedoch eine Teilnahme an den Wahlen der jeweiligen Gliederung anheim gestellt.[148]

In der gemeinsamen „Wahlkampfplattform“[149] traten die Grüne Partei und der UFV „für eine ökologisch und sozial orientierte Strukturpolitik [ein], die Marktwirtschaft mit Ökologie, Demokratie und progressiver Sozialpolitik verbindet“. Um das zu gewährleisten sollte durch gesetzliche Regelungen die Bodenspekulation verhindert werden.[150] Unter dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“ wurde „das Mitbestimmungsrecht der Belegschaften und der Bevölkerung an der Unternehmensplanung hinsichtlich der Umweltverträglichkeit und der sozialen Entwicklungsrichtung bei allen Eigentumsformen“ gefordert,[151] wobei die Eigentumsformen nicht mehr konkret aufgeführt wurden. Als grundlegendes Menschenrecht müsse das Recht auf Arbeit in der Verfassung verankert bleiben, wozu auch der Erhalt und die Förderung geschützter Arbeitsplätze für Behinderte und andere Leistungsgeminderte gehörte. Unter den speziellen Forderungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht finden sich auch die nach Anhebung der Löhne in frauentypischen Berufen, Sicherung der ökonomisch selbständigen Existenz der Frauen sowie gleichberechtigter bzw. quotierter Zugang zu Ausbildungsplätzen und Berufen. Modernisierung und Strukturwandel sollten sich nicht sozial negativ auswirken, wozu ein ausreichendes Einkommen bei zeitweiliger Erwerbslosigkeit zählen sollte. Einführung flexibler Arbeitszeiten mit Zustimmung der Gewerkschaften und schrittweiser Übergang zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schlossen den Forderungskatalog des Wirtschaftsteils ab.[152]

145 Neue Chronik DDR. 4./5. Folge: 23. Dezember 1989-18. März 1990, S. 33.
146 Ebenda, S. 174.
147 Ebenda, S. 189.
148 Grüne Liga. Netzwerk Ökologischer Bewegungen (Informationsbroschüre), Berlin 1992. Grüne Liga war am Runden Tisch vertreten. Klaus Schlüter, Vorsitzender des Sprecherrates, war Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow.
149 Abgedruckt in: Müller-Enbergs (Hrsg.), S. 164-172.
150 Ebenda, S. 165.
151 Ebenda, S. 165 f.
152 Ebenda, S. 166.

Im sozialpolitischen Teil wurde der Ausbau des bisherigen sozialen Netzes gefordert unter Ausschluß von Vergeudung. Eine soziale Grundsicherung wurde für unabdingbar gehalten und die Ausarbeitung einer Sozialcharta für beide deutschen Staaten gefordert, die eine Fülle von Rechten enthalten sollte, so z. B. das Recht auf gesunde Umwelt, rechtliche und moralische Gleichstellung aller Lebensformen, das Selbstbestimmungsrecht jeder Frau über ihren Körper, das Recht auf kostenlose Gesundheitsfürsorge etc.

Interessant ist die Gliederung der „Wahlkampfplattform", in der als erster Punkt nach der Präambel die Wirtschaft steht, der Umwelt und Naturschutz als zweiter und Sozialpolitik als dritter Punkt folgen. Den Abschluß bildet der Programmpunkt Demokratie.

5.3. Das Programm der Listenverbindung Vereinigte Linke/Die Nelken

Ursprünglich hatte die Vereinigte Linke zu dem am 3. Januar abgeschlossenen Wahlbündnis gehört, aber schon am 5. Januar erste Bedenken angemeldet.[153] Nicht zuletzt eine grundsätzliche Ablehnung einer künftigen deutschen Vereinigung dürfte dafür ein hinreichender Grund gewesen sein.[154] Die Vereinigte Linke suchte und fand eine Verstärkung, die ihrem mehr marxistisch ausgerichteten Profil und ihren deutschlandpolitischen Vorstellungen entsprach, in den NELKEN.

Die NELKEN, die sich dezidiert als eine marxistische Partei verstand, hatten durch ihre Gründungsgruppe am 10. Dezember 1990 einen Aufruf veröffentlicht, in dem es in der Präambel hieß: „Die Produktivkraftentwicklung der letzten Jahrzehnte hat den Imperialismus nicht in seinen Grundfesten erschüttert, in den sich bisher sozialistisch nennenden Ländern jedoch den Nachweis der Unfähigkeit einer historisch noch nicht einzuordnenden Gesellschaftsformation erbracht. [.....] Die Nelken wollen die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse verhindern." Eine umfassende Wirtschaftsreform, sollte das gesellschaftliche Eigentum herstellen und sichern, gleichberechtigte internationale Wirtschaftskooperation zulassen und eine „Marktwirtschaft bei gesellschaftlicher Rahmenplanung zur Sicherung der Bedürfnisse der Menschen" etablieren. Außerdem sollte eine adäquate Gesellschaftsreform „einen Staat schaffen, der schrittweise die Verwaltung von Menschen durch eine Verwaltung von Sachen ersetzt".[155]

Die Vereinigte Linke hatte in ihrem Wahlprogramm als ersten Punkt nach der Präambel, in der das Bekenntnis zu einem Sozialismus der Freiheit und Demo-

153 Neue Chronik DDR. 4./5. Folge: 23. Dezember 1989-18. März 1990, S. 31.

154 So hatte die Vereinigte Linke in einer Presseerklärung vom 28.12.1989 gefragt: „Entpuppt sich die Modrow-Regierung als der politische Arm eines technokratischen Reformflügels, der nur zu gern die Anpassung an ein System kapitalistischen Wirtschaftens vollziehen möchte? Werden hier die ökonomischen Fundamente einer Wiedervereinigung gelegt?"; Havemann-Archiv 3.2.0.4. Vereinigte Linke.

155 Neue Chronik DDR. 3. Folge, S. 77 f.

kratie stand, den Wirtschaftsteil plaziert. Darin wurde gefordert, das „heutige Staatseigentum“ durch die Werktätigen in „Volkseigentum im Sinne des selbstverwalteten Betriebseigentums“, zu verwandeln, was u. a. durch stufenweise Fondsübergabe an Arbeitskollektive erreicht werden sollte. Einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung der Arbeitswelt sollten die von den Belegschaften gewählten Räte in allen Betrieben und Einrichtungen des Landes leisten, die mit der Wahrnehmung der Rechtsträgerschaft betraut werden sollten. Eine gerechte Steuergesetzgebung aller Eigentumsformen sollte sich stimulierend auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auswirken. Öffentliche Kontrolle der Banken und Dezentralisierung staatlicher Finanzpolitik waren weitere Forderungen. Verbesserung der sozialen Lage im allgemeinen wie auch Entwicklung von persönlichkeitsfördernden Arbeitsinhalten, Verkürzung der Arbeitszeit und eine Rationalisierung der Wirtschaft ohne Arbeitslosigkeit im besonderen waren die soziale Aspekte des Wirtschaftsteils.

In dem unmittelbar darauf folgenden Programmteil Sozialpolitik ist der Ausgangspunkt die Verteidigung der sozialen Grundabsicherung.[156] Der Abbau der Subventionen sollten vor allem personengebunden den einkommensschwachen Menschen zuteil werden. Die kostenlose unentgeltliche medizinische Betreuung der Bevölkerung sollte beibehalten und die Betreuung von Alten, chronisch Kranken und Behinderten verbessert sowie Selbsthilfegruppen gefördert werden. In diesem Programmteil wurde ansatzweise auch die Finanzierungsquellen benannt, wobei diese wiederum das Funktionieren des illusorischen Wirtschaftsprogramms voraussetzte.[157]

Fazit

So unterschiedlich die einzelnen Gruppierungen waren, so kennzeichnete alle, daß sie – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen – einer schnellen Vereinigung mit der Bundesrepublik ablehnend gegenüber standen bzw. eine Vereinigung grundsätzlich zurückwiesen. In allen Programmen findet sich eine enge Verzahnung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wobei die Wirtschaftspolitik sehr stark den Erfordernissen von Umwelt und Naturschutz Rechnung trug. Forderungen, Wünsche und Appelle kennzeichnen die Programme, deren Praktikabilität kaum thematisiert wird.

Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung erhoffte sich jedoch eine schnelle Lösung der Wirtschaftsprobleme von der Bundesrepublik, und zwar letztlich von der Regierungskoalition und nicht von der SPD. Das beweist auch das Verhältnis der Stimmenanzahl zwischen CDU und Demokratischem Aufbruch: Die CDU als ehemalige Blockpartei erhielt 4.710.598 Stimmen (163 Volkskammer-Mandate) und der Demokratischer Aufbruch 106.146 (4 Mandate). Das Bünd-

156 Eine solche Grundabsicherung hat es allerdings nie gegeben, davon können mit Berufsverbot belegte Dissidenten ein Lied singen.

157 Wahlprogamm der Vereinigte Linke; Havemann-Archiv 3.2.0.4. Vereinigte Linke.

nis 90 mit seinen drei Bürgerbewegungen erreichte 336.074 = 2,9 % (12 Mandate). Die Grüne Partei erhielt 226.932 Stimmen und bildete zusammen mit dem Bündnis 90 eine gemeinsame Fraktion, nachdem das Bündnis mit dem UFV zerbrochen war.[158] Die Vereinigte Linke erhielt mit den NELKEN 20.342 Stimmen (1 Mandat). Die Revolution war beendet.

6. Ausblick bis zum 3. Oktober 1990

Das reichliche halbe Jahr bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik bedeutet permanenter Wahlkampf bei den Kommunal- und Landtagswahlen. Die Bürgerbewegungen traten wieder als Listenverbindungen auf, allerdings in regional unterschiedlicher Zusammensetzung. Ihre Wahlprogramme enthielten z.T. Vorstellungen und Wünsche, die die DDR als ganze bzw. Deutschland und die europäischen Bindungen und Beziehungen betrafen. Der regionale und kommunale Teil kommt darüber immer wieder zu kurz und damit auch die Spezifika der wirtschafts- und sozialpolitischen Teile. Berlin spielt insofern eine gewisse Sonderrolle, als hier ganz konkret Vorschläge für die Überwindung der Teilung gemacht werden mußten. Hier wurde für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 6. Mai 1990 auch die Realisierung des Volkseigentums angemahnt: „Durch die demokratische Revolution hat die herrschende Klasse von einst – die SED-Funktionäre – nur die politische, aber nicht die ökonomische Macht eingebüßt. Meist sind die alten Chefs die neuen Gesellschafter und verfügen noch immer über das Volkseigentum. [.....] In Berlin setzen wir uns für die Übertragung des Volkseigentums in die Hände der Bürger ein. Jeder soll den gleichen Anteil und eine Urkunde darüber erhalten.“[159] Doch auch hier fehlten Vorschläge zur konkreten Verfahrensweise, d. h. wie und wodurch z. B. die Struktur und die Funktion der Treuhandanstalt zu ändern wäre. Die Programme im einzelnen vorzustellen und zu interpretieren würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen. Ein guter Überblick findet sich bei Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Was will die Bürgerbewegung?, Augsburg 1992.

Wirtschafts- und sozialpolitisch spielten die Bürgerbewegungen im Vorfeld der Volkskammerwahlen und danach keine große Rolle mehr, da sie nur noch aus der Defensive agieren konnten. Als Volkskammerfraktion Bündnis 90/ Grüne in der Opposition konnten sie nur noch die Regierungspolitik der Großen Koalition kritisch begleiten. Zwei Beispiele zu den beiden wichtigsten Punkten Währungsunion und Treuhandanstalt mögen das verdeutlichen:

158 Die Absprache vor der Wahl ging dahin, daß zwei Drittel der Wahllisten mit Kandidaten der Grünen Partei besetzt werden und ein Drittel mit Kandidatinnen vom UFV. Entsprechend war die Mandatsverteilung geregelt. Nach dem Wahlergebnis von 1,96% hatte die Grüne Partei, die alle ersten und die meisten zweiten Listenplätze innehatte, formaljuristisch Anspruch auf alle Volkskammer-Mandate, wovon die Grüne Partei zum Nachteil des UFV Gebrauch machte. Vgl. Neue Chronik DDR. 6. Folge: 19. März-6. Mai 1990., S. 20 f.

159 Müller-Enbergs (Hrsg.), S. 177 f.

Am 4. Mai betonte Marianne Birthler (IFM) in ihrer Stellungnahme zur Regierungserklärung vom 19. April 1990, daß die Fraktion nach wie vor ein Stufenprogramm von Wirtschaftsreformen, Preisreform und Währungsverbund für sozial risikoärmer halte und daß sich die DDR-Bürger möglicherweise aus fehlender Sachkenntnis für eine schnelle Währungsunion entschieden hätten. Die Fraktion respektiere selbstverständlich diese Entscheidung, doch nun müsse alles daran gesetzt werden, „die sozialen Härten dieses Weges zu sehen und – wo immer es geht – abzuschwächen". Und Jens Reich (Neues Forum) stellte in seiner Erklärung die Frage: „Was wird aus dem Volkseigentum? – Ich vermisse Aussagen dazu. Die Regierungserklärung spricht von geeigneten Rechtsformen in etwas nebliger Form." Einen Ankauf durch die Werktätigen lehnte er ab, weil es über das finanzielle Leistungsvermögen der DDR-Bürger ginge. Außerdem hob er hervor: „Die Kontrolle der Treuhandgesellschaft ist nicht die Angelegenheit der Exekutive, der Regierung, sondern muß Angelegenheit des Parlamentes sein."[160]

Die wirtschafts- und sozialpolitische Arbeit der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne bedürfte einer gesonderten Darstellung.[161] Durch dieses parlamentarische Wirken mußten die Bürgerbewegungen des Bündnis 90 zunehmend als Partei agieren. Das setzte sich fort, als das Bündnis 90 und die Ost-Grünen im Dezember 1990 ihren Einzug in den Deutschen Bundestag – im Gegensatz zu den West-Grünen – hielten und dort die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen bildeten. Die Notwendigkeit, sich im Jahre 1991 nach dem Parteiengesetz der Bundesrepublik als Partei Bündnis 90 zu konstituieren, hatte durch diese parlamentarische Tätigkeit sicher bei einem großen Teil der Mitglieder Hemmungen vor der Mutation von einer Bürgerbewegung zur Partei abgebaut. Trotzdem zog es ein nicht unbeträchtlicher Teil vor allem des Neuen Forum vor, diese Parteigründung nicht mitzuvollziehen, um weiter als Bürgerbewegung existieren zu können. Es war die Ironie der Politik, daß auch das Neue

160 Vgl. C. Wuttke – B. Musiolek (Hrsg.), S. 253.

161 In Ostberlin mußten sich die Bürgerbewegungen umgehend ohne nennenswerte finanzielle Ressourcen auf die ersten Landtags- und Kommunalwahlen (6. Mai 1990) programmatisch und praktisch vorbereiten. So bittet beispielsweise der schon mehrfach erwähnte Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaft des Neuen Forum Berlin-Friedrichshain, Christian Tietze, am 30.3.1990 den Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft des Westberliner Stadtbezirks Wilmersdorf um Hilfe in Hinblick auf die bevorstehenden Berliner Kommunalwahlen im Mai 1990, da der Nachholbedarf zur Kommunalpolitik, zu Organisations- und Strukturfragen groß sei: Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft. Immerhin erhielt das Bündnis 90 für die Ostberliner Stadtverordnetenversammlung 9,87% und die Grüne Liste (Grüne Partei + Grüne Liga) 2,68%.
Die Basisarbeit des Fachforum Wirtschaft verlagerte sich zunächst von der Republikebene auf die lokale, wie folgende Information des Neuen Forum im Rahmen von Bündnis 90 am 1.3.1990 deutlich macht: „Auf Initiative des Fachforums Wirtschaft im NEUEN FORUM ist am 25.2.1990 in Berlin der Verband unabhängiger Betriebswirte und Ingenieure (VuBI) gegründet worden. Beim Übergang zur Marktwirtschaft werden bei der Weiterbildung durch Betriebe und Kammer der Technik (KDT) nach wie vor ehemalige SED-Leitungskader bevorzugt. Der Verband will Bildungs- und Kontaktangebote für Betriebswirte und Ingenieure schaffen, die durch die SED-Herrschaft bisher in ihrer fachlichen Entwicklung behindert waren." Havemann-Archiv 3.1.1.1.4., AG/FG Fachforum Wirtschaft, unter Angabe der Kontaktadresse, unterzeichnet vom Sprecher des Fachforum Wirtschaft, Pavel Strohner.

Forum zur Partei nach dem Parteiengesetz werden mußte, als es seine politischen Aktivitäten und Ziele weiter verfolgen wollte.

7. Politisches Résumé und Empfehlungen

Die verschiedenen oppositionellen Gruppen, die im Spätsommer und Herbst aus dem kirchlichen bzw. privaten Raum traten, stellten – wie auch die demonstrierenden Ausreisewilligen – mit ihrem Handeln erst politische Öffentlichkeit her. Sie hatten sich auf ein langes Ringen mit der SED-Führung um politische Zugeständnisse eingestellt. Durch die überraschend breite Resonanz in der Bevölkerung kam es – begünstigt durch eine Reihe anderer Faktoren – zu einem schnellen Machtverlust der SED-Führung. Auf dieses Machtvakuum waren die Bürgerbewegungen und die neuen Parteien ebensowenig vorbereitet wie die Bevölkerung. So blieb der Primat der politischen Forderungen noch erhalten, als es eigentlich längst darum ging, die wirtschaftlichen Machtgrundlagen der SED zu beseitigen. Erst mit dem drohend bevorstehenden Wirtschaftskollaps und mit den Konsequenzen des Überganges zur sozialen Marktwirtschaft – sei es im Rahmen staatlicher Selbständigkeit der DDR, sei es im Rahmen einer Fusion bzw. eines Beitritts der DDR zur BRD – rückte der soziale Bereich, die Notwendigkeit seiner Neuordnung und Finanzierbarkeit ins Blickfeld. Letztlich trug die Bevölkerung die Revolution nur bis zur Herstellung politischer bürgerlicher Rechte, so daß es mit der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 zum – auch mehrheitlich gewollten – Abbruch der Revolution kam. Mit der Wahlentscheidung wurde die Vollendung der Umgestaltung in allen anderen Bereichen auf die Bundesrepublik übertragen, und zwar durch die politische Weichenstellung zum Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Es kann hier nicht darum gehen, ob und welche anderen Handlungsvarianten besser und – auf die Dauer – erfolgreicher gewesen wären. Doch läßt sich zumindest eines konstatieren, daß die Bevölkerung, die durch eine überraschend breite Beteiligung die Revolution ermöglicht und getragen hatte, ihr neu gewonnenes Subjektgefühl wieder aufgab und mit der Delegierung der Vollendung des Umbruchs an die Exekutive der Bundesrepublik in das alte Objektbewußtsein zurückfiel. Das ist insofern nicht verwunderlich, als auf dem Territorium der DDR die historische Erfahrung einer Demokratie nur fünfzehn Jahre währte und weit zurück lag: die Weimarer Republik von 1918 bis 1933. Davor und danach prägten primär obrigkeitsstaatliche, autoritäre bzw. totalitäre Denkstrukturen das Leben der Menschen und damit politisch die Existenz als Objekt, als Untertan.

Eine Kategorie aus der mentalitätsgeschichtlichen Forschung sollte m.E. bei der Beobachtung solcher Vorgänge berücksichtigt werden: die der ‘longue durée‘ (Fernand Braudel). Unter diesem Aspekt ist in Rechnung zu stellen, daß Kriege, Bürgerkriege, Eroberungen und Revolutionen nur für die Sieger als

rationale Vorgänge erlebt werden, während sie für die Besiegten eine irrationale Erfahrung darstellen. Das hat grundlegende Konsequenzen für das historische Bewußtsein von Siegern und Besiegten. Für die Besiegten wird die Geschichte zum kollektiven Trauma, zur Entfremdung. Ihr Bestreben ist, der wirklichen Geschichte auszuweichen, sie zu verweigern. „Die langsame Geschichte der Besiegten wird so zu einer Form der Opposition, des Widerstandes gegen die schnelle Geschichte der Sieger. [.....] diese langsame Geschichte, die man häufig in der 'Volkskunde' wiederfindet, [ist] tatsächlich eine Art Anti-Geschichte in dem Maße, in dem sie sich der Geschichte entgegenstellt, die die Herrschenden feiert und von ihnen angeregt wird."[162]

Mit dem Verzicht auf den vollständigen revolutionären Sieg scheint sich die Mehrheit der – pauschal als siegreich zu bezeichnenden – DDR-Bevölkerung mental in das Lager der Besiegten begeben zu haben. An deren Seite wird die seit Generationen internalisierte Objekt- und Opferrolle wieder aufgegriffen und wiederbelebt. Das führt zu dem verblüffenden Ergebnis, daß selbst Menschen, die der SED-Herrschaft, so lange diese währte, ablehnend oder gar oppositionell gegenüberstanden, ja sogar zu den Akteuren der Revolution gehören, heute mit der besiegten SED – dem 'Opfer' PDS – sympathisieren und diese Partei wählen. Die von der SED beherrschte DDR wird somit als Verweigerungsakt der wirklichen Geschichte in verklärender Weise neu konstruiert.

Diesen mentalen Vorgängen gegenzusteuern und den Verlauf der Geschichte seit Frühjahr 1990 auch als Ergebnis der eigenen bzw. der Mehrheitsentscheidung bei der Volkskammerwahl am 18. März zu akzeptieren ist insofern schwierig, da die politische und kulturelle Bildungsarbeit vor allem in den ostdeutschen Städten von vielen PDS-nahen Bildungsvereinen beherrscht wird. Die Referenten dieser Vereine rekrutieren sich aus entlassenen Funktionären des mittleren Partei-, Staats- und Gewerkschaftsapparates, deren akademische Abschlüsse an der Parteihochschule der SED, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, der Gewerkschaftshochschule und an den Sektionen Marxismus-Leninismus der Universitäten sowie an der Juristischen Hochschule des MfS erworben worden sind. Sie können heute statt des Titels Diplom-Gesellschaftswissenschaftler den Titel Diplom-Politologe, Diplom-Philosoph und Diplom-Jurist führen. In Universitätsstädten kommen noch die abgewickelten Historiker hinzu. Daß sich ihr theoretischer und methodischer Zugriff auf die Geschichte der DDR mit dem Ausweichen des Besiegten vor der Wahrnehmung der realen Abläufen verbindet ist nur zu verständlich und muß hier nicht im einzelnen thematisiert werden.

Problematisch ist auch, daß diese Grundhaltung ebenfalls bei den Lehrern für Politische Weltkunde anzutreffen ist, die ja – meist als diplomierte Gesellschaftswissenschaftler – vorher das Ideologiefach Staatsbürgerkunde gelehrt haben. Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, Mathematik- oder Chemieleh-

162 Jacques Le Goff: Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt a.M. u. a. 1992, S. 189 f.

rer in Schnellkursen für dieses Fach zu befähigen, als es weiter in den Händen der marxistisch-leninistischen Ideologen zu belassen, die nun weitgehend verbeamtet sind. Mutatis mutandis ließe sich ähnliches für die Geschichtslehrer sagen, zumindest ist – nach Aussagen des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands und nach Aussagen von Historikern und Geschichtsdidaktikern an den Universitäten – bei den Fortbildungen für ostdeutsche Geschichtslehrer ein ausgeprägtes Desinteresse zu beobachten, sich kritisch mit der bisher gelehrten marxistischen Formationstheorie auseinanderzusetzen. Selbst dort, wo die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung gegeben ist, besteht die Gefahr, daß die für totalitäre Systeme typischen dichotomischen Denkmuster, die nur ein entweder-oder, richtig-falsch, gut-böse etc. kennen, nicht überwunden, sondern nur inhaltlich neu besetzt werden.[163] Politisch führt das häufig zur abstrakten Befürwortung des Ideals einer Demokratie ‘an sich‘ bei gleichzeitiger Ablehnung der in Deutschland bestehenden konkreten Parteiendemokratie.

Für die politische Bildungsarbeit auf lokaler Ebene sehe ich daher eine äußerst wichtige Aufgabe bei den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Besonders die Archivalien für die Zeit von September 1989 bis zum Frühjahr 1990 sind überwältigende Dokumente für das Engagement zahlreicher Leute in den Bürgerbewegungen und den neuen Parteien, für politische Phantasie und das Denken in Varianten sowie für Prozesse der Meinungsbildung. An diese Erfahrung sollten die Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen versuchen anzuknüpfen bzw. es sollten diese unbedingt wiederbelebt werden. Denn wegen der permanenten finanziellen Kürzungen und dem damit verbundenen Stellenabbau in den letzten Jahren ist ein großer Teil der Bildungsarbeit bereits eingestellt worden. Doch gerade hier haben besonders die Archive der Aufarbeitungsinitiativen – nicht zuletzt durch fortbestehende personelle Kontinuitäten mit Aktivisten aus der DDR-Opposition – gute Möglichkeiten, durch ihre Sachkenntnis Kontakte zu damals aktiven Menschen herzustellen, an ihre Erfahrung anzuknüpfen und neue Aufarbeitungsprojekte anzuregen, zu betreuen bzw. die Betreuung durch die künftige Bundesstiftung herzustellen. Insofern sollte die Nähe zur Bundesstiftung so eng wie nötig, aber die Freiräume für die Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände so groß wie möglich sein. Die potentielle Bildung von lokalen Projektgruppen, die sich zunächst auch einmal der materiellen Zeugnisse des eigenen Handelns durch Sammlung versichern wollen, halte ich für eine wünschenswerte ‘Zersplitterung‘, sofern der Informationsfluß zu den bisherigen Aufarbeitungsinitiativen und zur Bundesstiftung und zurück gesichert wird. Daß dabei auch immer die knappen finanziellen Ressourcen eine Rolle spielen werden, sollte zwar von Anfang an bedacht, aber nicht zur Ablehnung solcher möglichen Neuentwicklungen führen.

Neben einer solchen vorstellbaren neuen Aufgabe haben die Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände mit ihren Archiven traditionell vor allem eine dienstleistende Funktion für die historische Forschung von der Habilitations-

163 Ostdeutsche Historiker ersetzen beispielsweise gern Karl Marx durch den marxistisch verstandenen Max Weber.

schrift bis hin zum Schüleraufsatz. Dieser Funktion können sie jedoch nur gerecht werden, wenn die Grundlagenarbeit in den Archiven durch Sammlung, Registrierung und Erschließung materiell und personell dauerhaft abgesichert wird und nicht Abfallprodukt temporärer Projektfinanzierung bleibt. Sowohl für den Bildungs- als auch für den Dienstleistungsauftrag scheint mir wegen des äußerst heterogenen Charakters der Archivalien eine Tiefenerschließung unabdingbar. Zur Tiefenerschließung gehört auch die Erforschung der Entstehungsgeschichte von vielen Dokumenten und ihre Datierung, die vielfach fehlt, durch Befragung der Akteure. Durch diese Tiefenerschließung wäre es auch möglich, gezielt Informationsveranstaltungen an den zeithistorischen Lehrstühlen in der gesamten Bundesrepublik anzubieten, um Lehrende und Studierende gleichermaßen auf diesen enormen Fundus an Dokumenten von Opposition, Widerstand und Revolution in der DDR aufmerksam zu machen, die immer wieder personell und thematisch eng mit der Bundesrepublik verzahnt sind. Mit den unterschiedlichen Aspekten von lokaler Recherche und Aufarbeitung durch die Beteiligten bis zur akademischen Forschung im In- und Ausland ließe sich die Geschichte der DDR als gesamtdeutscher Forschungsgegenstand begreifen und als Bestandteil im kollektiven historischen Bewußtsein der neuen Bundesrepublik verankern.

Literaturverzeichnis

Aspekte zur Rolle von Parteien und Massenorganisationen bei Entstehung und Entwicklung des Gesellschaftssystems in SBZ und DDR, hrsg. vom Sekretariat der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen beim Bundesministerium des Innern am 28. Mai 1993, Geschäftszeichen PV 1 – 800/41

U. Bastian: Auf zum letzten Gefecht ... Dokumentation über die Vorbereitungen des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, in: Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin, Nr. 9/ 1994

Joachim Erbe: Seilschaften aus der Sicht der Staatsanwaltschaft, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII, Baden-Baden, Frankfurt/M. 1995

Die ersten Texte des Neuen Forum. Erschienen vom 9. September bis 18. Dezember 1989, hrsg. im Auftrag des Landessprecherrates des Neuen Forum von Julia Michelis, Berlin Januar 1990

Jürgen Falter: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft, Bonn 1992 (Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 308)

Egon Flaig: Weisheit und Befehl. Platons „Politeia“ und das Ende der Politik, in: Saeculum 45 (1994)

Helmut Herles/Ewald Rose (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990

Guntolf Herzberg: Darum geht‘s: Demokratie und Gerechtigkeit, in: Neues Forum. Wirtschaftsforum der DDR. Internationale Wirtschaftskonferenz des NEUEN FORUMs, Berlin-Buch, 25./26. November 1989, Berlin 1990

Edelgard Jeske: Studie zum Thema ‘Seilschaften‘ (mit Dokumentation), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII, Baden-Baden, Frankfurt/M. 1995

Michael Jürgs: Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, München 1997

Karsten Kloth: Die Umwandlung organisationseigener Betriebe in Kapitalgesellschaften, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen (ZOV) 1/1994

Albrecht Krieger: Erfahrungen mit Seilschaften und der politischen Vergangenheit von Führungskräften in Treuhandunternehmen, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII, Baden-Baden, Frankfurt/M. 1995

Jacques Le Goff: Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt a. M. u. a. 1992

Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990

Erhard O. Müller: Untreu. Die Treuhand, der Welt größte Staatsholding, entscheidet über das Schicksal Tausender Betriebe, über Millionen Arbeitsplätze in den fünf neuen Bundesländern. Wird sie ihrem Auftrag gerecht?, in: quer (1992), H.3

Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Was will die Bürgerbewegung?, Augsburg 1992

Erhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, Bonn 1997 (Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 346)

Neue Chronik DDR. 1.-8. Folge: 7. August 1989-2. Oktober 1990, recherch. u. zusammengest. von Zeno und Sabine Zimmerling, Berlin 1990-91

Jens Reich, Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation, München 1993

Gernot Schneider: Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität, Berlin 1990[2]

Isolde Stark, Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR-Opposition 1989, in: Deutschland Archiv 28 (1995)

Treuhandanstalt. Dokumentation 1990-1994, hrsg. von der Treuhandanstalt Direktorat Kommunikation/Medien, Bd. 1. Berlin 1994

Wolfgang Ullmann: Verfassung und Parlament. Ein Beitrag zur Verfassungsdiskussion, Berlin 1992

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949, Berlin 1955

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974, Berlin 1976[4]

Otto Wenzel: Die Personalentscheidungen des SED-Politbüros. Ein wichtiges Herrschaftsinstrument der DDR-Staatspartei, unveröff. Manuskript 1997

Carola Wuttke, Berndt Musiolek (Hrsg.): Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR, Berlin 1991

Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität: Jahresbericht 1996

Zweiter Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR vom 24. August 1993, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/6515, 22.12.93

Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR vom 18. März 1991, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/622, 27.05.91

Zukunft durch Selbstorganisation. Erneuerung der DDR: Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation in Subjektpluralität (Thesen) in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 28 (1990) 5

Anlagen

Fe 19/2746/89

Berlin, 28. 9. 1989

Strafrechtliche Einschätzung
des "Aufruf zur Einmischung in eigener Sache"

Bei dem vorliegenden vom 12. 9. 1989 datierten "Aufruf" handelt es sich um einen zwei Blatt A 4 umfassenden Text, in welchem zwölf namentlich genannte Unterzeichner zur Gründung einer Bürgerbewegung "Demokratie jetzt" auffordern und dem als Anlage ein dreiseitiger Text mit der Überschrift "Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR" beigefügt ist.

In dem vorliegenden "Aufruf" werden teilweise massiv die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR angegriffen, wobei sich diese Angriffe besonders gegen die Tätigkeit des sozialistischen Staates, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse und die sozialistische Demokratie richten und direkte Forderungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erhoben werden. Dabei wird in diskriminierender Weise ein "Ende der Ära des Staatssozialismus" und eine "politische Krise des staatssozialistischen Systems" unterstellt sowie behauptet, daß die Kennzeichen der Gesellschaft in der DDR in der "Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger", einer "Uniformierung der Gesellschaft" und einem von "Wahlen unabhängigen Machtmonopol" bestände, das nur durch "Wahlfälschungen" geschützt würde.

In den beigefügten "Thesen" werden ebenfalls massiv verfassungsmäßige Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR angegriffen, indem diese unter anderem als ein "von der Partei beherrschter Staat, der sich ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes überhoben hat", diskriminiert und behauptet wird, daß der Staat der "Politbürokratie der Partei und deren ... Ämterpatronage" untergeordnet sei. Des weiteren werden die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse dadurch ange-

KOPIE BStU

griffen, daß in diskriminierender Weise Forderungen nach Einschränkung der Rolle des sozialistischen Staates, nach Veränderung des als "Instrument ideologischer Ausrichtung und Indoktrination" bezeichneten Bildungswesens, nach "Reformierung" des Wahlrechts und Gewährleistung von "Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis", nach Wandlung der Medien in "Instrumente freier und öffentlicher Meinungsäußerung", nach Veränderung der Gewerkschaften, nach Beseitigung der "ideologischen Gängelung" von Wissenschaft, Kunst und Kultur u. a. erhoben und eine Veränderung der als "politbürokratische Kommandowirtschaft" diskriminierten ökonomischen Verhältnisse gefordert wird.

Zusammenfassend ist einzuschätzen, daß die vorliegenden Schriften durch die darin enthaltenen Diskriminierungen der gesellschaftlichen Verhältnisse [illegible] verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR angreifen und damit objektiv Schriften im Sinne des § 106 Absatz 1 Ziffer 3 StGB darstellen.
Werden derartige Schriften mit dem Vorsatz, die verfassungsmäßigen Grundlagen anzugreifen oder gegen diese aufzuwiegeln, hergestellt oder verbreitet, begründen diese Handlungen strafrechtliche Verantwortlichkeit wegen staatsfeindlicher Hetze.

Darüber hinaus stellt eine Weitergabe dieser Texte ohne den Nachweis eines derartigen Vorsatzes gemäß § 4 Absatz 2 OWVO die Verbreitung von gegen die Gesetze und andere Rechtsvorschriften gerichteten Erklärungen dar und kann dementsprechend als Ordnungswidrigkeit verfolgt und mit Geldstrafe bis 500,-- Mark, im schweren Fall bis 1 000,-- Mark belegt werden.
Bei Sicherstellung derartiger Schriften ist auf der Grundlage des § 13 Absatz 4 des VP-Gesetzes deren sofortige Einziehung möglich.

KOPIE BStU

Hauptabteilung VI Berlin, 30. 10. 1989

BStU
000074

INFORMATION

Ein auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit überprüfter IM war Teilnehmer der konstituierenden Sitzung der oppositionellen Vereinigung "Demokratischer Aufbruch" (DA) am 29. 10. 1989 im Elisabethstift in Berlin-Lichtenberg.

An dieser Sitzung nahmen ca. 200 Personen aus der gesamten Republik teil.
Zum Vorsitzenden wurde mit 108 Stimmen der Rostocker Rechtsanwalt Wolfgang SCHNUR gewählt.
Für den IM war deutlich erkennbar, daß der ebenfalls zur Wahl als Vorsitzender stehende Pfarrer EPPELMANN (20 Stimmen) über den Ausgang der Wahl deprimiert war und seinen Machtanspruch nicht durchgesetzt sah.

In den Referaten und Diskussionsbeiträgen waren folgende inhaltliche Zielvorstellungen des "DA" sichtbar:

- Der "DA" versteht sich gegenwärtig als oppositionelle Vereinigung und faßte mehrheitlich den Beschluß, ab 1. 5. 1990 als politische Partei der "linken Mitte" zu wirken.
  Die Organisatoren sind sich bewußt, daß sie gegenwärtig nicht über die erforderliche Basis verfügen, ihnen kompetente politische Führungskräfte fehlen, sie europaweit ihre Existenz und Ziele propagieren müssen und es um die schnellstmögliche Beschaffung finanzieller Mittel (vorrangig durch Spendenaktionen) geht, um einen hauptamtlichen Apparat zu installieren.

- Mit ihrem sozialökologischen Programm wollen sie sowohl sozialdemokratische als auch "grüne" Interessen nach westlichem Vorbild vertreten.

- Wie Rechtsanwalt SCHNUR unserem IM in einem Gespräch unter vier Augen mitteilte, ist er an lukrativen politischen Kontakten in Westberlin und der BRD interessiert und lud sich selbst für den 5. 11. 1989 in die Wohnung unserer Quelle ein, wo diese mit einem der CDU nahestehenden einflußreichen Rechtsanwalt aus Westberlin zusammentreffen wird.

- Sowohl im "Einstiegsreferat zur programmatischen Erklärung" von Edelbert RICHTER, im "Einstiegsreferat zum Statut" von Wolfgang SCHNUR als auch in der Diskussion waren die Hauptinhalte des "DA" klar erkennbar.
  Sie sind:

BStU
000075
07-374

. Beseitigung der führenden Rolle der SED und Aufbau eines pluralistischen parlamentarischen Sozialismus.
Über den Termini "Sozialismus" wurde dabei äußerst kontrovers diskutiert, wobei man sich letztlich auf seine vorläufig weitere Verwendung einigte;

. Beseitigung der Planwirtschaft in der DDR (Auflösung der sich in der Praxis nicht bewährten Kombinate) und Schaffung verschiedener Eigentumsformen mit marktwirtschaftlichen Prioritäten;

. Durchsetzung der Medien- und Pressefreiheit;

. drastische Reduzierung des Sicherheitsapparates (MfS um 70 %) verbunden mit der Abschaffung der GST, Kampfgruppen etc;

. Errichtung von Büros für Bürger- und Menschenrechte sowie Ökologie;

. Schaffung eines DDR-weiten Publikationsorgans des "DA";

. Nach Zulassung des "DA" als politische Partei ist vorgesehen, über die Kommunalebene in die höchste Volksvertretung der DDR einzuziehen. Diese Absichtserklärung ist verbunden mit der Forderung nach freien Wahlen.

Nach Einschätzung des IM befanden sich unter den Teilnehmern der Sitzung des "DA" vorrangig Intellektuelle und Vertreter der evangelischen Kirche.
Es ist erkennbar, daß insbesondere die Führungskräfte die gegenwärtige Lage in der DDR nutzen wollen, um vor allem ihre Basis in der gesamten DDR zu erweitern. Insbesondere Pfarrer EPPELMANN will sich dabei der westlichen Medien bedienen und verfügt über einflußreiche Verbindungen und Kontakte.
Die Stimmung unter den Mitgliedern des "DA" wird als siegeszuversichtlich eingeschätzt. Es ist davon auszugehen, daß die Führungskräfte des "DA" zur Durchsetzung ihrer Ziele zu Demonstrationen aufrufen.

Die HA XX/4 wurde über den wesentlichen Inhalt der Sitzung am 30. 10. 1989, 1.00 Uhr, mündlich informiert.

NEUES FORUM
Regionalgruppen
Großschönau/Waltersdorf

An den
Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik

Werter Herr Modrow!

In Ihrer Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED sprechen Sie von der Wirtschaftsreform, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird.
Eine auf die Bedürfnisse des Binnen- und Außenmarktes orientierte Produktion wird es erst ab 1995 geben, vorausgesetzt, alles entwickelt sich nach Ihren Vorstellungen.

Große Teile der Bevölkerung erwarten aber schon im nächsten Jahr spürbare Verbesserungen.

Was wird geschehen, wenn die Bürger in ihren Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht werden?
Es wird eine neue Ausreisewelle geben.
Die Werktätigen werden mit Streiks antworten.
Die Wirtschaft kommt noch mehr zum Erliegen und Ihr Reformprogramm geht nicht auf!

Wir sehen die einzige Alternative darin, daß umgehend mit dem EG-Parlament Kontakt aufgenommen und gemeinsam Schritte zur Integration der DDR in die EG bis 1992 festgelegt werden, völlig unabhängig davon, ob es zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommt oder nicht.
Wir dürfen nicht wieder den Anschluß verpassen!
Für Experimente ist keine Zeit mehr!

Außerdem muß die Regierung endlich ihre Position zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten kundtun. Sie muß sich bekennen zu einem klaren "Ja" oder "Nein", und wenn "Ja", ein entsprechendes Konzept vorlegen.
Diese Frage, die jetzt das Volk so stark bewegt, bedarf einer Antwort, ehe die Situation außer Kontrolle gerät.

Dr.E.Buhl
Sprecher Großschönau

B.Schneider
Sprecher Waltersdorf

Waltersdorf, d.14.12.89

Anemone Nürnberger
E.-Thälmann-Str. 58a
Waltersdorf
8 8 1 3

Herrn
Dr. Christian Tietze
Strausberger Platz 1
Berlin

Werter Herr Dr. Tietze!

In der Anlage sende ich Ihnen ein Schreiben an den Ministerpräsidenten.
Wir betrachten die Integration der DDR in die EG als die vordringlichste Aufgabe in unserer Wirtschaft.

Leider sind wir "zu weit ab vom Schuß" und viel zu unbedeutend, als daß wir die Hoffnung hätten, mit unserem Schreiben etwas bewirken zu können.

Bitte diskutieren Sie das Problem,und wenn Sie unserer Meinung sind, dann verhelfen Sie unserer Position zur nötigen Breitenwirkung. Vielleicht können Sie versuchen, unseren Standpunkt zur Wirtschaftspolitik in die Presse zu bringen, um die Bürger für dieses Problem wachzurütteln.

Ich bedanke mich im voraus beiIhnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung.

Mit frdl. Gruß

A. Nürnberger

Waltersdorf, den 12.12.89

Anlage 4

neues forum

Büro Berlin
Rosa-Luxemburg-Straße 19
1020 Berlin
Telefon: 2806425
Bürozeiten:
Di. Do. Fr. 13.00-20.00 Uhr
Sa. 9.00-13.00 Uhr

Neues Forum · Büro Berlin · Rosa-Luxemburg-Straße 19 · 1020 Berlin

Landessprecherrat NEUES FORUM am 20.1.1990

Gründungen selbständiger gewerblicher Unternehmungen, die im oder mit dem Namen des NEUEN FORUM auftreten, werden von der Vereinigung NEUES FORUM nicht getragen.

Im Auftrag des Landessprecherrates:
Erika Drees/Stendal
Hans Bahr/Karl-Marx-Stadt
Christoph Hering/Gera
Luise Schramm/Berlin

Vorlage des Fachforum Wirtschaft Berlin, 22.2.90

Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsausschuß und dem Fachforum Wirtschaft

Die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsausschuß des NF ist nach unserer Meinung unzureichend. Wir empfinden, daß einige Mitglieder des Arbeitsausschusses unsere Arbeit sabotieren. Das zeigt sich in folgenden Beispielen:

- Die von uns erarbeitete Vorlage zur Wirtschaftsreform wurde mehrfach von der Tagesordnung der Sprecherratstagung abgesetzt, obwohl sie hohe Dringlichkeit hatte.
- Das Wahlprogramm ist ohne Abstimmung zum Teil Wirtschaft vom Arbeitsausschuß allein erarbeitet worden.
- Bei der Auswahl der Berater zu Wirtschaftsfragen für den "Runden Tisch" ist das Fachforum Wirtschaft übergangen worden. Dr. Brandenburg hatte nicht unsere Zustimmung.
- Bei der Räumezuweisung wurden wir im Vergleich zum Basisdruck , als kommerzielles Unternehmen außerhalb des NF, nachteilig behandelt.
- Wir haben den Beschluß des Sprecherrates des NF akzeptiert, daß wir keine direkte Zusammenarbeit mit kommerziellen Organisationen pflegen. Um so mehr wundert uns , daß Frau Dr.Brandenburg unter Ausnutzung des NF ihre Handelsforum G.m.b.H. fördert und dabei außerdem noch Berater am " Runden Tisch" ist.
- Uns ist die inkompetente Anmaßung insbesondere von Reinhart Schult nicht akzeptierbar, der versucht, seine eigenen ideologischen Positionen gegen die Positionen eines mitgliederstarken Fachforums damit durchzusetzen, daß er dessen Sachkompetenz öffentlich angreift.

Wir sind nicht der Meinung, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Arbeitsausschusses eine bessere Zusammenarbeit zuläßt. Wir fordern deshalb eine Veränderung seiner personellen Zusammensetzung und ein Mitspracherecht des Fachforum Wirtschaft im Arbeitsausschuß.

Pavel Strohner
gewählter Sprecher

Beschlüsse des Arbeitsausschusses des NEUEN FORUM
vom 16.12.1989

I.
In Anbetracht des mangelnden Informationsflusses im NEUEN FORUM und der Notwendigkeit, sich über die Verhandlungen am Runden Tisch ständig zu konsultieren, werden alle Bezirke verpflichtet, jeden Samstag mindestens zwei kompetente und informierte Vertreter zur Tagung des Arbeitsausschusses des Landessprecherrates nach Berlin zu delegieren.

In den sieben Tagen zwischen den Treffen sind aktuelle Informationen über das Leipziger Koordinierungsbüro an Ilona Weber weiterzugeben bzw. von ihr zu erhalten. Alle Bezirke werden aufgefordert, durch mindestens eine dafür benannte Person ständig den Kontakt zu halten.

Ständiger Kontakt für alle Bezirke: Ilona Weber
Kreuzstr. 1 a
Leipzig
7 0 1 0
Tel. 298 830

II.
Erklärungen des NEUEN FORUM, die die gesamte Vereinigung betreffen sowie politische Stellungnahmen werden nur noch über den Pressedienst des NEUEN FORUM autorisiert, der direkt dem Arbeitsausschuß des Landessprecherrates verantwortlich ist.
Der Pressedienst des NEUEN FORUM hat seinen Sitz im

Berliner Büro des NEUEN FORUM
Rosa-Luxemburg-Straße 19
Berlin
1 0 2 0
Tel.: 28 26 745

Verantwortlich für den Pressedienst sind im Auftrag des Landessprecherrates: Jens Reich, Reinhard Schult, Ilona Weber.

Für den Ausschuß des Landessprecherrates
Ingrid Köppe
Ilona Weber
Andreas Schönfelder

NEUES FORUM
Ingrid Mittelstraß
Niemannsweg 1
2593 Ahrenshoop

An den Ministerpräsidenten
H a n s M o d r o w
B e r l i n

Ahrenshoop, den 21.1.90

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Im Namen der Ortsgruppe Ahrenshoop des NEUEN FORUM bitten wir Sie zu erwägen, die Kommunalwahlen der DDR auf den 6. Mai 1990 vorzuziehen.
Nachdem die seinerzeit "gewählten" Gemeindevertreter nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung haben, sollten sie auch nicht über so gravierende und in ihrer Auswirkung über die Wahlperiode hinausreichende Dinge wie z.B. die Errichtung von Hotels mit westdeutschem Kapital in einem Ostseebad der Kulturschaffenden beschließen dürfen.
Daher schließen wir uns der Forderung der LDPD auf Kommunalwahlen gleichzeitig mit den Volkskammerwahlen an.

Mit freundlichen Grüßen
Ingrid M. Mittelstraß

Sprecherrat
Hans-Jürgen Wunderlich

Verteiler:
NEUES FORUM Ribnitz-Damgarten
NEUES FORUM Rostock
NEUES FORUM Berlin

NEUES FORUM Region Pirna **Information 3**

FEBRUAR 1990

Neue Wirtschaft! Aber wie?

Viele Ideen, Forderungen und Gedanken werden gegenwärtig überall, wo Menschen beisammen sind, geäußert und diskutiert.

Unsere Bürger streben aus der privaten Anonymität in die gesellschaftliche Sphäre.

Wir können den gegenwärtig Regierenden das Feld der Wirtschaft nicht überlassen, da hier über den sozialen, gesellschaftlichen und individuellen Reichtum eines Volkes entschieden wird.

Wohin soll die Wirtschaftsreform gehen?

Benötigt werden 3 Ebenen der wirtschaftlichen Entwicklung:

a) Unternehmen des Dienstleistungssektors zur Schaffung einer ausgeglichenen Basis

b) Betriebe zur territorialen Entwicklung

c) Großbetriebe zu überregionaler Verflechtung

Dazu sind folgende Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln notwendig:

- Staatseigentum
- genossenschaftliches Eigentum
- privates Eigentum

Entsprechend der Bedingungen sollten die Eigentumsverhältnisse auch kombiniert auftreten.

Wir benötigen einen Demokratisierungsprozeß in unseren Betrieben. Dazu sollte ein Betriebsaktiv mit folgenden Funktionen das Instrument sein:

- Kontrolle des Betriebes hinsichtlich Effektivität und Gewinnerwirtschaftung
- Kontrolle der staatlichen Leitung (Ein- und Absetzen dieser)
- Festlegung von betrieblichen Strategien
- Kontrolle der ökologischen Erfordernisse
- Interessenvertretung der Eigentümer des Betriebes

Wir fordern weiter die Abschaffung der überlebten Subventionspolitik und den individuellen Ausgleich sozialer Härten.

Wir setzen uns für Teilzeitbeschäftigung, Stundenarbeit und gleitende Arbeitszeit bei entsprechenden Bedingungen ein.

Wir wollen kein Wohlfahrtsstaat sein, der mit seinen Mitteln verschwenderisch umgeht.

Unser Weg heißt:

Marktwirtschaft – mit sozialer Sicherheit!

Hinweis: An der Mitarbeit in der AG „Wirtschaft" Interessierte melden sich bitte im Büro des NEUEN FORUM, Klosterstraße 1, Pirna, oder bei J. Stenzel, Prof.-Roßmäßler-Straße 32, Pirna, 8300.

1. FORUM-Club: „Kunstseide? Gesundheit Priorität!"

Am Donnerstag, dem 1. 2. 1990, begann die erste thematische Diskussion im eine Stunde vorher neu eröffneten FORUM-Club. Der Einstieg in diese in Pirna neuartige Veranstaltungsreihe begann mit dem Thema „Kunstseidenwerk Pirna?"

Zu dieser Diskussionsrunde hatte das NEUE FORUM führende Vertreter des KSW eingeladen (erschienen waren: Herr Dr. Popp, Direktor Produktion, Herr Dr. Lachmann und Frau Klünder, beide Bereich Forschung). Als „pro- und contra"-Partner konnte Herr Dipl.-Chem. Peter Hildebrand gewonnen werden.

Dr. Popp stellte zunächst den Produktionsumfang und das Bemühen des KSW zur Umweltproblematik dar. Dr. Lachmann ging auf die Alternativproduktion von synthetischen Fasern (Ersatzproduktion Polyestercord) ein, die keine bzw. geringfügigste Umweltbelastung darstellt. Diese könnte nach Stillegung und Abbau der Supercordproduktion sogar im vorhandenen Gebäude installiert werden.

Herr Hildebrand, der sich beruflich mit dem Thema Rückstandstoxikologie (d. h. Auswirkungen von schädlichen Rückständen aus verschiedenen Materialien und deren Langzeitwirkung an Tieren und die zu befürchtenden Folgen für den Menschen) beschäftigt, brachte sein Unverständnis zum Ausdruck, daß zur Arbeit der Regierungskommission keine Analyse und Bewertung der gesamten Luftverschmutzung im oberen Elbtal vorlag. Er stellte in Frage, daß mit nur einer Meßstelle für CS_2 und H_2S im Pirnaer Raum die gesamte Luftbelastung erfaßt werden kann.

Frau Klünder kritisierte den Brief der Pirnaer Ärzte und warf anhand eines Beispiels mangelnde Objektivität und Übertreibung vor. Darauf erwiderte eine Ärztin sinngemäß, sonst hätte sich aber überhaupt nichts gedreht! Auch der verlesene Bericht des Ministeriums für Gesundheitswesen sprach da wohl für sich: Genannt wurde die Bezeichnung PIRNA-SYNDROM, gekennzeichnet durch Erkrankungen der oberen Atemwege, Allergien, Kopf- und Gliederschmerzen, Schwäche und Müdigkeit; betroffen seien zunehmend jüngere Leute, vor allem Frauen, aber auch Neugeborene.

Die weitere Diskussion, geleitet von Herrn Karsch, NF, verlief kontrovers und anfangs nach vielen Seiten. Als Hauptfrage kristallisierte sich heraus: Welche Alternative gibt es bei bestehenden Infrastrukturen? Wie lange dauert es, welche sozialen Folgen stehen an? Einer Antwort bedarf es dringend, um an einem ersten Beispiel die Umweltbelastung deutlich spürbar zu mindern und die Beschäftigten im KSW nicht länger im Ungewissen zu lassen. Dazu letztlich Dr. Lachmann sinngemäß: Vorausgesetzt, die Supercordproduktion wird per 31. 12. 1990 stillgelegt, kann sofort mit dem Abbau der Anlage begonnen werden, innerhalb von 16 bis 20 Monaten kann die Ersatzproduktion aufgebaut sein. Vorher müssen aber noch Entscheidungen der Regierung abgewartet werden. Eine weitere und vernünftige Diskussionsbasis ist damit gegeben, so meinen wir! (3. 2. 1990)

Anmerkung: Obwohl die anwesenden Vertreter des KSW betonten, sie seien als Privatpersonen gekommen, wurde dem NF am 2. 2. ein Protokoll über den Abend vorgelegt, das einseitig Interessen des KSW widerspiegelte. Wir meinen: Über Club-Abende gibt es kein Protokoll. Und: Wir lassen uns nicht vereinnahmen.

Am 6. 2. 1990 wurde die Entscheidung der Regierungskommission übermittelt:

ab 1. 7. 1990: Reduzierung der Supercordproduktion auf 50 Prozent

per 31. 12. 1990: Stillegung

ab 1. 1. 1991: Umstieg auf Alternativproduktion (Voraussetzung: Umweltfreundlichkeit; damit bleibt ein wirtschaftlich wichtiger Betrieb im Territorium erhalten, Arbeitsplätze werden gesichert.)

Das entspricht den Forderungen des NEUEN FORUM!

Offener Brief

NEUES FORUM
Koordinierungsgruppe Pirna
Pirna, den 29. 1. 1990

Rat des Bezirkes Dresden

Betr.:

Kindererholungszentrum Papstdorf/Erweiterungsbauten

Am 25. Januar 1990 hatte der Rat des Kreises Pirna zu einem Lokaltermin in das Kindererholungszentrum Papstdorf eingeladen. Gegenstand der Beratung waren die geplanten Erweiterungsbauten – Heizhaus mit sechs Glieder-

NEUES FORUM **Region Pirna** **Information 4** MÄRZ 1990

Auszüge aus dem Programm zur Wirtschaft

Das NEUE FORUM tritt für eine Marktwirtschaft ein, die
- soviel Markt wie notwendig und soviel soziale Sicherheit wie möglich beinhaltet,
- demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten garantiert.

Gleichberechtigte Existenz aller Eigentumsformen, Eigenverantwortung der Betriebe, Leistungsprinzip, Gewerbefreiheit, Wettbewerb und Marktregulierung sind Grundelemente des neuen Wirtschaftssystems.

Wir treten dafür ein, daß dem Markt dort Grenzen gesetzt werden, wo er sich gegen betriebliche oder gesellschaftliche Demokratie durchzusetzen versucht oder die ökologischen und solidarischen Grundlagen unserer Gesellschaft untergräbt.

Weitere Bereiche staatlicher Verantwortung sind Struktur-, Konjunktur- und Umweltpolitik. Dabei bilden Gesetzgebung und indirekte Regulierungsinstrumente wie Finanzen und Steuern die Hauptmittel der Einflußnahme.

Die Entwicklung von gewerblichen Unternehmen aller Eigentumsformen, der Ausbau des Netzes von Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen, der Bau zentraler Trink- und Abwasseranlagen sind vordringliche Aufgaben.

Die Effizienz der Wirtschaft bildet die Grundlage für soziale Sicherheit. Dazu gilt es, parallel zur Umgestaltung der Wirtschaft das Sozialnetz auszubauen. Das NEUE FORUM tritt ein für
- das Recht auf Arbeit,
- das Recht auf Wohnraum,
- Chancengleichheit in der Bildung,
- Schutz sozial Schwacher,
- das Recht auf gesundheitliche und soziale Betreuung,
- Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme bei Umstrukturierungen,
- Umschulung und Arbeitsplatzvermittlung,
- Versicherungsschutz unter Aufbau beitragsbezogener Systeme und Stimulierungsmaßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß,
- Vorruhestandsregelungen,
- Schaffung von geschützten Arbeitsplätzen für ältere Beschäftigte und Behinderte.

Löhne und Gehälter sowie Arbeitszeit und soziale Lebensbedingungen sind Gegenstand tariflicher Einigungen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften eines Tarifgebietes. Das Streikrecht der Gewerkschaften ist zu sichern und im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen zu regeln. Die demokratische Mitbestimmung erfolgt in den zu bildenden Aufsichtsräten größerer Unternehmen unter Einbeziehung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten, der Eigentümer und der Kommunen. Zur Durchsetzung der Interessen der Belegschaft werden Betriebsräte gebildet. Die Gründung, Führung und Auflösung von Unternehmen sowie die Arbeit von Aufsichts- und Betriebsräten sind in einem Betriebsgesetz zu regeln.

Das NEUE FORUM sieht die Schaffung eines vertraglich geregelten Wirtschafts- und Währungsverbundes mit der Bundesrepublik, die rasche Annäherung und den perspektivischen Beitritt in die EG sowie eine umfangreiche Kapitalbeteiligung aus ganz Westeuropa, Nordamerika und Japan an der wirtschaftlichen Entwicklung als einzigen realistischen Weg an, die tiefe Krise schnell zu überwinden und den Exodus der DDR zu stoppen. Dies schließt den Übergang zu einer Teilkonvertibilität und späteren Konvertibilität der Währung ein.

Die Beziehungen zu den Ländern Osteuropas sollen qualitativ weiter entwickelt und nicht zugunsten einer einseitigen Wertfixierung aufgegeben werden.

Zugleich sollte die Internationalisierung der Wirtschaft mit einer intensiven zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet, einer Verständigung der grenzüberschreitenden, gewerkschaftlichen Kooperation, dem Eintreten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und für Solidarität mit den Entwicklungsländern verbunden werden. Das NEUE FORUM tritt ein für die konsequente Öffnung und Internationalisierung der Wirtschaft im Rahmen einer gesamteuropäischen Integration.

Die Betriebsräte

als Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten in deutschen Betrieben

Die Betriebsräte sind im Ergebnis der Novemberrevolution in Deutschland 1920 aus den Arbeiterräten entstanden.

1934 sind sie von den Nationalsozialisten abgeschafft und nach dem Krieg wieder gebildet worden.

Mit der Herausbildung der DDR ist ihre Tätigkeit wiederum untersagt worden.

Der Gewerkschaft FDGB wurde das Recht zugesprochen, der alleinige Interessenvertreter der Werktätigen zu sein. Ähnlich wie in Schweden führte dies zu einer Zentralisierung der Machtbefugnisse. Dort wie hier kam es zu einem Demokratie- und Sozialabbau. In Schweden entwickelten sich gerade in den 80er Jahren starke Streikbewegungen gegen die eigenen Gewerkschaften, um diesem Prozeß entgegenzuwirken.

Als Beispiel sei der Streik der Lokomotivführer genannt, der gegen die Anhebung des Pensionsalter durch die Unternehmensleitung und durch die Gewerkschaft gerichtet war.

Aufgaben des Betriebsrates:

Mitwirkung bei der Gestaltung der innerbetrieblichen Angelegenheiten
- gleiche Behandlung aller Werktätigen,
- freie Entfaltung der Persönlichkeit,
- Ordnung und Sicherheit im Betrieb,
- Verhalten der Werktätigen und der Leitung zueinander,
- Personalplanung/Fortbildungsmaßnahmen, Mitgliedschaft im Betriebsbeirat/Aufsichtsrat,
- Wirtschaftsausschuß des Betriebes,
- Soziale Sicherheit,
- betriebliche Entwicklung hinsichtlich Ökonomie, Sozialwesen, Ökologie

Aufgaben der Gewerkschaft:

Die Gewerkschaften sind die Interessenvertreter ihrer Mitglieder gegenüber jedermann, d. h. gegenüber Parteien, Regierungen und anderen Organisationen. Sie führen den überbetrieblichen Tarifkampf.

Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Betriebsrat:
Der Betriebsrat ist juristisch selbständig. Die Gewerkschaft ist ihm nicht weisungsberechtigt.

Je stärker die Gewerkschaft ist, desto stärker ist sie im Betriebsrat vertreten. Damit wird der Betriebsrat zum Barometer der Gewerkschaftskraft.

Wir sprechen von einer neuen Wirtschaft!!!

Wer soll etwas dafür tun?
Natürlich wir alle!
Wir wenden uns an alle Bürger unserer Region, die helfen wollen, einen funktionierenden Dienstleistungsbereich aufzubauen.
Teilen Sie uns bitte mit:
Wo befinden sich ungenutzte Räume?
Wo gibt es stillgelegte Kleinbetriebe?
Wo können wir Gewerberäume einrichten?

SCHREIBEN SIE UNS!
NEUES FORUM PIRNA Klosterstraße 1 · Pirna · 8300

FORUM-Club am 15. 2. 1990:

Der Untersuchungsausschuß berichtete ...

Ein brisantes Thema stand am 15. 2. 1990 im FORUM-Club auf der Tagesordnung. Vertreter des Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Amtsmißbrauch und Korruption sowie der Ständigen Kommission zur Kontrolle der Schutz- und Sicherheitsorgane gaben einen (ersten) Bericht über ihre Arbeit und beantworteten interessierende Fragen.

neues forum

Büro Berlin
Rosa-Luxemburg-Straße 19
1020 Berlin
Telefon: 2806425
Bürozeiten:
Di. Do. Fr. 13.00-20.00 Uhr
Sa. 9.00-13.00 Uhr

Neues Forum Büro Berlin Rosa-Luxemburg-Straße 19 1020 Berlin

Mitteilung an die Presse

In den Kreisen Wismar und Grevesmühlen stehen in den Ställen etwa 6.000 Schweine, die übermästet sind sowie etwa 400 Rinder, die dringend geschlachtet werden müssen. Die Schlachthöfe des Bezirkes sind völlig überlastet und können die Tiere nicht abnehmen. Die Kühlhäuser sind überfüllt und können Fleisch nicht mehr aufnehmen, obwohl die Geschäfte nahezu leer sind. Diese Verhältnisse sind ähnlich im ganzen Bezirk Rostock und Schwerin. Die Ställe sind übervoll, die Tiere fressen sich gegenseitig an. Das Futter wird immer knapper, das Fleisch verliert durch die Übermästung seinen Wert. Es fehlt in den Stellen an Platz für Jungtiere. Verhandlungen mit NORDFLEISCH GmbH Lübeck zwecks Lohnschlachtung und evtl. Ankauf des Schlachtviehs sind erfolgreich abgeschlossen, werden jedoch durch den Rat des Bezirkes Rostock und das Ministerium für Außenhandel blockiert. Sofortige Hilfe ist dringend notwendig!

Fritz Kalf, Neues Forum Wismar

Für den Landessprecherrat des Neuen Forum
Jens Reich, Bärbel Bohley
29.1.1990

NEUES FORUM
Landessprecherrat 13.1.1990

Zur Übernahme von Verantwortung in ~~der~~ einer Übergangsregierung
~~Modrow~~

1. Voraussetzung für die Übernahme von Funktionen ist, daß die Regierung akzeptiert, daß wir dabei konkrete politische und Fachspezifische Maßnahmen ergreifen (die im Einzelnen zu spezifizieren sind).
2. Wir sind bereit, folgende Funktionen zu besetzen:
   - das Amt des Zivilen Leiters für die Auflösung der Nasi und aller Nachfolgeeinrichtungen,
   - das Amt des Ministers für Volksbildung,
   - das Amt des Generalstaatsanwalts,
   - das Amt eines Staatssekretärs im Ministerium für Justiz,
   - den Vorsitz des Medienkontrollrates,
   - das Amt des Ministers des Innern.

   Es ist selbstverständlich, daß jede dieser Funktionen durch mehrere von uns zu benennende Mitarbeiter unterstützt werden muß.

DEMOKRATIE JETZT

Die Anzeichen mehren sich, daß eine Währungsunion der BRD mit der DDR noch vor unseren ersten freien Wahlen am 18. März realisiert werden soll. Geheimverhandlungen in Moskau und in den westeuropäischen Hauptstädten und die Meinungsänderung des Bundesbankpräsidenten Pöhl binnen weniger Stunden sprechen eine deutliche Sprache. Am Freitag wurde aus Bonn die Meldung lanciert und anschließend dementiert, die DDR sei Zahlungsunfähig und die Wahlen würden noch vorgezogen.

Das hat zu einer erheblichen Verunsicherung der BürgerInnen unseres Landes und zu einem Kurssturz der DDR -MARK an Westberliner Banken geführt.

Das 2. Vertreterparlament der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT fordert den Runden Tisch, die Regierung und die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik auf, unverzüglich Vorsorge für den Fall der währungspolitischen Vereinnahmung unseres Landes zu treffen.

Die Regierung der Nationalen Verantwortung möge mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland rechtlich verbindlicher Absprachen darüber treffen, daß frühere Eigentümer, die Anspruch auf Besitztum in der DDR erheben, von der BRD einen Lastenausgleich erhalten.

Es ist zu sichern, daß

- alles Eigentum an Grund und Boden sowie an Immobilien, Produktionsstätten und -mitteln im Besitz von privaten, genossenschaftlichen oder gesellschaftlichen Eigentümern in der DDR verbleibt. Über zwangsweise "Arisiertes" Eigentum soll gesondert befunden werden. Das muß Gültigkeit auch nach einem finanz- und wirtschaftspolitischen Anschluß der DDR an die BRD haben.
- Die Mieten, die Kosten für soziale, pädagogische und medizinische Leistungen sowie alle anderen Dienstleistungen und alle Preise nur dann erhöht werden können, wenn zugleich die Löhne, Gehälter, Renten, und Stipendien angehoben werden.
- die Sparguthaben der BürgerInnen in voller Höhe gesichert bleiben und die Ansprüche aus Rentenversicherungen und Versicherungen gewährleistet sind.

Das 2. Vertreterparlament fordert die Regierung der DDR auf, keine Verbindlichen Zusagen bzw. Vereinbarungen zu treffen, die o. g. Forderungen nicht berücksichtigen.
Wir bitten alle demokratisch und sozial gesinnten Menschen in der Bundesrepublik und in Westberlin um Solidarität. Verhindern Sie mit allen demokratischen Mitteln, daß durch den Einmarsch der Westmark die demokratische Entwicklung in unserem Land abrupt unterbrochen wird.
Wir fordern die Regierung der DDR auf, wirtschaftliche Hilfe sowohl von der BRD als auch von den Staaten der EG und anderen durch entsprechende Verträge schnell wirksam werden zu lassen.
Gleichzeitig bitten wir, die EG sowie unsere Nachbarn in Frankreich und Großbritannien, in Österreich und in der Schweiz, in den Beneluxländern und in Skandinavien sowie in den USA, in Kanada und Japan, der DDR notwendige Wirtschaftshilfe zu gewähren.

Wir wollen keinen deutschen Alleingang, wir wollen einen soliden Wirtschafts- und Währungsverbund mit der Europäischen Gemeinschaft.

Wir bitten unsere Freunde in Polen und in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in der Sowjetunion, ihren ganzen politischen Einfluß geltend zu machen, um die währungspolitische Vereinnahmung der DDR und damit eine Zwangsvereinigung zu verhindern.

Wir fordern freie Wahlen am 18. März und die Respektierung unseres Rechtes auf Selbstbestimmung.

Berlin, den 10. 2. 1990

Anlage 11

Runder Tisch
12. Sitzung
12. Februar 1990

Vorlage Nr. 12/29

Freies Forschungskollegium »Selbstorganisation«

für Wissenskatalyse an Knotenpunkten

Mitglieder des Gründungsvereins: Gerd Gebhardt[1], Matthias Artzt[2], Rainer Schönfelder[3], Wolfgang Ullmann[4], János Wolf[5], Hans Blüher[6], Hans Lehmann[7]

Potsdam, den 11.02.1990

beauftragt: Dr. Gerd Gebhardt
R.-Breitscheid-Straße 82 a
Potsdam, DDR - 1590

Tel. 78106

An den
Ministerpräsidenten der DDR,
Herrn Dr. Hans Modrow

und an
die Vertreter am "Runden Tisch" der DDR
B E R L I N

Vorschlag der umgehenden Bildung einer "Treuhandgesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am »Volkseigentum« der DDR"

Offenbar ist statt einer deutschen Fusionslösung eine baldige Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich geworden. Damit 40 so schrecklich fehlgeleitete Lebensjahre voller Arbeit und Mühen für die Bürger der DDR nicht gänzlich ergebnislos bleiben, wird der o.g. Vorschlag unterbreitet. Durch die sofortige Schaffung der o.g. Kapital-Holding-Treuhandgesellschaft als neues Rechts-Subjekt würde dafür Sorge getragen werden, daß das in Volksbesitz befindliche Eigentum - soweit es sich als demokratisch legitimiert bzw. durch Kriegsergebnisse zustandegekommen erweisen wird - in der DDR nicht herrenlos wird und einfach verloren geht (an wen mit welcher Berechtigung ?).

Die Verlustgefahr resultiert daraus, daß die Rechtskonstruktion "Volkseigentum" nicht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dessen Geltungsbereich ja vermutlich auf das Territorium der DDR ausgedehnt werden wird, enthalten ist.
Deshalb muß umgehend das Volkseigentum in eine Form transformiert werden, die den Rechts- und Eigentumsformen der Bundesrepublik entspricht.

Als erste Handlung müßte diese Holding-Gesellschaft gleichwertige An-

---

1. Geschäftsführer Institutsbereich Potsdam.
Dipl.-Phys. (wissenschaftlicher Gutachter für Umwelthygiene, Bezirks-Hygieneinspektion u.-institut Potsdam) und: Dr. phil.: Selbstorganisationsprinzipien und Evolutionsdynamik in Natur u. Gesellschaft, z.Z. Humboldt Universität Berlin (B-Aspirant). Adresse: R.-Breitscheid-Str. 82a, Potsdam, DDR-1590, Tel. 78106.

2. Geschäftsführer Institutsbereich Berlin. Dr.-Ing. (dissipative Strukturübergänge fernab vom Gleichgewicht) und z.Z stud.-theol. am Sprachenkonvikt Berlin; Forschungsgegenstand: Selbstorganisationsprinzipien in der Ideen-, Kultur- und Sozialgeschichte. Adresse: Chausseestraße 107, Berlin, DDR-1040, Tel. 2825563.

3. Dipl.-Ing., Systemanalytiker: Abteilungsleiter Softwareentwicklung, Robotron Export-Import.
Adresse: Guntherstraße 3, Berlin, DDR-1130, Tel. 5599283.

4. Dr.theol., Historiker, Dozent am Sprachenkonvikt. Mitinitiator von "Demokratie Jetzt", Teilnehmer am Runden Tisch.

5. Philosoph (Wissenschaftshistoriker): Strukturumbrüche in den Wissenschaften, Akad. d. Wissenschaften., ITW

6. Diplomwirtschaftler (Geld und Kredit), amt. Direktor d. Verbandes d. Genossenschaftskassen der DDR

7. Kunsthistoriker (Gebiet: Stilpluralität und Kunstmarkt im 20. Jh.), Verband Bildender Künstler d.DDR, Berlin.

teilsscheine im Sinne von Kapitalteilhaber-Urkunden an alle DDR-Bürger emittieren. Ausgabe-Stichtag sollte der 18.3.1990 sein, um die Legitimitäts-Kontinuität aus der Vergangenheit in die Zukunft zu gewährleisten.

Die Rechtskonstruktion sollte sich am Modell der Nachlaßverwaltung eines Erblassers zugunsten der legitimen Erbberechtigten orientieren und sollte bewußt an dementsprechende Rechtssätze des bürgerlichen Gesetzbuches der Bundesrepublik angepaßt werden.

Die Entscheidungsbefugnis zur Verwendung dieses Grundkapitals (zum Beispiel hinsichtlich der ordnungs- und ökologiepolitischen Kardinalfrage des Eigentums an volkseigenem Grund und Boden oder die Verkäuflichkeit sowie die spätere Gewinnausschüttung betreffend) dürfte nur demokratisch durch die Bürger der DDR bestimmt werden.

Das heißt, das die Kompetenzen und Aufgaben definierende Statut dieser Treuhandgesellschaft müßte durch die neu gewählte Volkskammer (solange es diese gibt) oder später durch Volksentscheide der Bürger in den Ländern der ehemaligen DDR definiert werden.

Diese Treuhand-Gesellschaft hätte zum Beispiel die Aufgabe, sicherzustellen, daß die Wertbestimmung jedes einzelnen, konkreten Volkseigentums wirklich frei über den Markt erfolgt: eine Wertbestimmung insbesondere im Hinblick auf das qualifizierte und kultivierte Zukunftspotential des Standortes DDR im Herzen Europas an der Nahtstelle zu Osteuropa kann nur über die Nachfrage konkurrierender Interessenten aus der Wirtschaft der ganzen Welt zustandekommen. Dabei ist nicht in erster Linie an Verkauf zu denken, sondern daran, daß bei Joint Ventures die Interessenten über Konkurrenz dazu stimuliert werden, der DDR-Holding möglichst hohe Beteiligungsquoten an den Unternehmen einzuräumen.

Weiterhin wären in allen derartigen Unternehmen Aufsichtsräte zu bilden, in denen das DDR-Interesse auf geeignete Weise entsprechend der Beteiligungsquote repräsentiert wäre (natürlich auch entsprechende Gewinnbeteiligung !).

Schließlich wären die Modalitäten festzule en, wie mittels der Kapitalbeteiligungsurkunden Wohnungen, Gebäude, Betriebsstätten für private oder genossenschaftliche Firmengründungen durch DDR-Bürger (Vorkaufsrecht ?) erworben werden können.

Ferner sei empfohlen, die Holding als 15 gleichrangige, bezirksgebundene Rechtssubjekte zu gründen mit einem DDR Dachverband, so daß bei dessen Auflösung mit derjenigen der DDR, die Bezirks-Holdings zu Länder-Holdings fusionieren können, die dann den betreffenden Länderparlamenten rechenschaftspflichtig wären.

im übrigen sollten hinsichtlich des Managements während der Installationsphase nur nachweislich erfolgreiche Führungspersönlichkeiten über ein Ausschreibungsverfahren aus der Wirtschafts- und Finanzwelt z.B. der Bundesrepublik (bei bester Vergütung) geworben werden. Keine Experimente mehr mit sachlicher Inkompetenz!).

Es steht zu erwarten, daß bei einem grundsätzlichen "Ja" zu diesem Vorschlag sofort Kapitalanbieter Schlange stehen werden, daß dann der Wirtschaftsaufschwung sofort beginnt und übersiedlungswillige DDR-Bürger nicht leichtfertig diesen Vermögensanteil auf's Spiel setzen werden.

Die Stabilisierungswirkungen eines solchen Schrittes sind unbestreitbar.

Außerdem hätte die DDR endlich einen konstruktiven Beitrag zur Ausgestaltung der deutschen Rechts-, Währungs- und Wirtschaftsunion geleistet, ohne daß erkennbar wäre, daß irgend jemandem Nachteile entstünden. Nach der viel zu langen Phase der Konzeptionslosigkeit hätte sich die DDR dem Gesetz des Handelns gestellt !

Bei all dem hätten der Runde Tisch und die Regierung in keiner Weise ihre Verantwortungsgrenzen überschritten, da ja die Verantwortung über die zukünftige Verwendung des Volkseigentums an die künftigen, demokratisch legitimierten Parlamente übertragen werden würde.
Nur im Falle weiterer Unentschlossenheit entsteht berechtigt der nachweisliche Vorwurf, eine letztmögliche Vorsorge zugunsten der DDR-Bürger unterlassen zu haben.

Deshalb wird vorgeschlagen, einen Antrag zu stellen, darüber abstimmen zu lassen, ob eine entsprechende Gesetzesgrundlage - unter breitester Einbeziehung aller sachkompetenten Institutionen - an die Volkskammer mit kürestmöglicher Friststellung in Auftrag gegeben werden soll oder nicht!

Gerd Schilling

neues forum

Büro Berlin
Rosa-Luxemburg-Straße 19
1020 Berlin
Telefon: 2806425
Bürozeiten:
Di. Do. Fr. 13.00-20.00 Uhr.
Sa. 9.00-13.00 Uhr

Neues Forum · Büro Berlin · Rosa-Luxemburg-Straße 19 · 1020 Berlin

Pressemitteilung

Berlin,d. 22.2.1990

Aufgrund zahlreicher Diskussionen in der Bevölkerung befaßte sich der Republiksprecherrat des NEUEN FORUM erneut mit dem Thema Subventionsabbau. Der Republiksprecherrat erklärt sich nicht einverstanden, daß die Regierung die Entscheidung bis nach den Volkskammerwahlen hinauszögert.

Wir fordern die Regierung zur Umwandlung von Lebensmittelsubventionen in personengebundene Einkommensbeträge auf. ~~DIES~~ Ein Festbetrag von 150,- Mark monatlich für jede Person kommt besonders den sozial Schwachen und sparsamen Bürgern zugute.So erhält z.B. eine Familie mit 4 Kindern einen monatlichen Betrag von 900,- Mark, und auch für einen Rentner bedeuten 150,- Mark eine deutliche Erhöhung seines Einkommens.
Wie am Runden Tisch begründet,bedeutet in der jetzigen Situation eine Verzögerung des Subventionsabbaus einen täglichen Verlust bis zu 15 Mio Mark durch Abkauf subventionierter Waren.

Für die künftige soziale Marktwirtschaft ist der Subventionsabbau eine unabdingbare Voraussetzung. Die DDR ist gut beraten, wenn sie die erforderliche Preis- und Einkommensreform nach eigenen sozialverträglichen Gesichtspunkten schon vor einer Währungsunion durchführt.

Für den Republiksprecherrat

Mathias Ladstätter, Erfurt

Gerald Scholz, Dresden

An alle Generaldirektoren der
zentralgeleiteten Kombinate
der Industrie

Im Auftrage der Regierung der DDR wende ich mich zum Jahresende 1989 an Sie, um Ihnen Anerkennung und Achtung zum Ausdruck zu bringen für den selbstlosen Einsatz, den Sie im Prozeß der Erneuerung unseres Landes tagtäglich an der Spitze Ihrer Belegschaften und Arbeitskollektive leisten.

In Verwirklichung der Regierungserklärung von Ministerpräsident Hans Modrow und der Arbeitsberatung des Ministerrates mit Ihnen am 9. 12. 1989 hat der Ministerrat weitere Festlegungen getroffen, die auf das Inganghalten der Produktion, der Versorgung und der Außenwirtschaft gerichtet sind.

Ich bevollmächtige Sie hiermit, in hoher Eigenverantwortung alles Notwendige in Ihrem Kombinat zu entscheiden und zu veranlassen, was die Leistungsbereitschaft der Kollektive und die Produktionskontinuität fördert, die Inlandsversorgung für die Bevölkerung und ihre Vertragspartner in der Volkswirtschaft stabilisiert sowie dazu beiträgt, höchstmögliche Valutaeinnahmen des Staates zu erzielen. Grundlage dafür sind die den Kombinaten

für das I. Quartal 1990 von den zuständigen Ministern bestätigten Planauflagen.

Behinderungen, die Ihrer Entscheidungskompetenz dabei entgegen stehen und einen nachweislichen Nutzen für die Volkswirtschaft einschränken oder unwirksam machen, können von Ihnen unverzüglich Ihrem zuständigen Minister bzw. direkt an mich zur Entscheidung vorgelegt werden.

Zur schnellen Entscheidung grundsätzlicher Fragen des Wirtschaftsablaufes nimmt mit Beginn des Jahres in der Regierung ein Ministergremium zur Wirtschaftskoordinierung die Arbeit auf. In der Staatlichen Plankommission wurde durch den Ministerrat eine Arbeitsgruppe zur materiell-technischen Sicherung der Plandurchführung beauftragt, alle zweigübergreifenden Probleme der Plandurchführung, die nicht in eigener Verantwortung der Minister lösbar sind, unverzüglich zu entscheiden bzw. zur Entscheidung der Leitung der Staatlichen Plankommission oder dem Ministerrat vorzulegen.

Die Generaldirektoren sind bevollmächtigt, in ihrem Zweig nicht lösbare Fragen von größerer Tragweite für den Verlauf der Produktion im Kombinat direkt an diese Arbeitsgruppe einzureichen.

Mit diesem Schreiben übermittle ich Ihnen den Beschluß des Ministerrates vom 21. 12. 1989 über "Maßnahmen zur Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse und erste Schritte zur Ausgestaltung der Wirtschaftsreform". Für alle dazu gestellten Aufgaben ermächtigt Sie der Ministerrat ebenfalls, in eigener Verantwortung unverzüglich die notwendigen Festlegungen für deren Durchführung in Ihrem Kombinat zu treffen. Für weitere von Ihnen zum Beschlußentwurf bereits übermittelten Hinweise, insbesondere zur materiell-technischen Absicherung der Produktion, sind die Minister beauftragt worden, in direkter Verbindung mit Ihnen Entscheidungen zu treffen bzw. der Staatlichen Plankommission zur Entscheidung vorzulegen.

Die verantwortungsvolle Umsetzung dieses Beschlusses erfordert vor allem, die Belegschaften der Betriebe Ihres Verantwortungsbereiches gemeinsam mit den Gewerkschaften davon in Kenntnis zu setzen und sie in die Maßnahmen umfassend einzubeziehen.

Der Ministerrat bekräftigt seine vom Vorsitzenden Hans Modrow auf der Arbeitsberatung am 9. 12. 1989 geäußerte Position, die Autorität und Handlungsfähigkeit der Generaldirektoren, der Werkleiter und aller Leitungskader der Industrie zu stärken. Auf Ihren Schultern liegt eine große Verantwortung für die Sicherung auch der Handlungsfähigkeit der Regierung. Im Wissen um die Schwere dieser

Verantwortung und die von Ihnen dabei zu meisternden Konflikte, wird der Ministerrat noch konsequenter und auch operativer alle für die Stabilisierung der Volkswirtschaft erforderlichen Maßnahmen treffen.

Ich wünsche allen Werktätigen Ihres Kombinates, Ihrem Leitungskollektiv und Ihnen persönlich zum Jahresabschluß alles Gute und einen die Wirtschaft unseres Landes weiter stabilisierenden Übergang in das Jahr 1990.

Prof. Dr. Christa Luft
Stellvertreter des Ministerpräsidenten für Wirtschaft

Anlage 14

BStU
000009

Hauptabteilung XVIII Berlin, 22. 11. 1989

bestätigt:

Protokoll
über die Beratung zu den gegenwärtigen Kaderveränderungen
im Bestand der Hauptabteilung XVIII

Teilnehmer:

Oberst Pulow
Major Bendix, Kader 7
Major Janzen
Major Kieseler

1. Genosse Bendix informierte über von der Abteilung Kader 7 gesetzte Orientierungspunkte.

- Bei den aktuellen Entlassungen aus dem Organ ist die Kaderrichtlinie aus 1972 zwecks Inanspruchnahme vorzeitiger Berentungen nicht anzuwenden. Ihre Anwendung soll erst mit Beginn der Aktion für das gesamte Amt erfolgen.

  Dagegen haben sich die Beratungsteilnehmer einheitlich ausgesprochen.

- Die Kaderdokumente und der Diensteinheitenschlüssel bleiben bestehen. Da bereits bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt meherere Befehle zur Arbeit mit den Kadern defacto außer Kraft sind, wurde auf eine Präzisierung dieser Aussagen durch das Kaderorgan von den Beratungsteilnehmern aufmerksam gemacht.

- In der Arbeit mit den Offiziersschülern ist davon auszugehen, daß der

  . 3. OSL planmäßig die Ausbildung abschließt
  . 5. OSL sein Praktikum durchführt
  . 6. OSL in die DE ohne Abschluß zurückkehrt
  . 7. OSL im studienvorbereitenden Prozeß verbleibt.

- An der Hochschule des MfS wird der 31. Fernstudienlehrgang und das gegenwärtig laufende Ergänzungsstudium ausgesetzt.

BStU
000010

2. Mit Stand 20. 11. 1989 sind aus dem Mitarbeiterbestand der HA XVIII

93 Genossinnen und Genossen

gewillt, eine Tätigkeit

. in der HA VI
. in den Organen des Zolls
. oder im zivilen Bereich der Volkswirtschaft

aufzunehmen oder nehmen die vorzeitige Berentung in Anspruch (ca. 10 Genossen).

3. In der Beratung wurden weitere Möglichkeiten für die Arbeitsplatzvermittlung von ausscheidenden Mitarbeitern des Organs diskutiert (u. a. die Anregung der GO-Delegiertenkonferenz vom 20. 11. 1989).

Sie beinhalten vor allem die Umgehung der bestehenden gesellschaftlichen Ausgrenzung von Mitarbeitern bei den Bewerbungen in den verschiedensten Bereichen.

Als mögliche Varianten wären zu prüfen:

1. Schaffung von volkswirtschaftlichen Einrichtungen (VEB, PGH u. a.) mit abzubauenden Fonds des Amtes und vorrangige Einstellung von ehemaligen Mitarbeitern.

2. Für ausscheidende Mitarbeiter sind kurzzeitige legendierte Nachweise von zivilen Arbeitsstellen zu schaffen, um bei Bewerbungen nicht als Angehörige des MdI oder MfS in Erscheinung treten zu müssen.

Stellv. Leiter der HA

Pulow
Oberst

Anlage 15

NEUES FORUM, Fachforum Wirtschaft
Büro Berlin, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin,

Berlin, Februar 1991

Wo sind sie geblieben..?

Thema Seilschaften

Die DDR hatte 36 Ministerien und Staatssekretariate, dazu noch einen extrem aufgeblähten Partei- und Sicherheitsapparat.
Wo sind die staatstragenden Funktionäre, die politischen Leiter geblieben, wo die verantwortlichen Leiter für die verfehlte Wirtschaftspolitik, wo die Nutznießer und Abstauber des Systems?
Wurden sie bei der Auflösung der Ministerien und des Staatsapparates gefeuert? Stehen sie mit den Opfern der verfehlten Wirtschaftspolitik in den Schlangen vor den Arbeitsämtern?
Weit gefehlt! Sie sitzen weiterhin an den Schalthebeln der Wirtschaft.

- Sie sind zu finden in neugegründeten Kapitalgesellschaften in gut bezahlten Vorstandspositionen.
- Sie sind zu finden in den Außenstellen der Bundesministerien, "als einfache Mitarbeiter, aber abgesichert durch einen Überbrückungszuschlag" (Berliner Morgenpost 17.6.90) Ein Hohn, dafür mußten die einfachen Mitarbeiter gehen.
- Sie sind zu finden in der Treuhandanstalt, dem Rückzugsgebiet für Parteikader der alten Nomenklatura. Unter Leitung ehemaliger Parteisekretäre bzw. ZK-Mitarbeiter können dort Parteilehrjahre mit den Themen abgehalten werden:
  "Wie gründet man eine GmbH?"
  "Wie wird aus einem Parteikader der Planwirtschaft eine Manager für marktwirtschaftlich organisierte Unternehmen?"
  "Wie setzt man die Arbeitnehmer am wirkungsvollsten unter Druck?"
- Sie werben in allen Tageszeitungen mit großformatigen Anzeigen als ehemalige MfS-Offiziere mit ihrer Loyalität, Belastbarkeit und ihren Führungsqualitäten aus ungekündigten Stellungen im öffentlichen Dienst um neue Wirkungskreise.
- Sie sind zu finden in den dubiosen Wirtschaftsberatungs-, Vertriebs- oder Bildungsbüros.

Es gehört zur Bewältigung der Vergangenheit, klare Verhältnisse zu schaffen und die Verflechtung von Politik/Stasi/Wirtschaft offenzulegen.
Als das NEUE FORUM mit den Forderungen an die Runden Tische ging, die Stasi/Nasi aufzulösen und die Parteikader in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft aus ihren Führungspositionen -als Voraussetzung für die Zerschlagung der alten Machtstrukturen- zu entfernen, war die Verflechtung von MfS/SED/Wirtschaft nur zu ahnen, das ungeheure Ausmaß nicht absehbar.
Seither konnten einige Fälle aufgedeckt werden. So wurden z.B. gegen den Stasi-Auflöser und Mitarbeiter der Treuhandanstalt Günter Eichhorn massive Vorwürfe erhoben und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.
Dieser Fall der Wirtschaftskriminalität ist aber nur die Spitze des Eisberges. Die "ungeheure kriminelle Energie im Osten" (Oberstaatsanwältin Bräutigam) kann nur freigesetzt und wirksam werden, wenn die Seilschaften funktionieren und durch die Wirtschaftsmafia in Führungspositionen abgesichert werden. Es drängt sich die Frage auf, ob das Weiteragieren des alten SED-Filzes bewußt geduldet wird oder der Unkenntnis der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft geschuldet ist.
Mußten sich die Mitarbeiter der Treuhandanstalt oder der Außenstellen der Bundesministerien ob ihrer Loyalität keiner Fragebogenaktion unterziehen, der sich die Neubewerber für den öffentlichen Dienst unterziehen müssen?
Das NEUE FORUM will in Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee e.V. eine Dokumentation zur Offenlegung der Verflechtung von Politik/MfS und Wirtschaft erarbeiten, die den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft übergeben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.
Die vom NEUEN FORUM Sachsen initiierte Aktion "Blauer Brief", die sich gegen die alten Seilschaften richtet, soll auf alle Länder der EX-DDR ausgedehnt werden.
Die Ergebnisse der Aktion "Blauer Brief" wurden dem Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Biedenkopf, mit der Forderung übergeben, endlich durchgreifende Maßnahmen einzuleiten.

Wir rufen zur Mitarbeit auf.

Kontaktadresse
Haus der Demokratie
NEUES FORUM
Fachforum Wirtschaft
Friedrichstr. 165
O-1080 Berlin
"Seilschaft"

NEUES FORUM Fachforum Wirtschaft
Büro Berlin, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin

Berlin, den 1. Juli 1991

Presseerklärung

Die zunehmenden Klagen über SED-Funktionärs-Seilschaften und die Vorwürfe gegen die Treuhandanstalt haben das Fachforum Wirtschaft veranlaßt, sich im Vorfeld der Ausarbeitung des Gessetzentwurfes für ein neues Treuhandgesetz durch das "Bündnis 90/Grüne" intensiver mit der Personalpolitik der Treuhandanstalt zu befassen.

Unsere Recherchen ergaben, daß

- viele Probleme der Treuhandanstalt hinsichtlich Seilschaften und betrügerischer Manipulationen, in die Mitarbeiter dieser Einrichtung verwickelt waren oder sind, hausgemacht und vorprogrammiert sind,

- das Vertrauen der ostdeutschen Bevölkerung in die Treuhandanstalt nicht zuletzt unter dem Verdacht leidet, daß die alten Funktionäre einen wesentlichen Einfluß auf die Entscheidungen in der Treuhandanstalt nehmen und ihre Kamarilla zum Schaden der gesamten Bevölkerung begünstigen,

- nicht ausgeschlossen werden kann, daß "Offiziere im besonderen Einsatz" in der Treuhandanstalt installiert wurden,

- die Modrow-Regierung das Personalkonzept für die Treuhandanstalt erarbeitete,

- Funktionäre der Nomenklatur I und II des sich auflösenden Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates der DDR mit ihrem Gefolge bzw. deren Angehörige ohne Legitimation vorausschauend in die Treuhandanstalt "delegiert" wurden,

- Bewerber außerhalb dieser Funktionärselite keine Chancen hatten,

- die de-Maizière-Regierung die personelle Besetzung der Treuhandanstalt im wesentlichen unverändert bestehen ließ und weiter aus dem Umfeld der Nomenklaturkader aufstockte,

- eine generelle Überprüfung auf Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit analog dem Überprüfungsverfahren für die Bewerber des öffentlichen Dienstes bei den Mitarbeitern der Treuhandanstalt bisher nicht erfolgte,

- sich die Treuhandanstalt zögerlich von Mitarbeitern trennte, die durch vielfältige Vorwürfe bereits öffentlich belastet waren.

Was wir mit unserem Engagement wollen?

Wir wollen

- das Problembewußtsein wecken,

- die Verflechtung zwischen SED/Staatssicherheit und Wirtschaft deutlich machen,

- auf die Gefahr für das neu entstehende Gemeinwesen aufmerksam machen, die aus dem Gefühl der Ohnmacht bei denen erwächst, die Opfer der verfehlten Wirtschaftspolitik sind und die sehen, daß die Erfüllungsgehilfen des Unrechtsstaates immer noch Macht und Einfluß haben und immer mehr Einfluß gewinnen,

- die Ursachen für die Resignation und Radikalisierung in der Gesellschaft herausstellen,

- auf die Gefahr hinweisen, die auf Grund der massenhaften Ansammlung von Parteiideologen und staatstragenden Funktionären der Ex-DDR in der Treuhandanstalt für das Gelingen der Neuordnung der Wirtschaft bestehen, da "Unterschleifen" und Konservierung von wirtschaftlicher Macht bei der Politbürokratie nicht unterbunden werden können,

- die Funktionäre des Machtapparates zu einer öffentlichen Auseinandersetzung gezwungen werden und sich zu ihrer Verantwortung bekennen, denn nur mit ihrer Hilfe konnte das perfektionierte und autoritäre System, das jeden Bereich im Griff von Partei und Staatssicherheit hatte, flächendeckend durch "Ängstigung, Einschüchterung, Kontrolle und Überwachung mit Manipulation, Bevormundung und Entmündigung am Leben" (Maaz) erhalten werden,

- umgehend eine umfassende Überprüfung der Mitarbeiter der Treuhandanstalt und des Leitungspersonals der ihr unterstehenden Betriebe durch die Gauck-Behörde erfolgt.

Wir wollen nicht, daß

- eine Pauschalverurteilung aller SED-Mitglieder erfolgt und demagogisch zur "Hetzjagd auf SED-Mitglieder" geblasen wird, wie einige Zeitungen titeln,

- daß die Staatssicherheit und ein paar Greise aus der Führungsriege, die in die Portokasse griffen, zu den Sündenböcken des Unrechtsstaates gestempelt werden und sich die Nomenklaturfunktionäre aus der Verantwortung

stehlen,

- angesichts der bankrotten Wirtschaft der DDR und der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit die für diesen Zustand verantwortlichen Funktionäre weiterhin an den Schalthebeln der wirtschaftlichen Macht oder in einflußreichen Positionen sitzen,

- die Altfunktionäre in der Treuhandanstalt durch weitere Westimporte ersetzt werden, sondern unbelastete Fachleute aus der Ex-DDR eine Chance erhalten.

Wir haben

in vielen Gesprächen mit Vertretern der Treuhandanstalt und durch Anfragen im Berliner Senat und im Bundestag unsere Vorbehalte und Bedenken gegen die Personalpolitik der Treuhandanstalt zum Ausdruck gebracht und auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Wir sind der Auffassung, daß Ex-DDR-Funktionäre mit staatstragender Verantwortung moralisch und fachlich das Recht verwirkt haben, einflußreiche Positionen in Politik und Wirtschaft, wie zum Beispiel in der Treuhandanstalt, zu besetzen.

Uns geht es nicht darum,

durch spektakuläre Aktionen die Funktionäre des Unrechtsstaates einzeln durch den Nachweis von Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit zu demontieren, sondern den ordnungspolitischen Umbau mit all seinen für die Bevölkerung der DDR in dieser Phase so schmerzhaften Auswirkungen glaubhaft zu machen.

Mit der Trennung von Herrn Dr. Halm und anderen Altfunktionären sowie mit der Verpflichtung des Stasi-Auflösers, Herrn Brinksmeier, als Berater für Personalfragen ist ein Schritt in die richtige Richtung getan worden.

Die traumhafte Abfindungssumme für Herrn Dr. Halm, eines Nutznießers des SED-Staates mit Bilderbuchkarriere, hat jedoch - vor allem bei den mit geringer oder ohne Abfindung in die Arbeitslosigkeit Entlassenen - helle Empörung und Wut ausgelöst.

Die Abfindungssumme sollte man den Erben des SED-Vermögens in Rechnung stellen.

Wir nehmen für uns in Anspruch,

zur Demokratisierung auf dem Gebiet der DDR beigetragen zu haben und sehen in der ungenügenden Offenlegung der Verflechtungsstrukturen von SED/Staatssicherheit und Wirtschaft eine akute Bedrohung der demokratischen Entwicklung der gesamten Bundesrepublik.

Wir wünschen und fordern, daß

- die Personalpolitik der Treuhandanstalt transparent gemacht wird und Leitlinien für die Personalpolitik erar-

beitet werden,

- die Kontrolle dieser mit einer ungeheuren Macht ausgestatteten Einrichtung, die in das Leben von 16 Millionen Ex-DDR-Bürgern - direkt oder indirekt - eingreift, verstärkt wird,

- die Gauck-Behörde umgehend eine Überprüfung der Mitarbeiter der Treuhandanstalt auf Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit durchführt,

- eine sachliche Diskussion zu den Problemen unserer Vergangenheit geführt wird, um einen echten Neuanfang zu sichern,

- solange das Problem der Funktionärsconnection nicht geklärt ist, durch die Treuhandanstalt das Verfahren des Managements-buy-outs nicht gefördert wird, da die Gefahr besteht, daß Leute die Betriebe übernehmen, die das Geld beiseite geschafft haben oder durch "Anleihen oder Darlehen" die Mittel erhielten und sich dadurch alte Machtstrukturen restaurieren.

Unsere Forderungen haben in der einen oder anderen Form Eingang in den neuen Entwurf des Treuhandgesetzes vom "Bündnis 90/Grünen" gefunden.

10. Juni 1991

Entwurf

Treuhandgesetz

Inhaltsübersicht

Artikel 1 Gesetz zur Förderung der Sanierung und Reorganisation des Treuhandvermögens (Treuhandgesetz)

§ 1 Treuhandvermögen
§ 2 Bildung des Sondervermögens Landwirtschaft
§ 3 Rechtsstellung der Treuhandanstalt
§ 4 Aufgaben und Ziele der Treuhandanstalt
§ 5 Umwandlung der Wirtschaftseinheiten in Kapitalgesellschaften
§ 6 Sanierung durch Privatisierung von Treuhandvermögen
§ 7 Eigenständige Sanierung ohne Privatisierung
§ 8 Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates in Treuhand-Unternehmen bei Privatisierung, Sanierung und Stilllegung
§ 9 Aufbau von Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Abwicklungsgesellschaften
§ 10 Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit
§ 11 Fortsetzung von betrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen
§ 12 Regionalpolitische Auflagen
§ 13 Beteiligung der Treuhandanstalt bei der ökologischen Altlastensanierung
§ 14 Ökologische Unternehmenspolitik
§ 15 Übernahme der Altschulden durch den Bund
§ 16 Änderung der finanziellen Verpflichtungen der Treuhandanstalt
§ 17 Rechte der Bundesländer
§ 18 Vorstand der Treuhandanstalt
§ 19 Verwaltungsrat der Treuhandanstalt
§ 20 Regionale Niederlassungen der Treuhandanstalt
§ 21 Mitwirkung des Deutschen Bundestages

§ 22 Finanzierung der Treuhandanstalt und der Treuhandanstalt "Sondervermögen Landwirtschaft"
§ 23 Jahresabschluß, Lagebericht und Tätigkeitsberichte
§ 24 Prüfung durch den Bundesrechnungshof
§ 25 Ermächtigung
§ 26 Schlußbestimmungen
Anlage 1 zu § 13

Artikel 2 Änderung des Gesetzes über das Vermögen der Gemeinden, Städte und Landkreise (Kommunalvermögensgesetz)

Artikel 3 Änderung des Betriebsverfassungsgssetzes

Artikel 4 Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes

Artikel 5 Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds "Kreditabwicklungsfonds"

***

Artikel 1
Gesetz zur Förderung der Sanierung und Reorganisation des Treuhandvermögens (Treuhandgesetz)

§ 1 Treuhandvermögen

(1) Treuhandvermögen ist das ehemals volkseigene Vermögen im Beitrittsgebiet gemäß Artikel 3 des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 (BGBl. II S. 889), soweit es zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes Eigentum der Treuhandanstalt ist oder durch diese verwaltet wird. Zum Treuhandvermögen gehört auch das durch die Zweite, Dritte, Vierte und Fünfte Durchführungsverordnung zum Treuhandgesetz vom 22. 8.1990, 29.8.1990, 12.9.1990 (GBl. I S. 1260,